Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

12. Juni 1974 Jg. 2 Nr. 12 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621/37 92 21 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-täglich mittwochs, Auflage: 59 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 12.6.1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621/37 91 21 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellungen durch Einzahlung auf Konto Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 112 985-758 – Die Zeitung wurde am 9.6.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Staatsschutzmanöver zur Weltmeisterschaft

Während der Fußballweltmeisterschaft werden 40 000 Polizisten Tag und Nacht im Einsatz sein. Die Polizei und die Regierung nutzen die Gelegenheit, um ein Manöver gigantischen Ausmaßes zur Kontrolle und Überwachung der westdeutschen Bevölkerung abzuziehen.

Ihr offizieller Auftrag ist die Bewachung der Spieler und die Sicherung der Veranstaltungen gegen Anschläge. Spezialaufträge nehmen dabei die sogenannten Mobilen Einsatzkommandos der Länder und des Bundesgrenzschutzes aus Hangelar wahr. Im einzelnen riegeln sie die Unterkünfte der Spieler hermetisch ab, die ohnehin schon von Stacheldrahtverhauen umgeben sind.

In einem Fall, bei den chilenischen Spielern nämlich, haben sie diese Frage so gelöst, daß die Spieler gleich in der Polizeischule in West-Berlin untergebracht wurden.

Während der Spiele sollen Polizeihubschrauber über den Stadien kreisen, mit Fernsehaugen ausgestattet, die die Zuschauerränge nach verdächtigen Erscheinungen ableuchten. Sie probieren die totale Überwachung großer Ansammlungen von Menschen mit den modernsten Mitteln aus. Polizeiüberwachung wird dann vor den Kabinen der Spieler stehen und um das Spielfeld herum werden ständig Polizeistreifen mit Schäferhunden patrouillieren, zusätzlich zu den 400 Mann, die um das Spielfeld aufgestellt sind.

Auch unter den Zuschauern werden nach einem genau ausgearbeiteten Plan 600 Polizisten sitzen, und die Fahrten der Mannschaften von und zu den Stadien erfolgen unter Polizeischutz. Selbstverständlich wird auch der An- und Abmarsch der Zuschauer nicht nur von der Verkehrspolizei geregelt, sondern von einem riesigen Aufgebot scharf überwacht.

Im Gegensatz zu den Olympischen Spielen 1972 tritt die Polizei dieses Mal in Uniform an. Die Volksmassen sollen an den Aufmarsch und die Gegenwart der Polizei gewöhnt werden.

Die "heiteren Spiele" sind nicht mehr möglich. Die Politik der Klassenversöhnung ist gescheitert, das Erscheinungsbild einer friedlichen und ausgeglichenen Gesellschaft ist für die Bourgeoispolitiker nicht mehr zu halten.

Die Fußballweltmeisterschaften sind eine günstige Gelegenheit für die westdeutsche Bourgeoisie, um ihren hochgerüsteten Polizeiapparat vor aller Welt zur Schau zu stellen. Die Polizei wird allgegenwärtig sein.

Bezahlt mit Steuergeldern der Lohnabhängigen, demonstriert so der Staat und die Regierung ihre Macht, um die Arbeiterklasse und das Volk abzuschrecken und einzuschüchtern. Das Volk soll kuschen, wenn die Polizei aufzieht.

Mit der Fußballweltmeisterschaft machen die Kapitalisten also nicht nur ein dickes Geschäft, sondern sie nutzen sie, um ihre Macht über die Arbeiterklasse und das Volk zu demonstrieren und für ihren Staats- und Regierungsapparat Reklame zu machen. Am meisten Reklame wollen freilich die Politiker der Regierung und der Opposition für sich machen, wenn sie sich auf ihren Gratisplätzen in den Stadien und von den Fußballstars umgeben vor den Fernsehkameras zur Schau stellen. Sie haben die Polizeibewachung am meisten nötig.

–D.T.–

Niedersachsen: Solang die bürgerlichen Parteien gewinnen, verliert das Volk!

Wahlen haben im bürgerlichen Parlamentarismus mehr Bedeutung für die bürgerlichen Parteien, die auf dem Stimmzettel stehen, als für die Wähler, die sie auf dem Stimmzettel ankreuzen. Für die bürgerlichen Parteien geht es darum, welche von ihnen für die nächsten vier Jahre dem Volk im Nacken sitzen kann. Für das Volk geht es darum, wer ihm für die nächsten vier Jahre im Nacken sitzt.

Nachdem die Stimmzettel abgegeben sind und mit ihrer Auszählung begonnen worden ist, zeigt sich das sofort. Die bürgerlichen Politiker werden interviewt und geben Sprüche von sich, nach dem Volk fragt niemand mehr. Auf eine entsprechende Frage eines Interviewers im ZDF antwortete Heinz Kühn, stellvertretender SPD-Vorsitzender und Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen: "Wer das Roß ist, das weiß man schon vorher. In den Wahlen geht es darum, wer der Reiter wird."

In der Tat: Im bürgerlichen Parlamentarismus hat das Volk in den Wahlen nur die Entscheidung darüber, wer in den nächsten vier Jahren auf ihm herumreiten wird. Noch mehr: Auf ihm herumreiten werden sämtliche bürgerlichen Parteien. Es geht also nur darum, welche von ihnen die Zügel führen wird.

In Niedersachsen wird nach dem Ausgang der Wahlen wahrscheinlich eine Koalition von SPD und FDP die Zügel führen. Diese beiden Parteien haben in den Wahlen eine knappe Mehrheit erreicht. Für diese Parteien ist das von großer Bedeutung. Hätte die CDU die absolute Mehrheit gewonnen, dann hätte sie im Bundesrat eine größere Mehrheit gehabt als sie bereits hat. Das hätte bedeutet, daß die in Bonn regierende SPD/FDP-Regierung ihre Regierungsgewalt und ihren Einfluß in den Bundesbehörden noch mehr teilen müßte mit der CDU/CSU als bisher.

Was wird der Ausgang dieser Wahlen für die Arbeiterklasse bedeuten? Nicht viel. An der Kurzarbeit und an den Entlassungen bei VW wird sich dadurch nichts ändern, an den Preissteigerungen und an den Mieterhöhungen wird sich auch nichts ändern. Dies sind Tatsachen, die sich direkt aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen ergeben und ganz unabhängig sind von der Frage, welche bürgerliche Partei regiert.

Auch in Niedersachsen werden die Menschen immer unruhiger über die Entwicklung, die diese Produktionsverhältnisse nach sich ziehen: über die Arbeitslosigkeit, die Inflation und den Rückgang des Reallohns.

Und diese Unruhe ist zweifellos die Ursache der für eine Landtagswahl hohen Wahlbeteiligung von 80 %. Diese hohe Wahlbeteiligung ist ausschließlich bürgerlichen Parteien zugute gekommen. Das konnte nicht anders sein, denn etwas anderes stand nicht zur Wahl.

Heute betrachten sich alle großen bürgerlichen Parteien als Sieger. Die SPD hat weniger Stimmen verloren als in den vorhergehenden Landtagswahlen, die FDP ist mit rund 7 % der Stimmen wieder in den Landtag gekommen und die CDU ist zur stärksten Partei im Landtag geworden.

Sieger sind die bürgerlichen Parteien alle zusammen auch insofern, als sich der bürgerliche Parlamentarismus und das System der bürgerlichen Parteien ein weiteres Mal als stabil erwiesen hat, obwohl doch die Verhältnisse, auf denen der bürgerliche Parlamentarismus beruht und auf die sich die bürgerlichen Parteien stützen, immer deutlicher in eine Krise geraten.

Die Arbeiter spüren das an der Unsicherheit ihrer Existenz und an der Verschlechterung ihrer Lebenssituation. Aber noch brechen erst wenige Arbeiter mit den politischen Vertretern dieser Verhältnisse, die für sie Ausbeutung und Unterdrückung bedeuten. Dies ist auch nicht möglich, solange es den fortschrittlichsten Arbeitern und den konsequenten Revolutionären aus allen Teilen des Volkes noch nicht gelungen ist, die politische Partei der Arbeiterklasse wiederaufzubauen und mit Hilfe dieser Partei, der Kommunistischen Partei, als selbständige politische Kraft den bürgerlichen Parteien gegenüberzutreten.

Solange es diese Partei nicht gibt, die der Arbeiterklasse und den breiten Volksmassen den Weg aus der Unsicherheit ihrer Existenz, aus der Ausbeutung und Unterdrückung heraus zeigen kann und sie auf diesem Weg zusammenschließen kann, solange herrschen für die bürgerlichen Parteien noch relativ gute Zeiten. Bei den Wahlen und zwischen den Wahlen. So ist es auch kein Wunder, daß im ZDF-Wahlstudio am Sonntagabend eine gute Stimmung herrschte und die bürgerlichen Politiker Seite an Seite mit Bankiers und Tingel-Tangel und bürgerlichen Literaten ihren Sekt tranken und es sich gut gehen ließen. Ihre Zeiten werden sich in dem Maße verschlechtern, wie die Arbeiter und die breiten Volksmassen ihre eigene Sache in die eigene Hand nehmen werden, wie sie es zunehmend in den Fabriken und in den Stadtteilen auch schon tun.

–G.S., 9.6., 24 Uhr–

Aus dem Inhalt

Steuerreform: Von den Versprechen bleibt nur ein Betrug

Gerade noch vor der Niedersachsenwahl hat die SPD/FDP-Koalition die sogenannte "Steuerreform" im Bundestag verabschiedet. Wirksam allerdings wird diese "Reform" erst ab Januar nächsten Jahres, das heißt: die Minderung der Lohneinkommen durch Preissteigerung und wachsende Steuerlasten allein in diesem halben Jahr wird größer sein als die versprochene Entlastung durch die Steuerreform.

Es ist die einzige Reform, die von allen versprochenen und nicht eingelösten Versprechen der SPD/FDP-Regierung übrig bleibt. Es ist die einzige Reform, die irgendwie durchgeführt werden mußte; und wäre die CDU/CSU an der Regierung, sie müßte doch das gleiche tun wie SPD und FDP: zumindest so tun, als täte man was gegen die wachsende Ausplünderung der Lohnabhängigen durch den Staat. Und die Forderungen der CDU/CSU unterscheiden sich auch nur geringfügig von den Beschlüssen der SPD/FDP.

10 bis 12 Milliarden Mark soll diese Steuerreform den Staat "kosten". Doch schon diese Formulierung ist falsch, denn die Steuererhöhungen der letzten drei Jahre betragen ein Vielfaches dieser Summe. Bezahlen mußten die Lohnabhängigen, die gezwungen werden, den Staatsapparat zu mästen.

12 Milliarden, das klingt viel und bedeutet doch nur durchschnittlich 40 DM monatlich pro Lohnabhängigem, soviel wie die Lohnsteuern allein im Jahre 1973 zugenommen haben – weniger als das, was die Lohnsteuern 1974 noch einmal zunehmen werden. Da wird also nichts geschenkt oder zurückgegeben, sondern lediglich die Zunahme der Ausplünderung wird kurzfristig gedrosselt, um dann wieder zu steigen. Wie jetzt zu lesen war, sollen diese "Kosten" dadurch "aufgebracht" werden, daß die Renten nicht mehr erhöht werden, daß man also da nimmt, wo noch weniger zu holen ist.

Inflation und Steuerprogression haben in den letzten Jahren zu einer so umfangreichen staatlichen Ausplünderung der Lohnabhängigen geführt, daß alle bürgerlichen Parteien diesen "Skandal" nicht mehr leugnen können, wenn sie ihn auch in seinem Umfang herunterspielen.

In den letzten zehn Jahren hat sich die Lohnsteuer verfünffacht, während sich die veranlagte Einkommenssteuer der Kapitalisten lediglich verdoppelt hat. War die Summe der Lohnsteuern und die Summe der Einkommenssteuern 1963 noch gleich, so beträgt die Summe der Lohnsteuer 1973 das Dreifache der Einkommenssteuer. Die Körperschaftssteuer der kapitalistischen Unternehmen ist dagegen in der gleichen Zeit nur um ca. 35 % gewachsen, weniger als die Inflation. Mehr als verdreifacht haben sich im gleichen Zeitraum die indirekten Steuern auf die lebensnotwendigen Verbrauchsgüter, die ebenfalls die Lohnabhängigen am härtesten treffen.

Diese Entwicklung der wachsenden Steuerausplünderung der Lohnabhängigen wird durch das beschlossene Gesetz nicht aufgehalten.

DIE WIRKUNG DER "STEUERREFORM" IM EINZELNEN

Am günstigsten am neuen Gesetz erscheint noch die **Neuregelung des Kindergeldes**. Statt Kinderfreibeträgen, die in ihrer Wirkung die höheren Einkommen weit stärker entlasteten als die der Lohnabhängigen, soll es nun ein einheitliches Kindergeld geben: 50 DM für das erste Kind, 70 DM für das zweite, 120 DM für das dritte und jedes weitere Kind. Bedenkt man, daß bei den bestehenden Verhältnissen ein Kind für die Arbeiterfamilie oft bedeutet, daß die Mutter nicht arbeiten gehen kann, ist dies ein windiges "Geschenk des Staates", das die Lohnabhängigen, die die Hauptlast der Steuern tragen, selbst zahlen müssen, und mit dem der Staat offensichtlich noch Familienpolitik betreibt. Denn warum sollte das erste Kind die Familie weniger kosten als das zweite und dritte Kind?

In ähnlicher Weise wirkt der **Steuerfreibetrag**. Für Verheiratete ist er doppelt so hoch wie für Unverheiratete. Geht aber die verheiratete Frau arbeiten, verliert die Familie diesen Steuervorteil.

Dieser Steuerfreibetrag soll von bisher 1 600 DM im Jahr auf 3 000 DM im Jahr erhöht werden. Für Verheiratete soll er 6 000 DM betragen, falls die Frau nicht arbeitet.

Der **Steuerfreibetrag** bedeutet, daß auf Einkommen bis zu dieser Höhe keine Lohn- bzw. Einkommenssteuer erhoben wird. Während also bisher

Fortsetzung nächste Seite

„Steuerreform"

Fortsetzung v. S. 1

130 DM monatlich steuerfrei waren, sind es nun 250 DM im Monat. Das heißt, daß die Lohnerhöhung von einem Jahr im Jahr 1975 nicht zu großen zusätzlichen Lohnsteuern führt, aber eben nur für ein Jahr. Lohnerhöhungen, die aber andererseits in den vergangenen Jahren mit den Preissteigerungen nicht mithalten konnten.
Dieser Effekt wird aber noch dadurch verringert, daß die Lohnsteuer für Löhne bis 16 000 DM im Jahr (1 300 DM monatlich brutto) von bisher **19 % auf 22 %** erhöht wird. Bei Löhnen über 1 300 DM brutto fängt dann die **Steuerprogression** an mit einem **Steuersatz von 30,8 %**. Das heißt, daß auch nach der "Steuerreform" ein großer Teil der Lohnabhängigen in die Steuerprogressionszone kommt, denn die Grenze liegt bei einem Lohn, der unter dem Bruttodurchschnittslohn ist. Für die Lohnabhängigen, die unter 1 300 DM brutto verdienen, wird der Steuersatz auf 22 % erhöht, für die, die mehr verdienen, sogar gleich auf 31 %. Demgegenüber ist die Erhöhung des Spitzensteuersatzes für die hohen Einkommen von 53 % auf 56 % ab einem Jahreseinkommen von 130 000 DM praktisch keine Mehrbelastung.

SPRENGSATZ MIT ZEITZÜNDER

Die Progression beginnt schon verschärft bei den unterdurchschnittlichen Löhnen und wird bei den hohen Einkommen kaum mehr wirksam. Das wird schon ein Jahr nach Inkrafttreten der Steuerreform zu einem weiteren Sprung nach oben in der Lohnsteuer führen, und in kurzer Zeit die Steuerausplünderung der Lohnabhängigen gewaltig verschärfen. Offensichtlich kalkuliert die SPD/FDP-Regierung darauf, daß diese Wirkung gerade noch nicht zum Zeitpunkt der Bundestagswahlen spürbar ist. Die Steuersenkung freilich wird zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr wirksam sein.

Die Erhöhung des Arbeitnehmerfreibetrags von bisher 240 DM im Jahr auf **600 DM** wird daran nichts ändern. Dieser Freibetrag soll nach dem neuen Gesetz einheitlich mit 22 % von der Lohnsteuer abgezogen werden, also mit **11 DM pro Monat**.
Es ist also leicht zu sehen, daß die Steuerreform für die Lohnabhängigen ein Blendwerk ist, hinter dem kommende gewaltige Steuererhöhungen für die Lohnabhängigen verborgen werden sollen.

ANDERS FÜR DIE KAPITALISTEN

Anders sieht die Sache für die Kapitalisten aus. Gleichzeitig wurde nämlich beschlossen, daß der Sonderausgabenabzug für Vorsorgeaufwendungen auf 5 400 DM, für Verheiratete auf 10 800 DM erhöht wird. Abgezogen werden können 22 % der Ausgaben für Versicherungen bis zu dieser Höhe. Diese Möglichkeit kann aber nur der Kapitalist ausnutzen, der im Jahr über 10 000 DM für sein späteres Wohl zurücklegen kann, mit Zinsen versteht sich; während der Lohnabhängige nur 22 % von seinen Sozialabgaben von der Steuerschuld abziehen kann.
Damit nicht genug gibt es noch einen weiteren Versicherungsabzugsbetrag von 4 200 DM (für Verheiratete 8 400 DM), der ebenfalls mit 22 % von der Steuerschuld abgezogen werden kann. Welcher Lohnabhängige wird sich aber leisten können, insgesamt an die 20 000 DM in einer zinsbringenden Versicherung anzulegen, um dafür die Steuern zu sparen?
Ganz abgesehen von den Hunderten von Bestimmungen für Subventionen und Steuererleichterungen für Kapitalisten, die mit der Steuerreform keineswegs abgeschafft würden.

CDU/CSU: DER GLEICHE BETRUG IN ANDERER VERPACKUNG

Gegenüber diesem Blendwerk der "Steuerreform" unterscheiden sich die Vorschläge der CDU/CSU nur unwesentlich. Den Arbeitnehmerfreibetrag wollte die CDU nur verdoppeln (480 DM statt 600 DM). Mit der Kindergeldregelung ist sie sich einig mit der Regierung. Nicht einig ist sie mit dem Verfahren, daß die Freibeträge für alle Einkommen mit 22 % und nicht bei höheren Einkommen mit dem höheren Steuersatz abgezogen werden können.

Das wäre für die mittleren Einkommen nach dem Vorschlag der CDU/CSU etwas günstiger, hätte aber die höheren Einkommen zugleich noch mehr begünstigt. Man sieht, die Unterschiede sind nicht groß und zum Teil technisch so kompliziert, daß sie nur der Steuerfachmann versteht, wie überhaupt das ganze kapitalistische Steuerwesen möglichst undurchschaubar gehalten wird, um den Kapitalisten alle Türen offen zu halten, die ja über ihre Steuerspezialisten verfügen.
Der Streit zwischen den Regierungsparteien und der CDU/CSU geht im Wesentlichen darum, wer das Blendwerk "Steuerreform" für sich verbuchen kann. Und weil die CDU/CSU nicht in der Regierung ist, versucht sie doch wenigstens durch die Forderung, daß diese sogenannten "Steuererleichterungen" schon ab Juli in Kraft treten sollen, sich als der wahre Freund der Steuerzahler aufzuspielen. Unsere Aufgabe ist es, beide Arten des selben Betrugs aufzudecken, sowohl der SPD/FDP als auch der CDU/CSU.
Weder die Steuerforderungen der CDU/CSU noch die Steuerreform der SPD/FDP-Regierung sind eine Reform. Was sie als Reform oder Steuererleichterung verkaufen wollen, ist nicht mehr als daß in einem Jahr die Steuerlast weniger steigen wird, um dann in den kommenden Inflationsjahren umso schneller zu steigen.

GEGEN DEN STEUERBETRUG DIE FORDERUNGEN DER ARBEITERKLASSE

Umso wichtiger wird es sein, diesen Betrug, um den sich die bürgerlichen Parteien um die Wette streiten, aufzudecken, und diesem Betrug die einzig richtigen und konsequenten Steuerforderungen entgegenzustellen. Der KBW fordert in seinem Programm:

1. Die Abschaffung aller indirekten Steuern.
Die indirekten Steuern bedeuten nichts weiter, als daß vom Nettoeinkommen nochmals 10 bis 20 % beim Kauf der notwendigen Lebensmittel vom Staat kassiert werden. Diese Steuer trifft all diejenigen, die nur das kaufen, was sie zum Leben brauchen.

2. Bestreitung der öffentlichen Ausgaben – soweit diese durch Steuern gedeckt werden – ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft.
Das heißt heute:

Einkommen bis mindestens 1 500 DM monatlich steuerfrei!

Das sind keine Forderungen, mit denen die Ausbeutung abgeschafft ist, und sie können auch nichts daran ändern, daß die Kapitalisten und ihr Staat von der Ausbeutung leben. Aber diese Forderungen schaffen klare Fronten gegenüber dem bürgerlichen Staat. Sollen diejenigen die Staatsausgaben bezahlen, deren Staat es ist: die Kapitalisten und ihre hochbezahlten Funktionäre, aber nicht die Masse der Lohnabhängigen oder die kleinen Bauern, die selbst arbeiten und niemanden ausbeuten. Mit diesen Forderungen drückt sich auch das Bündnis der Arbeiterklasse mit den breiten Volksmassen aus. Die Arbeiterklasse muß sich an die Seite der unterdrückten Volksmassen stellen, um die Kapitalistenherrschaft schlagen zu können. Wenn sie dies in allen Fragen tut, wird es auch den Betrügern von der CDU/CSU nicht gelingen, aus der Krise der Betrüger von der SPD und FDP ihr Kapital zu schlagen.

–bb–

Demonstrationen in Phnom Penh

SCHÜLER EXEKUTIERTEN DEN ERZIEHUNGSMINISTER UND SEINEN STELLVERTRETER

Im Mai entwickelten sich die Kämpfe der Volksmassen in Phnom Penh weiter in die Breite. Eine besondere Rolle spielen dabei die Lehrer, Schüler und Studenten. Sie verliehen ihrer Forderung nach Freilassung von inhaftierten Lehrern und Studenten mit einer Reihe von Aktionen Nachdruck.
Ihren vorläufigen Höhepunkt hatten die Aktionen kürzlich, als die Lehrer, Schüler und Studenten den Erziehungsminister und seinen Stellvertreter zur Rechenschaft zogen. Beide erhielten die Strafe, die sie verdienen: sie wurden exekutiert.

Die hohen Verluste der Söldnerarmee der US-Marionetten bringen die Imperialisten in eine immer katastrophalere Lage. Auf die hohen Verluste im Kampf gegen die Volksbefreiungsarmee, Tausende von Überläufern in die befreiten Gebiete mit Waffen und Munition jeden Monat und ständige Befehlsverweigerung reagierte das US-Kommando in der US-Botschaft in Phnom Penh mit der Anweisung an Lon Nol, die Schulen zu schließen und Kinder, Jugendliche ab 12 bis 13 Jahren und Lehrer in die Armee zwangsrekrutieren zu lassen.
Gegen diese verbrecherischen Maßnahmen, die sie zu Kanonenfutter für die US-Imperialisten machen sollen, entfachten diese einen brodelnden und unaufhörlichen Kampf. Anfang Mai schlossen sich die Schüler, Studenten und Lehrer zu koordinierten Aktionen zusammen. In einer großen Kundgebung am 6. Mai verurteilten sie die Politik des herrschenden Regimes und drückten ihre Solidarität mit dem kambodschanischen Volk in den befreiten Gebieten und der Volksbefreiungsarmee aus. Auf die verschärften Zwangsmaßnahmen der US-Imperialisten und ihrer Agenten, wie Verhaftungen und Schließung der Schulen, reagierten sie mit der Besetzung der Schulen. Die Arbeiter und andere Bevölkerungsteile Phnom Penhs unterstützen sie dabei in immer stärkerem Maße durch Streiks, Überfälle auf die in den Straßen patrouillierende Militärpolizei und Angriffe der Bevölkerung auf die Reisspeicher der Marionetten, um sich die ihnen vorenthaltenen Lebensmittel zu verschaffen. Überall in Phnom Penh sind Parolen zu lesen, die zum Kampf gegen das verhaßte Verräter-Regime aufrufen.
Am 4. Juni setzten Schüler des Gymnasiums "18. März" den Erziehungsminister und seinen Stellvertreter, einen ehemaligen Minister im Blutsaugerkabinett, als Geiseln in der Schule gefangen. Für ihre Auslieferung forderten sie die Freilassung von über 60 eingekerkerten Schüler und Lehrer, Einstellung der Zwangsrekrutierungen und Sofortmaßnahmen gegen die Korruption und katastrophale Ernährungssituation in der Stadt. Die US-Drahtzieher ließen daraufhin auf die Schule durch das Militär das Feuer eröffnen. Wie angedroht, wurden daraufhin der Erziehungsminister und sein Stellvertreter für ihre Verbrechen am kambodschanischen Volk bestraft und von den Schülern erschossen. Ironischerweise fand die Exekution der Marionettenminister gerade in dem Gymnasium statt, das als Namen das Datum des Putsches der Junta trägt und eine 'Brutstätte' junger Marionetten und Imperialistenknechte sein sollte.
Dieses Ereignis symbolisiert eine entscheidende Entwicklung der Studenten, Schüler und vieler Intellektueller seit dem 18. März 1970. Zunächst hatten sie sich von der Junta täuschen lassen und die Ausrufung der 'Republik' als fortschrittliche Maßnahme gegenüber der alten Monarchie unter Sihanouk aufgefaßt. Inzwischen haben sie jedoch erfahren, daß diese "Republik" nicht Fortschritt, sondern Reaktion auf der ganzen Linie bedeutet, daß sie bedeutet, die alte feudale Unterdrückung mit der noch mehr blutsaugerischen des Imperialismus zu vertauschen, und sie haben sich eingereiht in den Kampf des kambodschanischen Volkes für die Errichtung der revolutionären Volksmacht im ganzen Land unter Führung der Befreiungsfront FUNK und der revolutionären Regierung GRUNK. Trotz des blutigen Terrors der Marionetten auf die Ereignisse des 4. Juni geht ihr Kampf weiter. Täglich finden neue Massendemonstrationen und Kundgebungen statt.

H.L.

mit dem kambodschanischen Volk in den befreiten Gebieten und der Volksbefreiungsarmee aus. Auf die verschärften Zwangsmaßnahmen der gen die Korruption und katastrophale Ernährungssituation in der Stadt. Die US-Drahtzieher ließen daraufhin auf die Schule durch das Militär das Feu- der Marionetten auf die Ereignisse des 4. Juni geht ihr Kampf weiter. Täglich finden neue Massendemonstrationen und Kundgebungen statt.
H.L.

Festnahmen bei Strauß-Rede
Wilhelmshaven. Am 6. Juni war Strauß von der CSU in Wilhelmsha- bis ein Teil der 120 aus Oldenburg angereisten Bereitschaftspolizisten

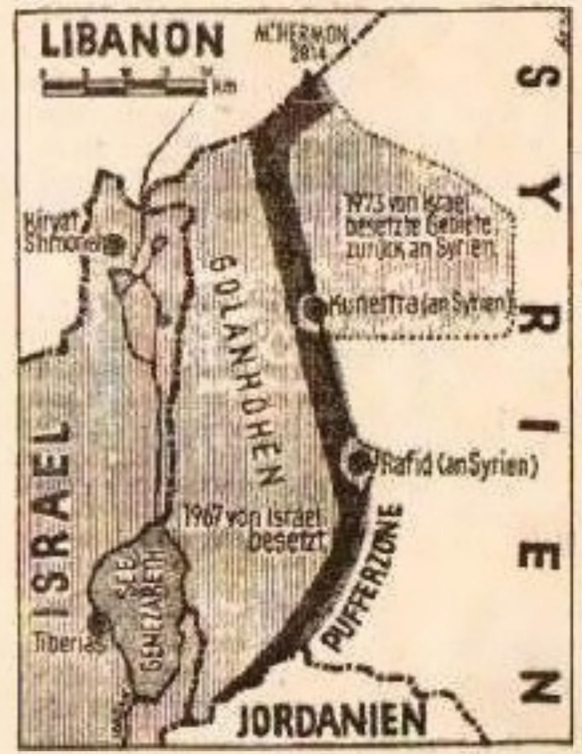
Festnahmen bei Strauß-Rede

Wilhelmshaven. Am 6. Juni war Strauß von der CSU in Wilhelmshaven, um Stimmen für die CDU zu sammeln. Es waren ungefähr 6 000 Menschen erschienen, einige mit Transparenten, Stellschildern und Flugblättern. **Viele Menschen wußten, was sie von Strauß zu halten haben, und versuchten gleich am Anfang, ihn und den hiesigen Landtagskandidaten der CDU, Hans Jansen, mit Sprechchören am Sprechen zu hindern.**
Das gelang fast eine halbe Stunde bis ein Teil der 120 aus Oldenburg angereisten Bereitschaftspolizisten eingesetzt wurden. Sie bildeten einen Ring um die Menschen in den vorderen Reihen, durch Sprechfunk wurden die Polizisten zu den Leuten dirigiert, die wohl in ihren Augen die Rädelsführer waren. So wurden nach Angaben der hiesigen Wilhelmshavener Zeitungen 11 Leute festgenommen, die später eine Anzeige erhielten wegen Störung einer ordentlich angemeldeten Kundgebung.

Pufferzonen gegen das palästinensische Volk

Am 31. Mai unterzeichneten syrische und israelische Generale in Genf ein sogenanntes Truppenentflechtungsabkommen. Damit hat viereinhalb Monate nach Ägypten – am 18. Januar unterzeichneten der ägyptische Staatspräsident Sadat und die israelische Ministerpräsidentin Meir das Abkommen zwischen Israel und Ägypten – auch Syrien den Schritt getan zur offiziellen Anerkennung des israelischen Kolonistenstaates. Dieses Abkommen ist eine Vereinbarung über den Waffenstillstand sowie den Austausch von Gefangenen und von verwundeten und toten Soldaten. Wie war es so weit gekommen?

Schon Anfang März zeichnete sich die Bereitschaft Syriens zu einem solchen Abkommen ab. Am 11. März erklärte der syrische Staatspräsident Assad, daß er unter bestimmten Umständen bereit sei, eine **Einschränkung der syrischen Souveränität** in Kauf zu nehmen! Kurz bevor dann ein Abkommen in Washington unterzeichnet werden sollte, intervenierte die Sowjetunion, ein Schritt, der damals die Unterschrift unter das Abkommen verhinderte. Der amerikanische Außenminister Kissinger und der sowjetische Außenminister Gromyko gaben sich daraufhin in Damaskus die Türklinke in die Hand. Der syrische Staatspräsident Assad reiste zusätzlich nach Moskau, und es erschienen zahlreiche arabisch-sowjetische Kommuniques, die betonten, daß die Sowjetunion an allen Regelungen im Nahen Osten beteiligt sein müßte. Der Sowjetunion ging es mit ihrem Schritt also mehr um die Wahrung der eigenen imperialistischen Interessen in Syrien und im Nahen Osten als um den Schutz der syrischen Interessen.
Was ist also zwischen dem 11. März und dem 31. Mai geschehen? Die Sowjetunion hat erreicht, daß unter den Fittichen der UNO in Genf die Vertreter der beiden Supermächte gleichberechtigt an der Unterzeichnung des Abkommens teilnahmen und sie hat Syrien gezwungen, noch weitere Zugeständnisse zu machen.
Die ausgehandelte Pufferzone, die von UNO-Truppen kontrolliert wird, verläuft um die Waffenstillstandslinie von 1967 herum, also völlig auf syrischem Territorium. Einschränkungen ihrer Souveränität in Form von festen Bestimmungen über Truppenstärke, Art und Reichweite der stationierten



Waffen gelten praktisch nur für die Syrer, da die entsprechenden Zonen auf israelischer Seite noch auf 1967 von Israel besetztem syrischem Territorium verlaufen.
Das Waffenstillstandsabkommen an der Golan-Front ist also ein weiterer Schritt in der festen Absicherung der Grenzen des israelischen Unterdrückerstaates. Es ist ein weiterer Schlag gegen die palästinensische Widerstandsbewegung. Einer ihrer Vertreter, der Generalsekretär der FPDLP, Nayef Hawatmeh, stellte bereits am 14. April in einem Interview dazu fest: "Dieses Projekt läuft hinaus auf mehr Expansion für Israel und auf die Mißachtung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes." Er sagte in diesem Interview voraus, was sich bereits jetzt abzeichnet: weitere Abkommen mit dem Libanon und Jordanien. "Alle Rechte des palästinensischen Volkes werden völlig unterdrückt und das palästinensische Territorium wird zwischen Israel und Jordanien neu aufgeteilt."
Was tut daher die palästinensische Widerstandsbewegung? In dieser Situation wird sie alle Kraft auf den Kampf in den von Israel besetzten Gebieten, also das eigentliche Palästina, konzentrieren. Sie kämpft für die "Errichtung einer nationaldemokratischen Herrschaft auf jedem Stück palästinensischen Bodens, das dem Feind entrissen wird." Dieser Kampf ist gerecht, weil er für die Wiederherstellung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes geführt wird. Nur die Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes, die vollständige und bedingungslose Rückgabe seines rechtmäßigen Territoriums wird zu einem gerechten Frieden im Nahen Osten führen können. Nayef Hawatmeh erklärte:
"Die Genfer Konferenz wird keinen dauerhaften und gerechten Frieden im arabischen Raum verwirklichen können. Das höchste, was sie erreichen kann, ist ein vorübergehender Waffenstillstand, der je nach den konkreten Vereinbarungen länger oder kürzer dauern kann." (Zitate übersetzt aus "Al Hurrya", einer libanesischen Wochenzeitung, die den Standpunkt der FPDLP propagiert. Nr. 667 vom 22. April)

Jugendliche gegen Landtagskandidat

Norden. Am Donnerstag, 6.6., veranstaltete die Norder SPD auf dem Marktplatz eine Kundgebung, auf der der neue Justizminister H.J. Vogel und der SPD-Landtagskandidat Bruns sprachen. Die Aktion Jugendhaus Norden e.V. hatte die ganze Norder Jugend dazu aufgerufen, auf der Kundgebung zu erscheinen und SPD-Bruns aufzufordern, zu der Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendhaus Stellung zu nehmen.

Auf einem großen Spruchband trugen die Jugendlichen die Frage: "Herr Bruns, wie stehen Sie zu einem selbst verwalteten Jugendhaus? ". Doch diese Frage, die die Probleme von einem großen Bevölkerungsteil ausdrückt, schien die SPD-Politiker nicht sonderlich zu stören. In ihren Reden gingen sie mit keinem Wort darauf ein. Daraufhin hielt nach Abschluß der Reden der SPD ein Vertreter der Aktion Jugendhaus über Megaphon eine Rede, in der er verdeutlichte, daß der Norder Stadtrat zu der seit einem Jahr erhobenen Forderung noch immer keine Stellungnahme abgegeben hat und daß Teile des Stadtrats eine wüste Verleumdungskampgagne gegen die Jugendlichen entfacht haben. Landtagsabgeordneter Bruns, Bürgermeister Campen und der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Wetzel, wurden aufgefordert, zu sagen, wie sie zur Jugendhausfrage stehen, bis wann sie eine offizielle Stellungnahme veröffentlichen wollen und wann sie erste Schritte zur Errichtung des Jugendhauses einleiten wollen. Die Aufforderung wurde vier mal (!) wiederholt. (Zu Anfang ließ die SPD die Feuerwehrkapelle spielen, um die Aktion Jugendhaus zu übertönen.)
Als die bürgerlichen Politiker es überhaupt nicht nötig hatten, auf das Anliegen der Norder Jugend zu antworten, beschlossen die empörten Jugendlichen, eine spontane Demonstration zu machen. Mit den Transparenten zogen die Jugendlichen dann durch die Stadt und riefen die Parole: "Für ein Jugendhaus in Selbstverwaltung!" Die Demonstration hatte etwa 75 Teilnehmer. Die Demonstration wurde zu dem Haus des stellvertretenden Oberbürgermeisters, Dirk Ortgies, geführt, der weithin als Feind der Aktion Jugendhaus und als antikommunistischer Hetzer bekannt ist. Ortgies wurde über Megaphon aufgefordert, Stellung zu beziehen. Man teilte uns mit, daß Herr Ortgies mit anderen SPD-Mitgliedern die "gelungene" Veranstaltung in Emden feiern würde. Anscheinend hält er es für nötiger, seinen "Sieg" zu begießen, als der Bevölkerung Rechenschaft abzulegen!
Die Anwesenden beschlossen, den Jugendrat der Aktion Jugendhaus zu beauftragen, in nächster Zeit eine Kundgebung durchzuführen.

–Kommunistische Gruppe Norden
(Sympathisanten des KBW)

Niedersachsen-Wahlkampf

DAS POLITISCHE INTERESSE DER MENSCHEN WAR GROSS

Gerade in den letzten Wochen, nachdem Willy Brandt als Bundeskanzler zurückgetreten ist, spitzten sich die politischen Auseinandersetzungen im Wahlkampf in Niedersachsen auf nationale Fragen wie die Wirtschaftspolitik, Innenpolitik, Ostpolitik usw. zu. Am Rande der Diskussion wurden Fragen des Landes Niedersachsen behandelt, wie zum Beispiel das Niedersächsische Schulgesetz, welches vor einigen Wochen von den bürgerlichen Parteien beschlossen wurde.
Dabei wurden bürgerliche Politiker, die unmittelbar nichts mit den Landtagswahlen in Niedersachsen zu tun haben, einbezogen, zumeist Bundestagsabgeordnete der bürgerlichen Parteien. Schmidt selber hat auf einer Großkundgebung in Hannover gesprochen, in Osnabrück stattete Carstens seinen Besuch ab.

Das politische Interesse der Menschen im Wahlkampf war groß. Es ist zwar richtig, daß die Menschen das Vertrauen in die bürgerlichen Parteien verloren haben, das heißt aber nicht, daß ihnen alles egal ist und sie sich um nichts kümmern. Die Diskussion in den Betrieben nahm zu, das Interesse der Menschen an der Politik wird also größer, weil sie auch merken, daß sich die politischen Widersprüche verschärfen.

Der KBW kandidierte bei der Niedersachsenwahl nicht, weil unsere Organisation in diesem Land noch schwach ist und weiterhin der Zeitpunkt der Wahl zu früh lag und die organisatorischen Konsequenzen zu Beginn des Wahlkampfes noch nicht gezogen worden sind. Erst auf der ersten zentralen Delegiertenkonferenz des KBW wurde ein Beschluß zu den Parlamentswahlen gefaßt. (vgl, KVZ Nr.11/74)
Daß wir nicht kandidierten, war ein Nachteil, da wir damit nicht positiv benennen konnten, was die Menschen wählen sollen, sondern sagen mußten: "Keine Wahl auf dem Stimmzettel". In der Begründung dieses politischen Schrittes benutzten wir unmittelbar unsere Programmforderungen und traten mit ihnen auch gegen die bürgerlichen Vertreter auf. Es mußte gerade dies positiv genutzt werden, um die Debatte auf Versammlungen zu führen.

Auf einer Veranstaltung in einer Hauptschule in Osnabrück, wo die Kandidaten zur Landtagswahl anwesend waren, ist es Genossen der Ortsgruppe zum Beispiel gelungen, unsere Forderung zur Einheitsschule zu einem Hauptpunkt der Auseinandersetzung zu machen.

Noch zu wenig haben sich die Kommunisten und alle fortschrittlichen Kräfte angewöhnt, im Wahlkampf organisierte Politik zu betreiben. Das heißt man ging zu den Wahlveranstaltungen hin, ohne daß man dort, wo man lebt, arbeitet, studiert usw. mit Menschen bespricht, daß ein bürgerlicher Politiker kommt; was das eigentlich für ein Betrüger ist, und welches eigentlich die Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes sind.

Innerhalb unserer Arbeit zu den Niedersachsenwahlen haben sich dabei wichtige Agitationsmittel ergeben: Unsere Genossen hängten Wandtafeln in den Schulen und Universitäten auf mit den Steckbildern der bürgerlichen Politiker, die in unserer Stadt sprechen wollten; darunter war ein langer Kasten frei, wo jeder die Möglichkeit hatte, Schandtaten der bürgerlichen Politiker hinzuschreiben.
In den Betrieben taten dies unsere Genossen in ähnlicher Weise, indem sie an ihrem Spind und am Arbeitsplatz Meldungen und Berichte zu den Landtagswahlen aufhängten oder auch an das Schwarze Brett hefteten. Dadurch entstanden Diskussionen im Betrieb, welches gut ist, weil dort die Menschen ihre Ansichten und Meinungen austauschen.

In diesen Diskussionen sollten dann auch Aufgaben und Absprachen gefaßt werden, zum Beispiel daß der Kollege, der zu einer Genscher-Wahlveranstaltung gehen wollte, den Herrn Genscher nach der ÖTV-Tarifrunde und dem Verhalten des Staates zu den Diäten befragt.
Oder es wurde einem Landtagskandidaten wegen einer bestimmten Schandtat auf einer Veranstaltung ein schöner Gruß der Kollegen mitgeteilt, oder man ging mit mehreren Kollegen oder Freunden zu einer bestimmten Wahlveranstaltung.
Der Wahlkampf war ein Anfang. Wenn wir so weitermachen und unsere Aktivitäten an allen Fronten verstärken, wird es uns gelingen, zu Volkstribunen innerhalb der örtlichen Auseinandersetzung zu werden. Erst dann wird es uns gelingen, Menschen gegenüber den bürgerlichen Politikern zusammenzuschließen.

–Jockel Detjen, Osnabrück–

Der KBW beteiligt sich an den Landtagswahlen in Hessen

– BESCHLUSS DES ZENTRALEN KOMITEE VOM 8. JUNI –

Entsprechend dem Beschluß des Zentralen Komitees vom 4. Mai, die Beteiligung an den Landtagswahlen in Hessen anzustreben und deren Möglichkeit zu überprüfen, wurde am 19. Mai eine Konferenz der Sekretäre aller hessischen Ortsgruppen und Ortsaufbaugruppen sowie von Vertretern befreundeter Organisationen durchgeführt.
Die Stellungnahmen der Sekretäre sowie der Vertreter der befreundeten Organisationen haben ergeben, daß in den Einheiten der Organisation sich eine klare Meinung für die Beteiligung an den Landtagswahlen in Hessen gebildet hat. Diese Konferenz hat in einer Erklärung das Zentrale Komitee einmütig aufgefordert, auf seiner nächsten Sitzung positiv über die Kandidatur Beschluß zu fassen.
Inzwischen haben die Leitungen der Ortsgruppen und Ortsaufbaugruppen sowie befreundeter Organisationen Stellung bezogen, die Beteiligung an den Wahlen durch eine Kandidatur des KBW begrüßt und haben bereits die Vorbereitungen für das Eingreifen in die Wahlauseinandersetzung eingeleitet.
Der Kommunistische Bund Westdeutschland kann sich an den Wahlen zum Landtag in Hessen sowohl durch das Aufstellen einer Landesliste wie auch durch das Aufstellen von Direktkandidaten beteiligen. Kommunistische Kandidaten werden wir bislang an folgenden Orten aufstellen: Darmstadt, Frankfurt, Friedberg, Gießen, Kassel, Offenbach, Wetzlar und Wiesbaden.
In den hessischen Landtagswahlen werden wir den bürgerlichen Politikern und Parteien das revolutionäre Programm der Arbeiterklasse entgegenstellen, auf unserer politischen Linie eine allseitige Tätigkeit entfalten mit dem Ziel, die revolutionären Kräfte zu sammeln und den Einfluß der Kommunisten zu prüfen.
Das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland beschließt deshalb die Beteiligung des KBW an den Wahlen zum Landtag in Hessen.

UNTERSTÜTZT DEN WAHLKAMPF DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND IN HESSEN!

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) beteiligt sich an den Wahlen zum hessischen Landtag. Er tut dies, um den bürgerlichen Parteien auch auf diesem Kampffeld gegenüberzutreten und um den Wahlkampf für eine weitere Verankerung der Auffassungen der Kommunisten und ihres Programms zu nutzen.
Wie jeden Wahlkampf werden die bürgerlichen Parteien auch den Wahlkampf in Hessen benutzen, um mit viel finanziellem Aufwand ihren Schwindel an den Mann zu bringen. Dabei plündern sie in hemmungsloser Weise den Staatshaushalt. Sie finanzieren ihren Schwindel mit Geldern, die sie mit Hilfe des Staatsapparates denen abgenommen haben, die sie beschwindeln wollen.
Der Kommunistische Bund Westdeutschland lehnt die Finanzierung der Parteien über den Staatshaushalt entschieden ab Selbstverständlich will er keinerlei Wahlkampfunterstützung durch den bürgerlichen Staat. Falls er dennoch wider Willen in den Genuß solcher Gelder kommen sollte, wird er diese Gelder der Verteidigung der Verfolgten durch den Staatsapparat zur Verfügung stellen, insbesondere denen, die der Staatsapparat jetzt vor bürgerliche Gerichte zerren wird, weil sie in Frankfurt gegen die Fahrpreiserhöhungen gekämpft haben.
Im Kapitalismus kostet jedoch auch die Verbreitung der Wahrheit viel Geld. Für Plakate, Broschüren, Saalmieten, Flugblätter und Wahlzeitungen wird der Kommunistische Bund Westdeutschland viel Geld benötigen. Um die notwendigen Mittel aufzubringen, wird der Kommunistische Bund Westdeutschland auf die Unterstützung aller Kräfte angewiesen sein, die die Auffassungen der Kommunisten teilen und die Wahrheit lieben.
Wir fordern daher alle Leser der Kommunistischen Volkszeitung und alle, die die Beteiligung des Kommunistischen Bundes an den Hessischen Landtagswahlen für richtig halten, auf, den Wahlkampf des Kommunistischen Bundes Westdeutschland zu unterstützen und eine breite Spendensammlung durchzuführen. damit dieser Wahlkampf finanziert werden kann.

Spendenkonto: Konto Nr. 10683 18
Volksbank Mannheim
"Landtagswahl Hessen"

Zentrales Komitee des KBW

Juso-Vorsitzende auf Wahlkampf

JUSOS PREDIGEN DIE VERSÖHNUNG MIT DER SPD

Braunschweig. Immer, wenn Wahlen vor der Tür stehen, beginnt für die bürgerlichen Parteien die Balzzeit. Sie schmücken sich mit bunten Reklameheften, scharwenzeln auf Straßen und Plätzen herum, um dem Volk zu gefallen. In Niedersachsen muß sich die SPD besonders anstrengen, weil große Teile der Bevölkerung von ihrer Politik verdrossen sind. Die letzten Taten dieser Partei in Braunschweig waren die Badepreiserhöhungen zwischen 20 und 60 Prozent; an der Verhökerung von 48 000 Quadratmeter Land für rund 30 Pfennig pro Quadratmeter an Rats- und Gemeindeherren von SPD und CDU war sie "beteiligt". Erich Leitow (SPD-Fraktionsführer) und J. Clemens (CDU-Fraktionsführer) haben öffentlich angekündigt, daß nach den Wahlen die Fahrpreise erhöht werden.
Um die über die SPD empörten Menschen wieder mit ihr zu versöhnen, sprangen ihr die Jusos mit ihrer Bundesvorsitzenden Heidemarie Wieczorek-Zeul bei. Auf ihrer Veranstaltung am 28. Mai fanden sich rund 250 Menschen ein, Jusos, wenige CDU-Vertreter, einige unorganisierte Menschen. Die Kommunisten stellten etwa ein Drittel der Besucher.

chen die Jusos aus. Frau Wieczorek-Zeul sei nach Braunschweig gekommen, um die "Prinzipien der Politik von Jungsozialisten in der SPD" zu erläutern. Mit jeder klaren Stellungnahme zu einer dieser Fragen riskieren die Jusos einiges: Sind sie für die volksfeindliche Politik der SPD in Stadt und Land, können sie niemanden zur Wahl der SPD bewegen und ihre "linke" Kritik wird unglaubwürdig; sind sie dagegen, fragt jeder, warum sie für die SPD werben.
Wie gerufen kam der Wieczorek-Zeul der einzige CDU-Vertreter, der sich überhaupt zu Wort meldete. Auf ihn konnte sie sich endlich als parlamen-

teien über den Staatshaushalt entschieden ab Selbstverständlich will er keinerlei Wahlkampfunterstützung durch den bürgerlichen Staat. Falls er dennoch wider Willen in den Genuß solcher Gelder kommen sollte, wird er diese Gelder der Verteidigung der Verfolgten durch den Staatsapparat zur Verfügung stellen, insbesondere denen, die der Staatsapparat jetzt vor bürgerliche Gerichte zerren wird, weil sie in Frankfurt gegen die Fahrpreiserhöhungen gekämpft haben.
Im Kapitalismus kostet jedoch auch die Verbreitung der Wahrheit viel Geld. Für Plakate, Broschüren, Saalmieten, Flugblätter und Wahlzeitungen wird der Kommunistische Bund Westdeutschland viel Geld benötigen. Um die notwendigen Mittel aufzubringen, wird der Kommunistische Bund Westdeutschland auf die Unterstützung aller Kräfte angewiesen sein, die die Auffassungen der Kommunisten teilen und die Wahrheit lieben.
Wir fordern daher alle Leser der Kommunistischen Volkszeitung und alle, die die Beteiligung des Kommunistischen Bundes an den Hessischen Landtagswahlen für richtig halten, auf, den Wahlkampf des Kommunistischen Bundes Westdeutschland zu unterstützen und eine breite Spendensammlung durchzuführen. damit dieser Wahlkampf finanziert werden kann.
Spendenkonto: Konto Nr. 10683 18
Volksbank Mannheim
"Landtagswahl Hessen"
Zentrales Komitee des KBW

Juso-Vorsitzende auf Wahlkampf
JUSOS PREDIGEN DIE VERSÖHNUNG MIT DER SPD
Braunschweig. Immer, wenn Wahlen vor der Tür stehen, beginnt für die bürgerlichen Parteien die Balzzeit. Sie schmücken sich mit bunten Reklameheften, scharwenzeln auf Straßen und Plätzen herum, um dem Volk zu gefallen. In Niedersachsen muß sich die SPD besonders anstrengen, weil große Teile der Bevölkerung von ihrer Politik verdrossen sind. Die letzten Taten dieser Partei in Braunschweig waren die Badepreiserhöhungen zwischen 20 und 60 Prozent; an der Verhökerung von 48 000 Quadratmeter Land für rund 30 Pfennig pro Quadratmeter an Rats- und Gemeindeherren von SPD und CDU war sie "beteiligt". Erich Leitow (SPD-Fraktionsführer) und J. Clemens (CDU-Fraktionsführer) haben öffentlich angekündigt, daß nach den Wahlen die Fahrpreise erhöht werden.
Um die über die SPD empörten Menschen wieder mit ihr zu versöhnen, sprangen ihr die Jusos mit ihrer Bundesvorsitzenden Heidemarie Wieczorek-Zeul bei. Auf ihrer Veranstaltung am 28. Mai fanden sich rund 250 Menschen ein, Jusos, wenige CDU-Vertreter, einige unorganisierte Menschen. Die Kommunisten stellten etwa ein Drittel der Besucher.

In ihrem Vortrag sagte die Bundesvorsitzende nicht mehr als H. Schmidt in seiner Regierungserklärung: Die Rohstoffe verteuerten die Preise, die internationalen Konzerne sind schlecht kontrollierbar und im übrigen stehe sich die Inflation in der Bundesrepublik noch am besten in der kapitalistischen Welt. Sie empfahl die Lenkung von Investitionen und die paritätische Mitbestimmung. Den größten Teil ihrer Rede verwandte sie jedoch darauf, vor der CDU zu warnen, die sich das Versagen der SPD zunutze zu machen versuche und nach einem Wahlerfolg in Niedersachsen die Reformpolitik im Bundesrat torpedieren könne. Das war überhaupt der Kern der gesamten Rede: Die Jusos versuchen wohlweislich zu keiner Zeit, die Politik der SPD zu lobpreisen, sondern verwiesen darauf, daß eine beschissene SPD besser wäre als die CDU. Den Beweis mußten sie schuldig bleiben.
Aus dieser defensiven Position kam Wieczorek-Zeul nicht mehr heraus. Auf die Anklagen des KBW zur sozialdemokratischen Landespolitik, wie den Polizei- und Justizeinsatz in Nordhorn-Range, die Lohndrückerei Kubels im Kampf der ÖTV-Kollegen, die Bespitzelung von 16 000 Bewerbern für den öffentlichen Dienst durch den Verfassungsschutz; auf die Fragen des KBW zur Kommunalpolitik, wie die Erhöhung der Fahrpreise, der Bau eines Munitionsdepots (siehe KVZ Nr. 8/74) gegen den Willen der Bevölkerung, die millionenhafte Verschwendung von Steuergeldern für ein Kaufhaus des Horten-Kapitalisten, die Forderung des KBW nach voller Weiterzahlung des Lohns bei Kurzarbeit und 80 % Arbeitslosengeld – all diesen klaren Fragen wi-

chen die Jusos aus. Frau Wieczorek-Zeul sei nach Braunschweig gekommen, um die "Prinzipien der Politik von Jungsozialisten in der SPD" zu erläutern. Mit jeder klaren Stellungnahme zu einer dieser Fragen riskieren die Jusos einiges: Sind sie für die volksfeindliche Politik der SPD in Stadt und Land, können sie niemanden zur Wahl der SPD bewegen und ihre "linke" Kritik wird unglaubwürdig; sind sie dagegen, fragt jeder, warum sie für die SPD werben.
Wie gerufen kam der Wieczorek-Zeul der einzige CDU-Vertreter, der sich überhaupt zu Wort meldete. Auf ihn konnte sie sich endlich als parlamen-
tarischen Konkurrenten einschießen und dazu benutzen, ihre Hilflosigkeit gegenüber der Kritik des KBW ungeschehen zu machen, indem sie den KBW zum Wahlhelfer für die CDU abzustempeln suchte.
Ein Sprecher der Ortsleitung des KBW faßte noch einmal zusammen, daß die Alternative zur Politik der SPD weder CDU noch FDP heißt, sondern der selbständige Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes. Sicher konnte das Vertrauen in die SPD weiter erschüttert werden. Als großer Mangel erwies sich aber, daß die Kommunisten nicht schon in Niedersachsen kandidieren konnten, um die Kraft der revolutionären Volksmassen gegenüber den bürgerlichen Parteien auch in den Parlamenten zusammenzufassen.

Im Auftrag der Ortsgruppe Braunschweig: R.S.

Die Musik wurde lauter gestellt

ABER DIE STADTTEILBEWOHNER VERHALFEN DEN KOMMUNISTEN ZUM REDERECHT

Am Mittwochabend, den 22. Mai, lud der SPD-Ortsverein Hannover-Oststadt die Bewohner dieses Stadtteils ein, zu Bier, Jazz, Würstchen, Mickeymaus-film und Politik vor die Musikhochschule zu kommen. Wir, die Aktionsgruppe Oststadt-List, gingen dorthin, um die sogenannten Volksvertreter unseres Stadtteils zur Rechenschaft zu ziehen und vor der Öffentlichkeit zu überprüfen, was sie für uns, die Bewohner des Stadtteils, getan haben.

Es kamen ungefähr 250 Jugendliche und Erwachsene. In der Mitte des Platzes war die Jazzband aufgebaut. Unsere sogenannten Volksvertreter W. Pennigsdorf, H. Preußer und H. Mayer fanden es noch nicht einmal für nötig, uns, die Bewohner des Stadtteils, zu begrüßen. Dies tat einer von der Funny Old House Jazz Band und begrüßte uns folgendermaßen: "Ja, heute sind wir hier zusammengekommen, um uns gemeinsam zu amüsieren bei Würstchen, Jazz, Film und Musik, und zwischendurch werden sie persönlich insbesondere Herrn Wolfgang kennenlernen." Da ging einer von uns zum Mikrofon und sagte, daß wir, die Bewohner des Stadtteils, Probleme haben, und daß wir die verantwortlichen Stadträte auffordern, dazu Stellung zu nehmen. In dem Augenblick schaltete sich die sogenannte Volksvertreterin unseres Stadtteils ein, die sich genau wie die beiden anderen vorher dezent im Hintergrund gehalten hatte, und sagte: "Sicher kann hier jeder sagen, wo er Probleme hat. Aber erst gehen wir gemeinsam zur Würstchenbar, die Würstchen sind gerade fertig." Aber es ging keiner. Im Gegenteil, es kamen noch mehr Leute hinzu, und da mußten sie uns sprechen lassen. Wir forderten die Verantwortlichen Politiker und insbesondere Herrn Pennigsdorf auf, endlich zur gewaltsamen Räumung des unabhängigen Jugendzentrums Welfenbunker in der Oststadt Rede und Antwort zu stehen, was in über 150 Unterschriften immer wieder von ihm verlangt worden war. Die Antwort von Pennigsdorf war sinngemäß: "Für die Jugend werden wir sehr viel tun, aber ein unabhängiges Jugendzentrum im Bunker in der Oststadt soll es nicht geben."
Noch am selben Abend wurden zahlreiche Unterschriften gesammelt, die das unabhängige Jugendzentrum im Welfenbunker forderten. Nach etwas Musik – denn wir haben nichts gegen Musik, sie muß nur im richtigen Verhältnis stehen – wollten wir zum Mietwucher in der Gretchenstraße 34 sprechen und sie auffordern, zum Abriß vieler gut erhaltener Häuser in der Oststadt-List Stellung zu nehmen. Da versuchten die bürgerlichen Politiker das Mittel anzuwenden, was sie bei allen Wahlveranstaltungen versuchen und was ihnen aber an diesem Abend nicht gelungen ist, nämlich in dem Augenblick, als wir ansetzten zu sprechen, mit lauter Musik einzusetzen. Dies gelang ihnen nicht. Warum gelang es ihnen nicht? Die anwesenden Bewohner des Stadtteils protestierten und forderten, uns, die Bewohner dieses Stadtteils sind, sprechen zu lassen.

– SA, BS, Hannover –

SPD-Politiker befragt:

'GEGEN DIE ABSCHAFFUNG DER INDIREKTEN STEUERN'

Wiesbaden. In Wiesbaden hat die angeschlagene Regierungspartei SPD schon jetzt den Landtagswahlkampf begonnen. Am 30.5.74 fanden gleich zwei Wahlveranstaltungen statt. Beide waren schlecht besucht, es waren außer uns fast nur feste SPD-Mitglieder anwesend. Im Industrievorort Biebrich sprachen auf einer Veranstaltung der Wiesbadener Oberbürgermeister Schmitt (SPD) und der SPD-Landtagskandidat Schneider.

Der Oberbürgermeister schilderte zunächst die wirtschaftliche Lage Hessens in rosigen Farben. Ein Genosse zeigte dagegen die wirkliche Situation auf und nannte als Beispiel der wachsenden Arbeitslosigkeit die drohende Massenentlassung bei Opel in Rüsselsheim – von 10 000 Kollegen ist die Rede – und fragte den Kandidaten, ob er für die Forderung nach einer Arbeitslosenunterstützung von 80 % für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit sei. Der SPD-Politiker wich der Beantwortung der Frage aus und machte stattdessen faule Versprechungen wie die nach der Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, mit denen die Kollegen aus Rüsselsheim bestimmt nichts anfangen können.
Die staatliche Preistreiberei stellten wir anhand der Frankfurter Fahrpreiserhöhung dar und fragten den Kandidaten, ob er die Forderung: "Weg mit den Fahrpreiserhöhungen" unterstütze. Unter den SPDlern wurde es zunehmend unruhig; sie behaupteten, daß es in Frankfurt um Radau und nicht um die Fahrpreiserhöhungen ginge. Dagegen sagten wir, daß das wohl angesichts von bis zu 10 000 Demonstranten und 50 000 Unterschriften gegen die Fahpreiserhöhungen nicht richtig sein könne. Der Oberbürgermeister, selbst im Aufsichtsrat der Wiesbadener Stadtwerke, wollte die steigenden Ausgaben des bürgerlichen Staates als Grund für die Erhöhung der Fahrpreise und auch der Strom-, Gas- und Wasserpreise hier in Wiesbaden geltend machen. Wir fragten, ob er und der Kandidat denn für die Forderung: "Abschaffung aller indirekten Steuern und Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, sofern sie von Steuern bezahlt werden, ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft" eintreten würden. Der Landtagskandidat bezeichnete die Forderung als utopisch, da dann für den Staatshaushalt – für den aufgeblähten, aufwendigen und volksfeindlichen bürgerlichen Staatsapparat also – nicht mehr genügend Geld zusammenkäme. Deshalb seien die indirekten Steuern weiterhin nötig, um die breiten Volksmassen weiterhin auszuplündern.
Der SPD-Diskussionsleiter überging ganz offensichtlich Wortmeldungen von Genossen. Ein SPDler verlangte sogar das völlige Redeverbot für KBW-Mitglieder, er besaß auch noch die Unverschämtheit, den Kommunisten die Massenarbeitslosigkeit der 20er und 30er Jahre in die Schuhe zu schieben. Ähnlich war auch der Grundtenor der SPD-Redner: Wer offen über die zunehmende Krise spricht, treibt die Krise voran. Nicht die zunehmende Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen ist Ursache für die wachsende Empörung des arbeitenden Volkes, sondern die, die davon reden. Vom Kampf gegen die Auswirkungen der Krise auf die Kollegen wollten sie absolut nichts hören.
Am gleichen Tag sprach auf einer weiteren SPD-Wahlveranstaltung der Landtagskandidat Udo Schröder. Er sprach sich für den Polizeieinsatz in Frankfurt aus, damit die Fahrpreiserhöhungen durchgesetzt werden konnten. Die Besteuerung der Vermögen lehnte er ab.

VW: Massenentlassungen stehen bevor

Wolfsburg. Nachdem die weltweite Krise des Kapitalismus zuerst die kleineren und Mittelbetriebe getroffen hat, beginnt sie jetzt auch die Großindustrie zu schütteln. Der Absatz des größten Automobilkonzerns in Europa, des VW-Werks, geht weltweit schlagartig zurück. Im Sommer, in der Zeit der Hochkonjunktur der Automobilindustrie, stehen bereits 400 000 VW's auf Halde. Allein in den USA ist der Absatz um 40 % zurückgegangen.

Die Auswirkungen dieser Entwicklung treffen die VW-Arbeiter hart. Im April haben 45 000 Arbeiter kurzgearbeitet. Im Mai 29 000, für Juni und Juli ist ebenfalls Kurzarbeit angeordnet. Gleichzeitig werden die ersten Entlassungen vorgenommen. Täglich werden bis zu 30 Kollegen entlassen. 200 tunesische Kollegen sind buchstäblich am letzten Tag der Verträge nicht mehr verlängert worden. Die anderen Verträge, die auslaufen, sollen ebenfalls nicht mehr verlängert werden. Kollegen, die kurz vor dem Rentenalter stehen, wird nahegelegt, früher zu kündigen. Bis zum Urlaub sollen 2 000 Kollegen durch Auflösungsverträge abgeschoben werden. Höhnisch kommentiert ein Pressesprecher des VW-Werks diese Maßnahmen als Vorbeugung, damit es keine Entlassungen gibt und vertröstet die Belegschaft auf die neuen Modelle, die die Arbeitsplätze sichern sollen. Gleichzeitig erhöht sich der Profit des VW-Konzerns immer mehr. Bereits zweimal in diesem Jahr sind die Automobilpreise um je 6,5 % erhöht worden. Damit werden die Investitionen im Ausland getätigt. Der Vertrag mit Rumänien ist mittlerweile perfekt: Das Werk soll einen jährlichen Ausstoß von jährlich 360 000 haben. Bis die Werke in den USA gebaut werden, ist nur noch eine Frage der Zeit. Betrachtet man diese Entwicklung, wird deutlich, daß die jetzigen Entlassungen nur erste Anzeichen dessen sind, was auf uns zukommt.

In Niedersachsen, besonders in Wolfsburg, ist die SPD mit dem Slogan in die Wahl gegangen, sie hätte 120 000 Arbeitsplätze neu geschaffen oder gesichert. Die CDU dagegen versuchte das Bewußtsein der Arbeiter von der Unsicherheit ihrer Existenz auf ihre Mühlen zu lenken, indem sie vorgab, die Absatzschwierigkeiten der VW-AG hingen mit der Verteufelung des Automobils zusammen. Eine CDU-Regierung würde mit der Verteufelung Schluß machen und damit wäre alles gegessen. So einfach ist das.

Was all dieses Gerede wert ist, zeigt die Entwicklung selbst. Nicht das Vertrauen in die bürgerlichen Politiker schützt die Arbeiter vor den schlimmsten Auswirkungen der Krise, sondern der entschiedene Kampf für ihre Interessen. Nicht die Hoffnung auf die große Wende in der Entwicklung des Kapitalismus, sondern seine Beseitigung selbst sichert letztendlich die Existenz der Arbeiter. H.R.

VW-WERK WOLFSBURG:

Der Kampf für Jugendvertretung geht weiter

Im VW-Werk Wolfsburg steht die Wahl der Jugendvertretung bevor. Von verschiedenen Seiten wurden und wird die Wahl einer starken IG-Metall-Jugendvertretung sabotiert. Nachdem die Jugendvertrauensleute der IG Metall die offen reaktionären Versuche der Spaltergewerkschaften wie auch der IG-Metall-Ortsverwaltung abgeschlagen haben (siehe KVZ Nr. 10), hat jetzt die Ausbildungsabteilung des VW-Konzerns eingegriffen. Sie hat es den Jugendvertreterkandidaten untersagt, in die Werksschulklassen zu gehen, um den Lehrlingen die Möglichkeit zu nehmen, mit den Kandidaten über die zukünftige Jugendvertreterarbeit zu diskutieren.

Daß das VW-Kapital kein Interesse an einer starken Jugendvertretung hat, ist verständlich. Aber auch von Seiten des Betriebsrates wünscht man sich anscheinend lieber eine Jugendvertretung zu Repräsentierzwecken als solch eine, die konsequent die Interessen der Lehrlinge gegenüber dem Konzern vertritt. Denn der Betriebsrat legte hier keinen Widerspruch ein, sondern sagte zu dem Verbot der Ausbildungsabteilung Ja und Amen.

Auf der gleichen Linie liegen die Praktiken der rein sozialdemokratisch besetzten IG-Metall-Ortsverwaltung. Weil unter den aufgestellten Jugendvertreterkandidaten 5 Kollegen sind, gegen die sie ein Ausschlußverfahren eingeleitet hat, und sie es nicht geschafft hatte, die IG-Metall-Liste umzuwerfen, will sie keinen Wahlkampf für die aufgestellten IG-Metall-Kandidaten führen. Begründet hat dies der IG-Metall-Sekretär Kaufmann damit, daß es nicht im Interesse der Gewerkschaft sei, wenn man die fünf mit auf einem IG-Metall-Flugblatt erwähne. Was solche Typen von konsequenter Interessenvertretung gegenüber den Kapitalisten halten, macht solch ein Beispiel sehr deutlich.

So ist die Situation bei VW. Die Wahl für die VW-Lehrlinge soll so aussehen, daß sie bei der Wahl einen Zettel vorgelegt bekommen, auf dem die 21 Namen der Kandidaten stehen, von denen sie dann 9 mit Kreuzen versehen können. Man versucht mit allen Mitteln, die Unterschiede zwischen den einzelnen Kandidaten zu verwischen, um den Lehrlingen die Wahl einer starken Jugendvertretung zu sabotieren.

Was muß getan werden und was wird man tun? Die Lehrlinge werden den Wahlkampf selbst organisieren; sie werden sich die einzelnen Kandidaten vorknöpfen müssen, um sie zu befragen Um sie zu befragen, wie sie die zukünftige Arbeit der Jugendvertretung sehen und wie sie sie anpacken wollen. Es wird schwer werden für die Lehrlinge, da sie mit keiner Unterstützung seitens der IG-Metall-Ortsverwaltung rechnen können. Aber die VW-Lehrlinge haben nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen. Es wird eine Wahl werden, wo statt bürgerlichem Wahlkampfrummel, bzw. lediglich einer Stimmabgabe, nach den Erfordernissen einer konsequenten Interessenvertretung ausgewählt werden wird. W.K.

einer starken Jugendvertretung hat, ist verständlich. Aber auch von Seiten des Betriebsrates wünscht man sich anscheinend lieber eine Jugendvertretung zu Repräsentierzwecken als solch eine, die konsequent die Interessen der Lehrlinge gegenüber dem Interessenvertretung gegenüber den Kapitalisten halten, macht solch ein Beispiel sehr deutlich.
So ist die Situation bei VW. Die Wahl für die VW-Lehrlinge soll so aussehen, daß sie bei der Wahl einen Zettel vorgelegt bekommen, auf dem die zu verlieren, sondern nur zu gewinnen. Es wird eine Wahl werden, wo statt bürgerlichem Wahlkampfrummel, bzw. lediglich einer Stimmabgabe, nach den Erfordernissen einer konsequenten Interessenvertretung ausgewählt werden wird. W.K.

Die Pleiten häufen sich

Kelsterbach/Main. "Die Situation ist beschissen!" – "Ihr habt uns lange genug schikaniert!" – "Wir wurden immer wieder hinters Licht geführt!" – "Wir wollen unser Geld haben! Wovon sollen wir denn unsere Familien ernähren?" – so schallte es der Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung der Philipp Roth GmbH in Kelsterbach bei Frankfurt vorletzten Montag entgegen. Der Anlaß für die Empörung der Kollegen: Seit Freitag, den 24. Mai, stehen im Werk Kelsterbach der Kraftfahrzeug-Zubehör-Firma die Maschinen still, sitzen 255 Kollegen, 90 % ausländische Arbeiter, 80 % Frauen, auf der Straße. Schon lange geht das Gerücht über die bevorstehende Pleite um – doch die Unternehmensleitung hielt in "vertrauensvoller Zusammenarbeit" mit dem Betriebsrat die Kollegen mit Versprechungen und Beteuerungen hin, bis sie auf dieser Betriebsversammlung erklärte, daß es keine Rettungsmöglichkeiten mehr gibt und nicht einmal die Mai-Löhne und -Gehälter gezahlt werden können. Gläubiger und Lieferanten halten sich an Waren und Maschinen schadlos; die Arbeiter stehn im Hemd und tragen das "Unternehmer-Risiko". Frühestens in 6 Wochen bekommen sie Arbeitslosengeld, das genausowenig zum Leben reicht wie die Sozialhilfe, die die Stadt Kelsterbach bei Verzicht auf die Arbeitslosenunterstützung angeboten hat.

Um die schlimmste Not zu lindern, initiierten wir im DGB-Ortskartell eine Spendenaktion: An mehreren Informationsständen in der Stadt und vor den Betrieben werden Blumen und Äpfel verkauft. Am ersten Tag wurden 250 DM gesammelt. Viele Menschen sehen, wer in diesem System am längeren Hebel sitzt – egal, ob die Pleite an der Automobilkrise liegt oder daran, daß ein Hauptgesellschafter sein Kapital aus der Firma gezogen hat, um es anderswo profitträchtiger anzulegen. Sagte einer: "Diese Linsenhoffs, die reiten auf ihren Pferden und schaffen das Kapital, das wir erarbeiten, ins Ausland."

Vor allem aber sparten die Kollegen nicht mit herber Kritik an der Gewerkschaftsführung, die für die Roth-Kollegen nichts tut, als Klageschriften zu verfassen. Dann bekommen die Kollegen zwar vielleicht irgendwann einmal "recht", ihr Geld aber sehen sie so schnell nicht. "Die Metall muß das doch lange gewußt haben! Wir zahlen jahrelang unsere Gewerkschaftsbeiträge und die Funktionäre machen sich einen dicken Tag! Nicht mal unsere Lohnforderungen haben die durchgesetzt!" meinten viele. Auch das muß Gegenstand der öffentlichen Diskussion sein, zu der das DGB-Ortskartell für Freitag dieser Woche eingeladen hat. Viele Kollegen, mit denen wir auf der Straße gesprochen haben, wollten zu dieser Versammlung kommen.

KVZ-Lesekreis Kelsterbach/Main

MOSCH MACHT DICHT

Westberlin. 600 Kollegen werden bis Ende des Jahres entlassen. Gegenwärtig haben 2 100 Kollegen im Bauhauptgewerbe keine Arbeit.

Mosch, einer der größten Profitsanierer der Westberliner Bauwirtschaft, macht bis Ende des Jahres seinen Laden dicht. In den letzten Wochen hatte Mosch 64 Angestellte entlassen. Seit Mitte des letzten Jahres wurden bis heute zirka 400 Kollegen entlassen. Den noch verbliebenen zirka 600 Kollegen wird bis Ende des Jahres gekündigt.

In Hamburg stehen bei Mosch ebenfalls Massenentlassungen an. Die Entlassungen erfolgen stufenweise, und zwar jeweils mit Fertigstellung eines Projektes. Da die Kolonnen auf den Baustellen meist projektgebundene Werksverträge haben, besteht kaum die Möglichkeit, juristisch Einspruch gegen die Kündigungen zu erheben.

Der Vorstand der IG Bau–Steine Erden weigert sich bislang, über einen eventueller. Sozialplan zu berichten. Diese Herren wollen allenfalls unter Umständen juristische Möglichkeiten prüfen, keinesfalls aber die Kollegen auf den Baustellen aufsuchen, um den Kampf gegen die Entlassungen zu organisieren. –Aufbauzelle Bau KG Westberlin–

WESTINGHOUSE– EIN DYNAMISCHER BETRIEB

ODER: WAS MAN BEI DER EINSTELLUNG SO ZU HÖREN BEKOMMT!

Hannover. Westinghouse ist ein sehr fortschrittlicher Betrieb, mit dynamischen jungen Meistern und Abteilungsleitern und einer ebensolchen Belegschaft. So sagte man mir bei der Einstellung. Solch ein dynamischer Betrieb bedarf natürlich keiner Arbeiterschutzforderungen, denn hier geschieht alles freiwillig. So arbeiten die Kollegen freiwillig, wenn es die Auftragslage erfordert, auch 3 Schichten statt nur 2, wie es üblich ist. Häufig kommt es auch vor, daß von morgens 6 bis um 18 Uhr zwölf Stunden gearbeitet wird. Dafür gibt es dann 15 DM extra für Auslagen. Auf diese Tour wird es den Kollegen schmackhaft gemacht, ihre Gesundheit zu ruinieren und in die Frühinvalidität zu marschieren.

Auf meine Frage an den Betriebsrat, inwieweit denn diese Sonderschichten von ihnen genehmigt werden, sagte er mit strahlendem Gesicht: "Da drücken wir immer beide Augen zu, das dürften wir gar nicht wissen. Nach dem Gesetz dürfen wir ja nur 10 Stunden am Tag genehmigen." Mit seinem strahlenden Gesicht wollte er mir deutlich machen, daß er doch ein dufter Kumpel ist, der seinen Kollegen die Möglichkeit gibt, sich noch "ein schönes Stück nebenbei zu verdienen". Daß sie dabei ein schönes Stück ihres Lebens opfern, das schien er nicht zu sehen.

Nach diesem Gespräch am ersten Tag bei Westinghouse wurde mir deutlich, wie wichtig Arbeiterschutzforderungen und ihre obligatorische Anwendungsind, wie wichtig die Forderung: Verbot jeglicher Überstunden und Beschränkung des Arbeitstages auf 7 Stunden bei vollem Lohnausgleich! und ihre Durchsetzung ist.

Übrigens: Westinghouse ist ein Betrieb, der 100 % organisiert ist, in den keiner reinkommt, bevor er nicht in der Gewerkschaft ist. Dafür sorgt der Betriebsrat schon!

– F.B., Hannover –

Erste Erfolge im Kampf

GEGEN MIETERHÖHUNG IN PERSONALUNTERKÜNFTEN

Göttingen. In den klinikeigenen Unterkünften wurden die Mieten bis zu 300 % erhöht. Grundlage war ein Tarifvertrag zwischen ÖTV, DAG und dem Staat. Die meisten erfuhren über diese Mieterhöhung erst am 15. Mai, als sie feststellten, daß auf ihrem Konto bis zu 300 DM weniger Lohn verbucht war.

Da in Niedersachsen gerade Wahlkampf stattfindet, gingen die Kollegen mit ihren Forderungen gegen die Mieterhöhung natürlich auch in die Wahlveranstaltungen des Kultusministers von Oertzen, um ihn aufzufordern, den gerechten Kampf der Kollegen zu unterstützen. Zuerst weigerte sich von Oertzen.

Plötzlich aber ging alles sehr schnell, denn von Oertzen und seine Wahlhelfer fürchteten wohl um ihre Stimmen bei einer so breiten Bewegung: Schon am 30. Mai wurde über eine "durch eine vom niedersächsischen Kultusminister Prof. Dr. von Oertzen persönlich übermittelte Eilnachricht" (so in einem vom Personalrat und der örtlichen Gewerkschaftsspitze gezeichneten Informationsblatt) bekanntgegeben, daß

- der Tarifvertrag erst mit Wirkung vom 1.6.74 durchzuführen ist;
- die persönliche Ausgleichszahlung an alle Angestellten zu zahlen ist, die am 31.5. in einem Arbeitsverhältnis gestanden haben;
- die rückwirkende Zahlung zum 1.1.74 zurückgenommen und die schon einbehaltenen Beträge bei der nächsten Gehaltszahlung zu verrechnen seien;
- der Tarifvertrag über die "allgemeine Zulage für das Krankenpflegepersonal" trotzdem ab 1.1.74 zu gewähren ist;
- die Verfügung auch für die Landeskrankenhäuser Anwendung findet.

Das sind erste Erfolge, aber die Mieterhöhungen sind nur verschoben, nicht aufgehoben. Der Kampf gegen diesen Tarifvertrag muß weiter geführt werden.

Keine Mieterhöhung in den klinikeigenen Unterkünften!

BREMEN: UNTERSCHRIFTEN GEGEN MIETERHÖHUNG

In der KVZ 7/74 bereits berichteten wir über den Kampf des Pflegepersonals an den Bremer Krankenhäusern gegen eine bis zu 100 %-ige Mieterhöhung. Es wurde eine Initiativgruppe gebildet, in der ÖTV-Kollegen und unorganisierte Kollegen gemeinsam den Kampf aufnahmen. Inzwischen wurde die geforderte Personalversammlung durchgesetzt.

Die Initiativgruppe "Mieterhöhung" hat eine erfolgreiche Unterschriftensammlung durchgeführt. Es wurde in allen Wohnheimen der Städtischen Krankenhäuser gesammelt. Ca. 350 betroffene Schwestern und Pfleger haben sich durch ihre Unterschrift für eine sofortige Personalversammlung und gegen die Mieterhöhung ausgesprochen und vom Senat einen völligen finanziellen Ausgleich gefordert. Es wurde auf einer Versammlung der Initiativgruppe beschlossen, die Unterschriften dem Senat vorzulegen.

Diese Unterschriftensammlung bringt klar die Empörung über diesen offenen Lohnraub zum Ausdruck. Im Kampf gegen diese Erhöhung ist vielen Kollegen klar geworden, daß sie ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen müssen, wenn sie erfolgreich sein wollen.

Eine wichtige Aufgabe ist dabei die Arbeit in der Gewerkschaft, das ist die Organisation, die für unsere Interessen da ist. Dort muß der Kampf für unsere Rechte und Interessen geführt werden.

–Zelle Gesundheitswesen, Bremen–

Jubiläum bei Stiebel Eltron

Holzminden. Am 5. Mai 1974 feierte die Firma Stiebel Eltron ihr 50-jähriges Jubiläum.

Auf der Betriebsversammlung, die dem Volksfest folgte, sah sich der Betriebsrat gezwungen zu erklären, daß

Jubiläum bei Stiebel Eltron

Holzminden. Am 5. Mai 1974 feierte die Firma Stiebel Eltron ihr 50-jähriges Jubiläum.

Am Samstag davor lud man die Bevölkerung zu einem "Tag der offenen Tür" ein. Es gab Bier und Bratwurst umsonst und die Firma versuchte, sich von der allerbesten Seite zu zeigen.

Dafür mußten die Hallen ganz besonders herausgeputzt werden und eine Menge Kollegen hatten zusätzlich am Samstag zu arbeiten. Daß die Bandgeschwindigkeiten im Vergleich zu den üblichen Arbeitstagen erheblich geringer waren, und daß die Kollegen nicht wußten, was sie für die Sonderarbeit erhalten würden, kam natürlich nicht an die große Glocke.

Gleichzeitig wies die Firma darauf hin, daß man in Holzminden 150 Arbeitskräfte sucht.

Daß man vorher ein Zweigwerk in München aus "Kostengründen" aufgelöst und 400 Kollegen entlassen hatte, wurde natürlich geschickt verschwiegen.

Und so ging die Zurschaustellung der Firma weiter.

Vor Pressevertretern übergaben Mitglieder der Geschäftsleitung je einen neuen VW-Bus an die Aktion Sorgenkind und den Verein Lebenshilfe.

Zum Dank für den Aufbau der Firma hatte die Geschäftsleitung für die Arbeiter und Angestellten nur eine Tombola übrig.

Neben vielen Gebrauchsgegenständen wie Toaster, Küchenuhren, Haartrockner, die eh schon jeder zu Hause hat, gab es als ersten Preis einen Ascona zu gewinnen.

Nach der Ankündigung der Tombola wurde in einer Reihe von Abteilungen sofort heftig diskutiert und viele Kollegen vertraten die Auffassung, daß die Tombola ungerecht sei, da langjährige Kollegen mit Küchenuhren abgespeist würden und Neulinge Hauptgewinne ergattern könnten.

Unter den Kollegen war man für eine Geldzahlung und gegen die Tombola. Ein Betriebsratskollege aus dem Werk Eschwege hatte 600 DM für alle gefordert.

Der Gesamtbetriebsrat blieb jedoch tatenlos.

Wie sauer die Kollegen über die ungerechte Tombola waren, zeigte sich bei der Gewinnausgabe.

Einige Kollegen, die für langjährige Arbeit nur einen Trostpreis erhielten, warfen diesen auf der Stelle auf den Boden.

Auf der Betriebsversammlung, die dem Volksfest folgte, sah sich der Betriebsrat gezwungen zu erklären, daß er nicht für die Tombola gewesen sei und für eine Geldprämie von 150 DM und 5 DM pro Jahr Betriebszugehörigkeit eingetreten sei, um sein Gesicht zu wahren. Daß er nichts Ernsthaftes gegen die Tombola unternommen habe, rechtfertigte er damit, "daß es sich um eine freiwillige Leistung der Geschäftsleitung handelte, auf die er laut Betriebsverfassungsgesetz keinen Einfluß habe".

Die Forderung aus Eschwege nach 600 DM lehnte er als blanke Utopie ab und stellte sich damit mit der Geschäftsleitung auf eine Stufe. Der Belegschaft sollte die Tombola nachträglich schmackhaft gemacht werden und der Betriebsrat verhielt sich wie immer passiv.

Sympathisantengruppe Holzmindes des KBW–

Bundesdelegiertenversammlung der GEW

DER VORSTAND KONNTE SICH DURCHSETZEN - TRENNUNG VON BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG VERHINDERT

Vom 4. bis 8.6.1974 fand in Mainz der "Kongress Erziehung und Wissenschaft" – die Bundesdelegiertenversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) – statt. Rund 400 Delegierte sollten die Richtung der gewerkschaftlichen Politik für die nächsten drei Jahre festlegen. Schon vor Kongressbeginn war klar, daß es keine Konfrontation der gewerkschaftlichen Basis mit dem Vorstand in Mainz geben konnte. Durch das Delegationsverfahren zum Kongress war von vorneherein die Mehrheit für die Vorstandspositionen abgesichert.

KEINE WAHL DER DELEGIERTEN

Die ca. 70 Mitglieder des Hauptausschusses der GEW, also des Organs, das die Beschlüsse des Kongresses ausführen und dem Kongress Rechenschaft ablegen soll, nehmen automatisch stimmberechtigt am Kongress teil. Das widerspricht der innergewerkschaftlichen Demokratie; denn es ist ein Unding, wenn diejenigen, die Rechenschaft ablegen sollen, selbst mit darüber abstimmen, ob ihre Politik richtig oder falsch war.

Auch die weiteren Delegierten sind durchaus nicht von der breiten Mitgliedschaft gewählt und mit Aufträgen versehen worden. In vielen Landesverbänden delegierten sich die Vorstände. Nur in den seltensten Fällen wurden Delegierte für den Mainzer Kongress auf Mitglieder- oder Vertreterversammlungen gewählt.

Das tollste Ding leistete sich dabei der Landeshauptausschuß der GEW Bremen: Er entzog dem Kollegen Hermann Kuhn, der von den Mitgliedern des Ortsvereins Bremen (VBLL) nach Mainz delegiert worden war, das Mandat, weil er an der Mai-Demonstration des KBW teilgenommen hatte.

SCHWERPUNKT: SATZUNGSÄNDERUNG

Der Hauptausschuß der GEW hatte kurzfristig und ohne Zeit für Diskussion in den Untergliederungen Anträge zur Satzungsänderung vorgelegt. Er beabsichtigte damit, die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung gegenüber der Bewegung unter den Mitgliedern satzungsmäßig abzusichern.

Dazu sind besonders zu nennen:

1. Einrichtung einer von der Mitgliedschaft abgehobenen "Schiedskommission", die auf Grundlage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse Massenausschlüsse gegen Kommunisten durchführen soll.
2. Einführung der "Urwahl", bei der jedes Mitglied, gleich ob es an einer Versammlung teilnimmt oder nicht, an Wahlen durch Möglichkeit der schriftlichen Stimmabgabe beteiligt wird. Das bedeutet Trennung von Beratung und Beschlußfassung und entwertet die Diskussion über die Richtung der gewerkschaftlichen Politik in den Basisgremien.

Für die fortschrittlichen Kollegen konnte es aufgrund der Mehrheitsverhältnisse bei der Satzungsfrage nicht darum gehen, eigene Vorstellungen durchzusetzen. Ziel war es, die für Satzungsänderungen erforderliche Zweidrittel-Mehrheit bei den Angriffen auf die innergewerkschaftliche Demokratie zu verhindern.

STATT URWAHL INNERGEWERKSCHAFTLICHE DEMOKRATIE

Dazu heißt es in der Begründung zu einem Änderungsantrag zum Vorstandsantrag:

"Die Verankerung von Betriebsgruppen in der Bundessatzung legt einheitlich fest, daß dort die unterste Einheit ist, wo die Kollegen nach objektiven Kriterien zusammengefaßt sind. Die Betriebsgruppe ist die Ebene, wo sich zuerst eine Meinungsbildung herstellen muß; sie muß außerdem die Ebene sein, von wo aus die Wahl von Vertretern stattfinden muß. Die Delegation von Verantwortung taugt nichts, wenn die Delegierten bzw. die Organe ihrem Wahlkörper nicht Rechenschaft ablegen müssen. Diese Rechenschaft ist gerade unmöglich, wenn man Urwahl einführt. Denn wird es niemals ein Gremium geben, das einen Landesvorsitzenden zur Rechenschaft zieht, denn die Urwähler können nicht als Gremium zusammentreten, und er wird immer sagen können: 'Was wollt ihr denn, hinter mir stehen so und so viele.' Nicht Plebiszit, sondern Demokratie mit Rechenschaftspflicht und Verantwortung wird gefordert."

Der scheinheilige Appell des Vorstandes an Demokratie konnte entlarvt werden, und zur großen Überraschung der meisten Delegierten konnte der Vorstand für sein Urwahl-Konzept nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit erreichen. Damit war einer der schwerwiegendsten Angriffe auf die innergewerkschaftliche Demokratie abgewehrt.

MASSENAUSSCHLÜSSE DURCH "GEWERKSCHAFTSJUSTIZ"

Bei der Schiedskommission konnte sich der Vorstand dagegen durchsetzen. Auf der Grundlage des Unvereinbarkeitsbeschlusses sollen kommunistische Gewerkschafter unter Umgehung der Mitglieder und ihrer Beschlüsse aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden.

Die Schiedskommission soll Massenausschlüsse von Kommunisten durchführen, und zwar gerade Ausschlüsse der Kommunisten, die aufgrund ihrer konsequenten Gewerkschaftspolitik das Vertrauen ihrer Kollegen gewonnen haben und die deshalb von den Mitgliedschaft nicht ausgeschlossen würden. Beispiele dafür sind die Kollegen Altenburg, Hindemith und Laux aus Hamburg, die zwar vom Vorstand ausgeschlossen wurden, deren Ausschluß aber von den Vertrauensleuten zurückgenommen wurde.

WAHLEN VOR DER DISKUSSION

Noch vor jeder inhaltlichen Diskussion ließ der Vorstand die Wahlen durchführen. Anträge, die Wahlen erst dann durchzuführen, wenn die Richtung der gewerkschaftlichen Politik diskutiert und vom Kongress festgelegt ist, wurden mehrheitlich abgelehnt.

Erwartungsgemäß wurden die Vorstandskandidaten mit Mehrheit gewählt, aber das Wahlergebnis für Erich Frister machte deutlich, daß die Kritik an der Vorstandspolitik stärker wird: Von 384 Stimmen erhielt Frister nur 279 Stimmen. 105 Kollegen verweigerten Frister die Zustimmung (79 Nein, 36 Enthaltungen).

FAST KEINE GEWERKSCHAFTSPOLITISCHEN BESCHLÜSSE

Dem Kongress lagen zwar zirka 200 Anträge aus den Landesverbänden und Fachgruppen vor, aber die Behandlung der Satzung und des Haushaltsplanes ließen keine Zeit für deren Beratung. Es wurden nur einige wenige Dringlichkeitsanträge behandelt. Besonders zu nennen ist das mit großer Mehrheit verabschiedete Bekenntnis zum Streikrecht für Beamte. Daß es jedoch der Landesvorsitzende aus Hamburg, Wunder, war, der diesen Antrag einbrachte, läßt darauf schließen, daß er ein Lippenbekenntnis bleiben soll. Denn Wunder war entscheidend mit daran beteiligt, daß trotz erfolgreicher Urabstimmung der Warnstreik der Lehrer gegen Besoldungskürzungen und für eine einheitliche Besoldung aller Lehrer nicht durchgeführt wurde.

So bot auch Frister das gewohnte Bild: scharfe verbale Attacken, zum Beispiel Ankündigung von Kampfmaßnahmen, falls die Lehrer nicht in die Arbeitszeitverkürzung des öffentlichen Dienstes einbezogen werden. Solange es aber bei Appellen und Worten bleibt, wird die GEW keinem wehtun. Doch die Kritik an solcher Art Politik war auf dem Kongreß nicht zu überhören: Es war keine kleine Minderheit, die Taten statt Worte und Kampfbereitschaft statt Spitzengespräche forderte.

"SOLIDARITÄT" MIT RÜDIGER OFFERGELD

Gleich zu Beginn des Kongresses betonte Erich Frister außerhalb der Tagesordnung die "Solidarität der gesamten GEW" mit Rüdiger Offergeld. Offergeld ist zum 1.7.74 aus dem bayrischen Schuldienst entlassen. Doch so lautstark und einmütig diese Erklärung Fristers auch begrüßt wurde, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß für die GEW-Führung die Sprüche von "Solidarität" mit Offergeld nur der Rauchvorhang sind, damit sie hinter dem umso ungestörter vorgehen kann. In der GEW wird gegen Kollegen vorgegangen, die als Vertreter einer konsequenten Interessenvertretung der Kollegen in der GEW arbeiten.

So wurde denn auch Offergeld die Bestätigung seiner Wahl zum Vorsitzenden des Ausschusses junger Lehrer und Erzieher (AjLE) im ersten Wahlgang verweigert. Denn Offergeld hatte sich in der Personalbefragung klar gegen Urwahl und Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgesprochen.

Klar ist, daß die GEW mit dem Staat zusammenarbeitet bei der Verfolgung der kommunistischen und anderer fortschrittlicher Lehrer (siehe Artikel von A. Risler auf dieser Seite).

Zu den Berufsverboten insgesamt hatte der Hauptausschuß die Marschrichtung der GEW schon festgelegt: Nachdem klar war, daß die Ministerpräsidenten-Beschlüsse durch Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes gesetzlichen Charakter bekommen sollten, sieht der Hauptausschuß seinen Anspruch auf "Rechtsstaatlichkeit" der Berufsverbote erfüllt. So ging denn auch die Antragskommission davon aus, daß die Anträge an den Kongress, die gegen die Berufsverbote gerichtet waren, erledigt seien.

ZUSAMMENFASSUNG

Der Vorstand konnte auf dem Kongress weitgehend seine Vorstellungen zur Satzungsänderung durchsetzen: Zentralisierung ohne Demokratisierung und Einrichtung von Schiedskommissionen zur reibungslosen Durchführung von Ausschlüssen.

Deutlich wurde jedoch auch, daß die Bewegung unter den Mitgliedern, die zum Beispiel in den über 10 000 GEW-Kollegen besuchten Protestkundgebung gegen das 2. Besoldungsverordnungs-Neuregelungsgesetz (BesVNG) in Köln oder in der erfolgreichen Urabstimmung gegen das 2. BesVNG in Hamburg ihren Ausdruck fand, sogar bis in den Bundeskongress zu spüren war, und daß sich diese Bewegung sich auf dem Vormarsch befindet. Und sie wird sich auch durch den Massenausschlüsse, die nicht zufällig gerade jetzt organisiert werden, nicht aufhalten lassen. **G.**

Lehrerin wird diszipliniert

GEW–FÜHRUNG UND REGIERUNG HAND IN HAND

Nachdem ich am 26.4.1974 aus der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wegen KVZ-Verkauf ausgeschlossen wurde, erhielt ich bereits wenige Tage später die Vorladung zu einem Gespräch beim Regierungspräsidenten am 9.5.

Wie der Regierungspräsident mir persönlich mitteilte, sollte es sich um ein "inoffizielles" Gespräch handeln, in dem er mit mir über diese und jene Probleme innerhalb und außerhalb der Schule sich unterhalten wolle. Kann es sein, daß Lehrer vom Dienst befreit und zum Regierungspräsidenten bestellt werden, um mit diesem ein inoffizielles oder persönliches Gespräch zu führen? Schwerlich.

So versuchte der Regierungspräsident mit Fragen wie: Sind Sie aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden, hatte das politische Gründe, haben Sie darüber mit Schülern diskutiert mich auszuhorchen, betonte aber immer wieder, daß er mir helfen wolle. Als ich auf meinem Recht bestand, schriftlich zu antworten, fiel alle Freundlichkeit von dem hohen Herrn ab.

Er drohte mir nun offen mit einem Disziplinarverfahren und Rausschmiß aus der Schule, wenn das alles stimme, ca. wie es da gehört habe. Zuguterletzt entließ mich der Herr Regierungspräsident mit der Bemerkung: Hiermit haben Sie sich Ihren Lebensweg verbaut! – Damit, daß ich schriftlich antworten wollte?

Ich frage mich zudem: Was hat der Regierungspräsident mit meinen gewerkschaftlichen Aktivitäten zu tun? Gar nichts! Wieso kann er mir den Lebensweg verbauen? Das Recht, über meinen Berufsweg zu entscheiden, den der Regierungspräsident offensichtlich mit dem Lebensweg verwechselt, spreche ich ihm ab! Über diese Frage, ob ein Lehrer weiter unterrichten soll, hat die Bevölkerung zu entscheiden und niemand anders.

Wenige Tage später wurde mir schriftlich mitgeteilt, daß ein Disziplinarverfahren gegen mich eingeleitet hätte und die Vorermittlungen aufgenommen habe. Nun bin ich auch zu einer offiziellen Anhörung geladen. Das also meinte der Regierungspräsident damit, daß er mir helfen wolle! Die Einleitung des Disziplinarverfahrens stützt sich hauptsächlich auf Äußerungen von mir während der Anhörung in GEW-Kreisvorstand anläßlich des Gewerkschaftsausschlusses. So arbeitet die Gewerkschaftsführung mit der Regierung gegen die Gewerkschaftsmitglieder Hand in Hand, indem sie zum Beispiel für die Regierung Spitzeldienste leistet. Der Absicht der Regierungsbürokratie, die Bevölkerung aus ihren Angelegenheiten herauszuhalten, selbst die Lehrer zu wählen oder abzuwählen, am Ort Selbstverwaltungsorgane zu schaffen, müssen wir offen entgegentreten.

Allein die Offenlegung dieser Maßnahmen von Regierungs- und Gewerkschaftsspitze reicht nicht aus. In der Diskussion mit den Eltern muß deutlich werden, daß die Maßnahmen gegen mich kein Einzelfall sind, sondern sich einreihen in die sonstigen volksfeindlichen Maßnahmen der Regierung. —Angelika Risler Holzminden Lehrerin an der Realschule—

GEW-Versammlungen gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Hannover. Auf der Mitgliederversammlung der GEW Hannover am 31.5. lag ein Beschluß des Kreisvorstandes vor, der sich gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB ausspricht und die freie politische Diskussion innerhalb der Gewerkschaft fordert. Der Beschluß wurde mit 208 zu 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen.

Aachen. Die Mitgliederversammlung der GEW Aachen-Stadt verabschiedete bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen eine Resolution gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der GEW-Führung.

Darmstadt. Die GEW-Vertreterversammlung nahm am 24./25. Mai mit 54 gegen 40 Stimmen einen Antrag gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse an.

Protest auf dem Gewerkschaftshaus

An diesem 1. Mai gab es in Freiburg keine gewerkschaftliche Maidemonstration. Der DGB-Kreisvorstand beschloß trotz einer Vielzahl von Resolutionen für eine Demonstration, ausschließlich eine Saalveranstaltung mit Ehrengästen durchzuführen, und gab in einer "Verlautbarung" die "Konsequenzen zu bedenken, die sich aus der Mißachtung seiner Beschlüsse ergeben könnten". Selbstverständlich "mißachteten" viele Kollegen in Freiburg diese Beschlüsse und marschierten mit bei der diesjährigen 1. Mai-Demonstration des KBW. Jetzt wollen die Gewerkschaftsführer exemplarisch einige Kollegen herausgreifen.

Bei der Post ist die Kollegin Ulrike Martinez vom Ausschluß bedroht. Der Ortsverwaltungsvorstand begründet seinen Ausschlußantrag damit, daß Ulrike Martinez auf der Maikundgebung der Ortsgruppe Freiburg des KBW gesprochen hat. Seit dem 20.5. ruhen alle gewerkschaftlichen Rechte von Ulrike Martinez, die entscheidend dazu beigetragen hat, in der Ortsverwaltung Freiburg eine aktive Jugendarbeit zu entfalten und die im Frühjahr 1973 in den Personalrat des Fernmeldeamtes und in den Bezirkspersonalrat gewählt wurde. Dabei erreichte sie die weitaus höchste Stimmenzahl bei den Arbeitervertretern. Sie hat auf die Aufstellung eines starken Vertrauensleutekörpers hingearbeitet und wurde in ihrer Dienststelle als Vertrauensfrau gewählt. Weil die Kollegen wissen, daß sich Ulrike Martinez immer für ihre Interessen eingesetzt hat und gute gewerkschaftliche Arbeit geleistet hat, sind sie gegen einen Ausschluß aus der Deutschen Postgewerkschaft (DPG). Viele haben mit ihrer Unterschrift erklärt, daß sie keinerlei Grund zum Ausschluß von Ulrike Martinez sehen und daß in den Gewerkschaften Platz sein muß für alle Kollegen, egal welche politischen Auffassungen sie vertreten.

Den nächsten Schlag führte die Gewerkschaftsführung gegen die Jugendarbeit. Auf einer Sitzung des Kreisvorstandes des DGB wurde der von der Gewerkschaftsjugend gewählte Kreisjugendausschuß-Vorsitzende Gerhard Marquart für abgesetzt erklärt, weil er an einer Veranstaltung des KBW teilgenommen habe.

In seiner Begründung stellt der Kreisvorstand fest, der DGB könne es sich nicht leisten, jemanden in seinen Reihen zu behalten, der "ausgerechnet" am 1. Mai und am "Tag der Verfassung" zu politischen Gruppierungen gehe, "die die demokratische Gewerkschaftsbewegung zerschlagen und die unser Grundgesetz durch eine sozialistisch-kommunistische Verfassungsordnung ersetzen" wollten.

Zwei Tage nach der Suspendierung ihres KJA-Vorsitzenden gingen über 50 Gewerkschaftsjugendliche nach Feierabend ins Gewerkschaftshaus, um von den Typen dort zu erfahren, ob das mit der Absetzung des KJA-Vorsitzenden tatsächlich stimme und um ihnen zu erklären, was die Gewerkschaftsjugendlichen davon halten.

Die ersten Kollegen gingen zum DGB-Kreisvorsitzenden, SPD-Stadtrat Jorzig, doch, der von seiner Sekretärin als abwesend entschuldigt wurde. Sein Vertreter, CDU-Stadtrat Haas, berief sich immer wieder auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und wußte sonst nichts zu sagen. ÖTV-Vorsitzender Wehrle kam als nächster dran: Er wirkte ziemlich unsicher, meinte, er könne leider selbst nichts sagen und zudem warte jemand auf ihn, den er nicht warten lassen könne.

Unter den Parolen "Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen", "Rücknahme der Suspendierung von Kollegen Marquart" zogen die Gewerkschaftsjugendlichen dann zum "linken" IGM-Bevollmächtigten Guski. Der drohte zunächst gleich mit der Polizei, dann wollte er ausschließlich mit den IGM-Mitgliedern sprechen. Eine Genossin aus dem Baubereich berichtet:

"Guski versuchte uns ständig zu unterstellen, daß wir die Gewerkschaften zerschlagen wollten, und somit wären die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gerechtfertigt. Wir zeigten auf, daß Kollegen wie Ulli, Herbert (IGM-Mitglied, gegen den nach Aussage von Guski ein Ausschlußverfahren wegen seiner Tätigkeit im ZK des KBW vorbereitet wird) und Maggi (KJA-Vorsitzender) die Interessen der Kollegen immer konsequent vertreten haben. Daraufhin verwies Guski wieder auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und meinte 'macht doch was dagegen', wobei er sich gelassen in seinem Sessel wiegte. Auf unsere Fragen, was er machen würde, wenn er nicht mehr gewählt würde, meinte Guski, dann hätte er in der Gewerkschaft nichts mehr zu suchen. Zugespitzt hat sich das Ganze, als Guski zu seiner Sekretärin sagte, sie solle die Polizei anrufen, er würde hier nicht herauskommen, zum anderen sei dies hier ja Hausfriedensbruch.

Relativ schnell kamen zwei Mannschaftswagen, die aber nicht zum Einsatz kamen, da wir zuvor mit der Parole "Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen" aus dem Gewerkschaftshaus zogen. Einigen Kollegen gegenüber erklärte die Polizei, die auf dem Hinterhof parkte, daß sie nicht wegen ihnen, sondern wegen der am gleichen Tag stattfindenden Diskussion gegen die Zulassungsbeschränkungen an der Universität gekommen wäre."

Wenige Tage nach diesem Besuch bei den Gewerkschaftsfunktionären erklärte DGB-Kreisvorsitzender Jorzig in einem Brief an die KJA-Mitglieder, daß der Beschluß zur Absetzung des KJA-Vorsitzenden dem DGB-Landesbezirksvorstand gemeldet worden sei und daß bis zu dessen weiterer Entscheidung die gesamte KJA-Arbeit ruhe. Der stellvertretende KJA-Vorsitzende sei nicht berechtigt, Sitzungen einzuberufen, und der KJA dürfe keinerlei Aktivitäten entfalten.

Doch viele Gewerkschaftsmitglieder entfalten Aktivitäten, die den Funktionären gar nicht lieb sind. Sie schreiben Briefe an die Gewerkschaftsbüros und an die Badische Zeitung und erklären ihre Ablehnung gegenüber all diesen spalterischen und gewerkschaftsschädigenden Maßnahmen der sozialdemokratischen Führungen. Sie fordern die Gewerkschaftsführer auf, auf Mitgliederversammlungen Rechenschaft abzulegen über ihr Treiben. Sie gewinnen neue Kollegen für die Gewerkschaftsarbeit auf dem Boden des Klassenkampfes. **–M.M.–**

Für Urlaubsgeld jetzt!

WIE SETZEN WIR UNSERE FORDERUNGEN DURCH?

Hannover. In der letzten Tarifrunde haben die Kollegen auf der Kreismitgliederversammlung der ÖTV eine Urlaubsgeldforderung beschlossen: 500 DM für jeden.
Die Große Tarifkommission machte daraus: 300 DM für jeden.
In der Verhandlung schien diese Forderung für unsere Gewerkschaftsführung überhaupt nicht mehr zu bestehen. Sie empfahl den Kollegen: Annahme des Angebots – obwohl vom Urlaubsgeld darin keine Rede war!
Wie in anderen Orten so auch bei uns war das mit ein Grund für die Kollegen, gegen die Annahme des zweiten Angebotes zu stimmen.

Einige Gremien (unter anderem der Arbeiter- und Angestelltenausschuß) beantragten nun vom Kreisvorstand der ÖTV Hannover eine Mitgliederversammlung. Diese Mitgliederversammlung sollte noch im Mai – vor der Urlaubszeit – stattfinden. Ein Thema sollte das geforderte und versprochene Urlaubsgeld sein.
Der Kreisvorstand lehnte diese Versammlung ab.
Die Kollegen aus der Betriebsgruppe Rathaus und Vertrauensleute aus dem Rathaus starteten eine Unterschriftensammlung, mit der sie die Kollegen aufforderten, durch ihre Unterschrift für eine Mitgliederversammlung einzutreten.
Wie wir herausbekommen haben, sind innerhalb weniger Tage **viele hundert** Unterschriften zusammengekommen.

Bisher ist von dieser Mitgliederversammlung jedoch nichts zu hören.
Die Taktik ist klar:
Jetzt erst einmal über die Urlaubszeit retten!
Im Herbst werden dann die ganzen offenen "Rechnungen" der Kollegen in einen Topf gepackt: Urlaubsgeld, die notwendige Teuerungszulage, Eingruppierungsverhandlungen zum BMTG und BAT, Lohn- und Gehaltsrunde 1974/75.
Die Antwort auf diese berechtigten Forderungen der Kollegen ist auch schon fertig: Es glaubt doch wohl keiner, daß man das alles durchsetzen kann!
Die Gewerkschaftsführung vertritt hier voll die Politik des Kanzlers Schmidt, der in seiner Regierungserklärung harte und knappe Zeiten für die Kollegen im öffentlichen Dienst ankündigte.
Und auch den Tarifbeschluß der Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst (40-Stundenwoche) nehmen Regierungspolitiker zum Anlaß, gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu schießen. Man will kein zusätzliches Personal einstellen – mehr Rationalisierung – mehr Arbeit für die Kollegen.
Dieser Entwicklung müssen wir alle entgegentreten.
Wir Kollegen des öffentlichen Dienstes sollten da, wo es uns möglich ist, Betriebsversammlungen, Personalversammlungen und Gewerkschaftsversammlungen anregen und fordern! Wir müssen mit allen Beschäftigten die richtige Forderung diskutieren. Wir müssen unsere Angelegenheiten in unsere eigenen Hände nehmen. Wichtig für die Beurteilung der Lage ist es, zu wissen, wie sich die Forderung nach dem Urlaubsgeld in anderen Städten entwickelt.
Für mehr Urlaubsgeld **jetzt!**
Für mehr Personal!
Für innergewerkschaftliche Demokratie!
Für mehr Mitgliederversammlungen!
Für Durchsetzung der Mitgliederbeschlüsse!

—M.W.,, Hannover—

ÖTV-Jugend demonstriert für neuen Manteltarif

Recklinghausen. Vor zwei Jahren hat die ÖTV den Manteltarif für die Lehrlinge bei Bund, Ländern und Gemeinden gekündigt. Im Bezirk Nordrhein-Westfalen 2 mobilisierte die ÖTV-Jugend für eine Demonstration, die am 1. Juni in Recklinghausen statt- … stunden zu verhindern. 10 Tage arbeitsfrei vor der Abschlußprüfung. Fahrtkostenerstattung. Verbot der Arbeit an Sonn- und Feiertagen, Verbot der Nachtarbeit. Forderungen, die die ÖTV zwar noch stellt, die aber im neuen Jugendar-

Der Kampf gegen Gewerkschaftsausschlüsse auf dem Bremer Vulkan

Auf dem "Bremer Vulkan" sollen vier kommunistische Gewerkschafter Heinz Scholz (Betriebsrat, Vertrauensmann und IGM-Vertreter), Hartwig Elster (Jugendvertreter und IGM-Vertreter), Heinz Koldehofe (Vertrauensmann) und Dieter Bachmann aus der IG Metall ausgeschlossen werden. Antragsteller sind 16 IGM-Mitglieder des "Bremer Vulkan". (vgl. KVZ 11/74)
Kennzeichnend für die Antragsteller ist, daß sie das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Sie sind nicht einmal alle namentlich bekannt. Sie haben Vorwürfe natürlich nicht im Betrieb vorgetragen und versucht, für den Ausschluß der vier Genossen eine Mehrheit unter den IGM-Mitgliedern auf dem Bremer Vulkan zu finden. Es ist überhaupt so, daß bei diesen Ausschlußverfahren, die sich auf den § 30 der IGM-Satzung und den Unvereinbarkeitsbeschluß des Beirats stützen, die Gewerkschaftsmitglieder davon ausgeschlossen werden, zu entscheiden, was zum Schaden und was zum Nutzen der Gewerkschaft ist.

Gegen die Ausschlüsse hat sich der Widerstand im Betrieb entwickelt. Am Freitag, dem 24.5., verteilten die vier Genossen eine persönliche Erklärung vor dem Betrieb. Viele Kollegen, unter ihnen eine Reihe Vertrauensleute, waren empört, als sie die Sache erfuhren. Sie beteiligten sich an den folgenden Tagen aktiv daran, die Frage unter die Mitglieder zu tragen und den Kampf gegen die Ausschlüsse zu organisieren. So kamen noch am selben Tag bis Mittag die nötigen Unterschriften zusammen, um eine außerordentliche Vertrauensleutesitzung einzuberufen. Unter allen Mitgliedern wurden Unterschriften für eine Mitgliederversammlung gegen die Ausschlüsse gesammelt. Bis zur Vertrauensleutesitzung am Dienstag, 28.5., waren etwa 600 Unterschriften zusammengekommen.

Die Vertrauensleute hätten einen Beschluß fassen müssen, der die Ortsverwaltung auffordert, die Ausschlußverfahren einzustellen. Sie hätten vor allem die Mitgliederversammlung einberufen müssen. Beides erfolgte jedoch nicht. Unter Ausschluß der vier Betroffenen, die den Fehler gemacht hatten, ohne Abstimmung unter den Vertrauensleuten den Raum zu verlassen, wurde lediglich über die Ausschlüsse debattiert. Eine Mehrheit der anwesenden Vertrauensleute stellte sich gegen die Ausschlüsse. Schlecht war auch, daß die Sitzung nicht beschlußfähig war. Jedoch wäre es gut möglich gewesen, daß die versammelten Vertrauensleute beschlußmäßig eine Resolution verabschiedet hätten. So war die Versammlung kein entscheidender Schritt vorwärts im Kampf gegen die Ausschlüsse.

…lassen, wurde lediglich über die Ausschlüsse debattiert. Eine Mehrheit der anwesenden Vertrauensleute stellte sich gegen die Ausschlüsse. Schlecht war auch, daß die Sitzung nicht beschlußfähig war. Jedoch wäre es gut möglich gewesen, daß die versammelten Vertrauensleute beschlußmäßig eine Resolution verabschiedet hätten. So war die Versammlung kein entscheidender Schritt vorwärts im Kampf gegen die Ausschlüsse.

Insgesamt war die Versammlung Ausdruck der Lage im Betrieb. Zwar hatten die Antragsteller keine Unterstützung für die Ausschlüsse gewonnen, zwar war es gelungen, eine Front gegen die Ausschlüsse aufzubauen, jedoch war diese Front noch nicht stark genug, um die Ausschlüsse zurückzuschlagen.

WIE GEHT DER KAMPF GEGEN DIE AUSSCHLÜSSE NUN WEITER?

Die Ausschlußanträge zielen nicht allein auf die vier Kollegen. Sie zielen zunächst darauf, der breiten Opposition auf dem Vulkan die Spitze zu brechen, indem die Kräfte, die eine klare politische Stoßrichtung aufzeigen können, ausgeschlossen werden. Damit sollen die sich in den letzten Jahren auf dem Vulkan entwickelnden Bestrebungen, die Gewerkschaft in eine Kampforganisation der Arbeiter zu verwandeln, zerschlagen werden. Zum weiteren zielen die Ausschlüsse darauf, die Selbständigkeit und Handlungsfähigkeit der Vulkanesen im Kampf gegen die Kapitalisten einzuschränken.

Innerhalb der nächsten Wochen wird eine ordentliche Vertrauensleutesitzung stattfinden. Hier muß die Lage der Vulkanesen beraten werden, hier müssen Forderungen der gesamten Belegschaft an die Geschäftsleitung beschlossen werden. Das muß in den einzelnen Gewerken gut vorbereitet werden. Gleichzeitig muß diese Vertrauensleutesitzung klar machen, daß sie die Ausschlüsse der vier Kollegen ablehnt. Sie muß die Ortsverwaltung auffordern, die Verfahren einzustellen.
Wenn diese Vertrauensleutesitzung ein Schritt vorwärts wird zur Organisierung des Kampfes für die dringendsten Belange der Belegschaft gegen die Kapitalisten, dann wird sie auch ein Schritt vorwärts sein im Kampf gegen die Ausschlüsse. Darauf richten wir jetzt unsere ganzen Anstrengungen.

—Betriebszelle Bremer Vulkan—

OFFENER BRIEF AN DIE ORTSVERWALTUNG DER IG METALL BREMEN

Werte Kollegen,
auf Eurer Sitzung am 20.4.74 habt Ihr mehrere Ausschlußverfahren gegen IGM-Mitglieder beschlossen. Darunter auch gegen unseren Kollegen Gerhard Nischik.
Ihm wird vorgeworfen, daß er die Kommunistische Volkszeitung, ein Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, verkaufte und daß er damit gegen den Beiratsbeschluß vom 16.4.73 verstoße.

Der Kollege Nischik ist uns als IGM-Mitglied in unserer Abteilung gut bekannt und wir wissen von keinem gewerkschaftsschädigendem Verhalten des Kollegen. Im Gegenteil, der Kollege hat sich aktiv für die Interessen der Belegschaft eingesetzt, so z.B. im letzten Streik. Auch sind wir der Meinung, daß sich jedes IGM-Mitglied, egal ob Christ, Sozialdemokrat, Kommunist oder parteilos, frei politisch betätigen können muß.
Vor daher fordern wir Euch – und mit Euch die 3 Kollegen unserer Organisation – auf, das Ausschlußverfahren gegen den Kollegen Nikisch einzustellen.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
IGM-Mitglieder
im Versand der Firma
Wilkens-Bremer-Silberwaren

H.H.Sühnken Vertrauensmann (SPD)
M.Bothmer (SPD)
N.Schilling (47 Jahre Mitglied)

Kommunistische Volkszeitung, ein Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, verkaufte und daß er damit gegen den Beiratsbeschluß vom 16.4.73 verstoße.

Der Kollege Nischik ist uns als IGM-Mitglied in unserer Abteilung gut bekannt und wir wissen von keinem gewerkschaftsschädigendem Verhalten des Kollegen. Im Gegenteil, der Kollege hat sich aktiv für die Interessen

mit Euch die 3 Kollegen unserer Organisation – auf, das Ausschlußverfahren gegen den Kollegen Nikisch einzustellen.
Mit gewerkschaftlichen Grüßen
IGM-Mitglieder
im Versand der Firma
Wilkens-Bremer-Silberwaren

H.H.Sühnken Vertrauensmann (SPD)
M.Bothmer (SPD)
N.Schilling (47 Jahre Mitglied)

ÖTV-Jugend demonstriert für neuen Manteltarif

Recklinghausen. Vor zwei Jahren hat die ÖTV den Manteltarif für die Lehrlinge bei Bund, Ländern und Gemeinden gekündigt. Im Bezirk Nordrhein-Westfalen 2 mobilisierte die ÖTV-Jugend für eine Demonstration, die am 1. Juni in Recklinghausen stattgefunden hat.
300 Lehrlinge und andere Gewerkschafter gingen auf die Straße, um ihre Entschlossenheit vor dem nächsten Verhandlungstermin am 11. und 12. Juli in Bonn auszudrücken.
Bei den Forderungen geht es um 24 Tage Urlaub für alle Kollegen, ob sie nun über oder unter 18 Jahren alt sind, 18 Tage Bildungsurlaub in jedem Ausbildungsjahr. Verbot von Mehrarbeit, um die zusätzliche Ausbeutung der Lehrlinge durch Überstunden zu verhindern. 10 Tage arbeitsfrei vor der Abschlußprüfung. Fahrtkostenerstattung. Verbot der Arbeit an Sonn- und Feiertagen, Verbot der Nachtarbeit.
Forderungen, die die ÖTV zwar noch stellt, die aber im neuen Jugendarbeitsschutzgesetz schon wieder durchlöchert worden sind.
Die ÖTV hat jetzt auch die Tarifverträge für die Auszubildenden in der Krankenpflege gekündigt. Schon im letzten Jahr gab es breite Proteste der Lehrlinge gegen die Hinhaltetechnik des staatlichen Dienstherrn. Aber die ÖTV-Führung hat den Kampf hängen lassen. Wir dürfen uns nicht weiter vertrösten lassen.

–Red./Sympathisantengruppe des KBW, Herten–

Gewerkschaftstag der Bergbaujugend

SPD-FUNKTIONÄRE VERSUCHEN DEMOKRATISCHE BESCHLUSSFASSUNG ABZUWÜRGEN

Vom 7. bis 8. Juni fand in Recklinghausen der 12. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bergbau und Energie statt. In der IGBE-Zeitung "Einheit" heißt es darüber: "Das Parlament der Bergbaujugend tagt, . . . um die geleistete Jugendarbeit der zurückliegenden Jahre zu beurteilen und den Rahmen der zukünftigen Jugendarbeit abzustecken." Der folgende Bericht zeigt, daß die reformistische Gewerkschaftsführung und ihr Anhang gar nicht wollen, daß die Bergbaujugend die Politik der IGBE bestimmt.

Anträge zum Gewerkschaftsjugendtag können nur der Jugendhauptausschuß und die Bezirksjugendkonferenzen stellen. Die Mitglieder und die Betriebs- und Ortsjugendgruppen dürfen nur Vorschläge an diese machen. Die Anträge aus den Jugendgruppen werden dann vom Bezirksjugendausschuß erst mal in die "richtige Form" gebracht und dann der Bezirksjugendkonferenz vorgelegt. Diese gibt die Anträge aus den Jugendgruppen an die Antragsberatungskommission weiter – oder auch nicht. Auf dem Gewerkschaftsjugendtag selbst empfiehlt die Antragsberatungskommission die Annahme oder Ablehnung der Anträge. Diese ganze Prozedur hat zur Folge, daß die Anträge, die den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern nicht in den Kram passen, verschwinden oder in ihrem Sinn entstellt werden.

Die IGBE-Jugendgruppe der Zeche Radbod in Bockum-Hövel erfuhr erst einmal viel zu spät von der Antragsfrist. So hatten wir nur etwas mehr als eine Woche Zeit, um Anträge zu beraten, auszuarbeiten und zu verabschieden. Dafür glänzte aber Willi Fabek, der sozialdemokratische Jugendsekretär der Bezirksleitung, durch seine Anwesenheit. Er "glänzt" immer dann, wenn es gilt, uns die sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik, zum Beispiel den miesen Tarifabschluß und den Stufenplan, anzupreisen. Oder wenn er Angst hat, daß sich Forderungen in der Arbeiterjugend durchsetzen, die der sozialdemokratischen Bezirksleitung nicht passen. Willi Fabek versuchte gegen Anträge nach dem 7-Stunden-Tag, für lineare Tarifforderungen, gegen Altersabschläge, Stufenplan und Unvereinbarkeitsbeschlüsse immer etwas einzuwenden. Damit konnte er sich aber nicht durchsetzen. Sie wurden in der Jugendgruppe alle angenommen. Besonders eifrig versuchte Fabek den Antrag nach Abschaffung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse abzuwürgen. Er meinte, so ein Antrag wäre unnötig, denn in der IGBE würde es so etwas auch in Zukunft nicht geben. Zwei Monate später wurden die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB vom IGBE-Hauptvorstand übernommen.

Als dann die Anträge an den Jugendtag den Delegierten vorgelegt wurden, stellte sich heraus, daß unsere Anträge für 8 Wochen Urlaub, für lineare Tarifforderungen und gegen den Stufenplan völlig fehlten. Im Antrag zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen sollten diese nicht abgeschafft werden, wie wir es forderten, sondern "auf ihren rechtlichen Gehalt" überprüft werden.
Den Formulierungskünstlern, die unseren Antrag auf Abschaffung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse so umänderten, ist die rechtliche Grundlage anscheinend wichtiger als eine kampfstarke Einheitsgewerkschaft. Bei den Anträgen zur gesetzlichen Einführung des 7-Stunden-Tages und des 6-Stunden-Tages für Jugendliche, den Anträgen gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und zur Gleichstellung der Jugendlichen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld empfiehlt die Antragsberatungskommission Ablehnung. Dies alles zeigt, daß der 12. Jugendtag der IGBE nicht dazu dienen soll, Kampfziele zur Verbesserung der Lage der Bergarbeiterjugend festzulegen. Hier sollen vielmehr die Delegierten auf die sozialdemokratische Vorstandspolitik eingeschworen werden. Wir haben nun die Aufgabe, von unseren Delegierten zur Bezirksjugendkonferenz und zum Gewerkschaftsjugendtag Rechenschaft zu fordern, wie sie unsere Anträge vertreten haben.
Für kampfstarke, klassenbewußte Einheitsgewerkschaften!

U.S., Ortsaufbaugruppe Hamm

Postjugendkonferenz lehnt Unvereinbarkeitsbeschluss ab

Auf dem Bundesjugendkongreß der Deutschen Post-Gewerkschaft wurde mit knapper Mehrheit der Unvereinbarkeitsbeschluß des Hauptvorstandes abgelehnt. Aufgrund dieses Ergebnisses wurde erstmals in der DPG-Jugend ausführlicher über diesen Beschluß diskutiert. Die Verteidiger des Beschlusses traten mit Argumenten auf, die uns einige Klarheit über den Charakter der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gebracht haben. Ein Kollege, der Jugendvertreter ist, verteidigte die Beschlüsse folgendermaßen: "Wenn die Kommunisten die Gelegenheit haben, in der Gewerkschaft unter den Mitgliedern offen ihre Meinung zu vertreten, dann besteht die Gefahr, daß die Mitglieder diese Meinung annehmen, die Vorschläge der Kommunisten unterstützen und dies dann in Mehrheitsbeschlüssen zum Ausdruck kommt. Die Kollegen könnten, ohne richtig nachzudenken, diesen Vorschlägen zustimmen, und das wär doch schlecht."
Mit dieser Argumentation kam der Verteidiger der Beschlüsse aber nicht weit, weil viel zu offen der Charakter dargelegt wurde. Verhindert werden soll, daß die Kollegen auf dem Boden ihrer Interessen klare Beschlüsse fassen. Die meisten Kollegen waren damit nicht einverstanden.

Wenn die Kommunisten in der Gewerkschaft eine gute Arbeit durchführen, Vorschläge unterbreiten, mit denen die Reformisten nicht einverstanden sind, die aber den Kollegen nützen und die sie auch verstehen können, dann ist dies der beste Schutz gegen die Maßnahmen der Gewerkschaftsführung und ihren Anhang.

– D.L., Konstanz –

Westberlin. Auf dem Bezirkstag der Deutschen Post-Gewerkschaft vom 6. bis 8. Mai fand der alte Bezirksvorstand und stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Heß keine Mehrheit für eine erneute Kandidatur. Neuer Vorsitzender wurde der linke Sozialdemokrat Hirsch, von dem allerdings keine großen Änderungen zu erwarten sind. Hirsch vertrat während des Streik im Februar als Gewerkschaftssekretär und Vizechef der SPD-Betriebsgruppe voll die offizielle Vorstandslinie: Bei der Vorbereitung des Streiks wurde nur ein zweistündiger Kleckerstreik geplant. Erst eine Nacht vorher konnten die Betriebsfunktionäre den Vorstand zwingen, wenigstens in einigen Ämtern mit Kampfmaßnahmen zu beginnen.
Nach dem Abschluß wurden viele Postler dadurch betrogen, daß sie nur 164 statt 170 DM bekamen. 170 DM gab's nur für Verheiratete mit Kind. Jetzt redete sich der Gewerkschaftsvorsitzende Breit mit "Formulierungsschwierigkeiten" bei Herstellung der Stimmzettel für die Urabstimmung heraus.
Insgesamt blieb die Kritik an der Politik der Gewerkschaftsführung noch beschränkt. Ihr reformistischer Programmentwurf wurde nahezu unverändert gebilligt. Und als am zweiten Tag Willy Brandt zurücktrat, wurde die Abstimmungsmaschinerie beschleunigt, damit alle Delegierten zur SPD-Kundgebung gehen konnten, was bis auf einige CDU-ler auch alle taten.

– en., Westberlin –

IG DRUCK-JUGEND HILDESHEIM:

Dia-Serie über Kambodscha

Hildesheim. In der KVZ Nr. 9/74 waren einige Materialien zu Kambodscha angeboten. Die IG Druck und Papier Jugendgruppe Hildesheim beschloß in Gegenwart des Kollegen J.Meier (Ortsvereinsvorsitzender), sich vom Indochina-Solidaritätskomitee Heidelberg folgende Materialien zu bestellen:
1 Dia-Satz, 1 Tonband (Lieder der Völker Indochinas), 10 Indochina-Dokumentationen,
und die Materialien durch die Kasse der Jugendgruppe zu bezahlen.

Nachdem die Materialien angekommen waren, legte sich der Ortsvereinsvorstand quer und forderte, daß die Materialien unbenützt zurückgeschickt werden sollten. Der Vorstand berief sich auf einen Beschluß, wonach Materialien nur durch den Vorstand selber bestellt werden dürfen. Die Jugendgruppe sprach sich in einer Resolution dagegen aus, daß die Willensbildung in der Gewerkschaft behindert wird und daß die Kollegen nicht über die Beteiligung der Bundesregierung am amerikanischen Völkermord in Indochina informiert werden durften.

Was kann durch Dia-Vorträge wie diesen aufgedeckt werden?
Wie wohl allgemein bekannt ist, ist die Bundesregierung nicht unbeteiligt am amerikanischen Völkermord in Indochina: 1968 zum Beispiel wurde in Kambodscha ein Staudammm von der Bundesregierung finanziert, der es den amerikanischen Kanonenbooten ermöglicht, weit ins Innere des Landes vorzustoßen. Diese Machenschaften der Bundesregierung, die sich ja zum größten Teil aus der SPD rekrutiert, sollen vor den Kollegen geheimgehalten werden. Das gilt nicht nur für Indochina, gleiches gilt auch für andere Brennpunkte in der Welt und innerhalb der BRD.
Wir ließen uns durch solche Unterdrückungsmanöver nicht einschüchtern und führten den Dia-Satz, **der einhellige** Zustimmung erfuhr, trotzdem vor.

–M.G./Red. gekürzt–

Für Tausende keine Ausbildungsplätze

DIE ARBEITSLOSIGKEIT DER JUGENDLICHEN BEKÄMPFEN HEISST DEN KAMPF FÜR DEN SIEG DES SOZIALISMUS AUFNEHMEN

Volks- und Realschüler, die zur Zeit eine Lehrstelle suchen, rennen oft wochenlang von Betrieb zu Betrieb, schreiben sich die Finger wund an Bewerbungen, sitzen Stunden um Stunden in der Berufsberatung des Arbeitsamtes. Einige tausende von ihnen werden trotz aller Bemühungen keinen Ausbildungsplatz bekommen. In der Frankfurter Rundschau vom 13. April war zu lesen, daß die Lehrstellen in der kaufmännischen und gewerblichen Ausbildung in den letzten zwei Jahren von 604 000 auf 371 000 zurückgegangen sind. Für Rheinland-Pfalz erwartet der DGB, daß 19 000 Schulabgänger keinen Ausbildungsplatz erhalten werden. In Baden-Württemberg wird es für 88 000 Schulabgänger nur 40 000 Ausbildungsplätze geben. Über die Ursachen rätseln die bürgerliche Presse und die bürgerlichen Politiker. Unternehmerverbände und Gewerkschaften geben Stellungnahmen ab. Die einen sprechen davon, daß man sich nicht wundern dürfe, wenn monatelang die Unternehmer als "Ausbeuter" und "Profitgeier" beschimpft würden, daß die Betriebe weniger Lehrlinge ausbilden (Anzeige von Unternehmerverbänden im Mannheimer Morgen vom 3. Mai). Die Gewerkschaften sprechen von Erpressung und fordern die Bundesregierung auf, zügig die "Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung" in Angriff zu nehmen, sowie die "Bildungsinhalte an den Interessen der abhängig Beschäftigten zu orientieren" (Arbeitspapier des Hauptvorstandes der IG Metall / Abteilung Jugend für die Bezirksjugendausschüsse, Ortsjugendausschüsse und Jugendvertretungen vom 8. März). Inzwischen hat die Schmidt-Genscher-Regierung die geplante Novellierung des Berufsbildungsgesetzes erst einmal auf Eis gelegt, weil sie zu den Reformen gehört, die Geld kosten. Nachdem das bekannt wurde, soll das Angebot an Lehrstellen, laut Berichten verschiedener Zeitungen, wieder leicht angezogen haben.

Die geplante "Reform" der beruflichen Bildung wäre natürlich mit Kosten verbunden, auch für die Kapitalisten. Ein Teil der Ausbildung wäre aus den Betrieben ausgegliedert worden, was den kleineren Betrieben nicht paßt, denn dann fallen ihnen die 200-Mark-Arbeiter für eine Zeit aus. Die Anforderungen an die Ausbildung sollten insgesamt der Industrie angeglichen werden, was für die kleineren Betriebe heißt, Aufwendungen für die Lehrlingsausbildung aufzubringen, was sie bislang nicht brauchten. Daran haben die Klein- und Mittelbetriebe, wo die meisten Lehrlinge ausgebildet werden, natürlich kein Interesse. Sie stellten daraufhin einfach weniger oder gar keine Lehrlinge mehr ein und benutzten so bewußt den Arbeitsmarkt als Druckmittel, um ihre Interessen durchzusetzen. In der Auseinandersetzung innerhalb der Bourgeoisie und der bürgerlichen Parteien über die Ausbildung ihrer Lohnarbeiter wurde die Arbeiterjugend als Manövriermasse eingesetzt. Man schuf einige tausend jugendliche Arbeitslose – die sollen dann sehen, wie sie zurechtkommen – und hoffte, so eine öffentliche Meinung gegen jede Veränderung in der Berufsausbildung zu schaffen. Dies ist offensichtlich nicht gelungen; im Gegenteil, es wurde ein Proteststurm hervorgerufen. Die geplante "Reform" des Berufsbildungsgesetzes allerdings ist erst einmal vom Tisch. Das ist die eine Seite der Ursache der herrschenden Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen.

Die andere Seite, nämlich daß auch in der großen Industrie die Ausbildungsplätze abnehmen, liegt weniger an der geplanten Reform der Berufsausbildung als an der gesetzmäßigen Entwicklung des Kapitalismus. Durch die ständige Entwicklung der Maschinerie, die sich ausdehnende Automatisierung werden im Verhältnis zum Produktionsausstoß weniger qualifizierte Arbeitskräfte, d.h. Facharbeiter, gebraucht. Solange die Produktion stetig wächst, fällt das weniger ins Gewicht, weil durch die Erweiterung der Produktion auch mehr Arbeiter gebraucht werden. Stagniert die Produktion aber oder geht sie zurück, so führt das bei gleichzeitiger weiterer Durchdringung der Produktion mit automatischer und halbautomatischer Maschinerie zu einer absoluten Abnahme der Nachfrage nach qualifizierter Arbeitskraft. Dadurch ist die oben angeführte Abnahme von Lehrstellen in den letzten zwei Jahren zu erklären. Aus welchem Grunde sollten zum Beispiel Ford, Opel oder VW mehr Lehrstellen schaffen, wo die Produktion stark eingeschränkt wird und gleichzeitig, wie es von VW bekannt ist, die Automatisierung weiter vorangetrieben wird. An einem Beispiel ist das zu verdeutlichen: Bei VW wird zur Zeit besonders stark von konventionell elektrischer Steuerung auf elektronische Steuerung umgestellt. Mußte bei einer Fehlersuche früher die Schaltung nach dem Fehler mit größerem Aufwand durchsucht werden, so werden heute elektronische Steckkarten ausgetauscht. Dazu braucht man natürlich weit weniger Elektriker, wenn nicht neue Produktionsstraßen hinzukommen.

Was liegt für die Kapitalisten da näher, als die Ausbildung einzuschränken und frisch angelernte Facharbeiter nicht in ein Arbeitsverhältnis zu übernehmen. Beibehalten wollen die Kapitalisten ihren erfahrenen Facharbeiterstamm, der die Fabrik und die Anlagen kennt. Die jugendlichen und die älteren ungelernten Arbeiter waren, seit es den Kapitalismus gibt, schon immer die ersten, die von der Arbeitslosigkeit betroffen waren.

Nur wenn die Arbeiter selber bestimmen, was, wie und wieviel produziert wird, wenn sie die Produktion in die eigene Hand nehmen, wird sich diese Lage ändern. Denn nur die Arbeiter selber haben ein Interesse daran, daß jeder das Recht auf Arbeit hat, das die bürgerliche Gesellschaft nicht garantieren kann. Das kann nur durch die soziale Revolution und den Aufbau des Sozialismus verwirklicht werden.

Solange es aber den Kapitalismus gibt, sind die Arbeiter immer auch gezwungen, den Kampf gegen die Auswirkungen des Kapitalismus zu führen. Denn die Arbeitslosigkeit tritt im Kapitalismus immer wieder auf, so wie der Flut die Ebbe folgt. Man wird nicht tatenlos zusehen, wenn Schulabgänger ihren Eltern auf der Tasche liegen, weil sie keine Lehrstelle bekommen, wenn arbeitslose Ausgelernte kein Arbeitslosengeld bekommen, weil sie während der Lehre keinen Verdienst hatten. Um diesen Kampf führen zu können, müssen vom Staat Schutzgesetze erkämpft werden, die die Kapitalisten und Arbeiter gleichermaßen binden, die die Arbeiter vor der völligen Zerrüttung durch den Kapitalisten schützen. Um diese Schutzmaßnahmen durchzusetzen, braucht die Arbeiterklasse Forderungen, unter denen sich alle Arbeiter zusammenschließen können und nicht nur die eines Betriebes oder einer Branche. Eine solche Forderung ist die nach **Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % des Lohns**; das würde für die Schulabgänger 80 % des durchschnittlichen Lehrlingslohns bedeuten, für die in kein Arbeitsverhältnis übernommenen Lehrlinge 80 % des Facharbeiterlohns.

ARBEITSÄMTER IN ARBEITERHAND!

Viele Lehrstellensuchende haben in letzter Zeit reichlich Erfahrungen mit den Arbeitsämtern gemacht. Erstens haben sie recht wenig anzubieten, zweitens wird ständig versucht, einen Bewerber gegen den anderen auszuspielen durch diskrete Hinweise auf die besseren Zeugnisse und Tests des anderen und daß man sich schon anstrengen müsse, wenn man den "Konkurrenten" ausstechen will.

Damit die Arbeitsämter nicht als Mittel für die Spaltungsversuche der Kapitalisten benutzt werden können und gegen die Masse der Arbeitslosen eingesetzt werden, sondern damit auch in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit in der Frage der Arbeitsbeschaffung von den Klasseninteressen des Proletariats ausgegangen wird, braucht die Arbeiterklasse **Arbeitsämter, die ausschließlich von den Lohnabhängigen verwaltet werden.**

WEG MIT DER STUFENAUSBILDUNG!

Die jetzige Berufsausbildung ist völlig überaltert und kommt der Entwicklung der Produktivkräfte nicht mehr hinterher! Daß das so ist, hat zumindest auch schon die große Industrie mitgekriegt. Die Großbetriebe haben so schon lange damit begonnen, nach eigenen Plänen zu arbeiten; Krupp beispielsweise hatte die Stufenausbildung schon lange, bevor sich offizielle Stellen geäußert hatten, eingeführt. Ebenso haben die Großbetriebe eigenen Unterricht. Das Ziel ihrer Ausbildung ist natürlich nicht das des allseits gebildeten Arbeiters, der in der Lage ist, bewußt in die Produktion einzugreifen, sie zu leiten und zu verändern. Ihr Ziel ist der Facharbeiter, der seinen Bereich kennt und die Produktion aufrechterhalten kann. Aus diesem Grunde versuchen die Kapitalisten die Stufenausbildung einzuführen, die immer bedeutet, daß der größte Teil der Ausgebildeten nur einen halbfertigen Beruf hat. Das hat natürlich zur Folge, daß sie weniger Lohn kriegen werden, daß die Lohndifferenz in den Betrieben noch größer wird, als sie jetzt schon ist. Aus diesem Grund stellen wir dort, wo die Stufenausbildung praktiziert wird oder eingeführt werden soll, die Forderung auf: **Weg mit der Stufenausbildung!**

SCHLUSS MIT DEN BESONDEREN AUSBILDUNGSVERHÄLTNISSEN!

Während der Lehrzeit – heute "Ausbildungsverhältnis" genannt – unterliegt der jugendliche Arbeiter einem besonderen Rechtsverhältnis zu seinem Kapitalisten. Vom Staat erhält der Kapitalist einen beschränkten Erziehungsauftrag, der sogar so weit geht, daß der Kapitalist seinem Lehrling vorschreiben kann, wie er sich nach Feierabend zu verhalten hat. Im Betrieb unterliegt der Lehrling einem besonderen Lohnverhältnis. Der Lehrling hat einen Vertrag, der ihn verpflichtet, eine bestimmte Zeit bei seinem Kapitalisten zu bleiben, zu einem bestimmten Lohn, der ihm besonderen Verpflichtungen unterwirft. Das gipfelt darin, daß der Lehrling kein Streikrecht hat. Er bekommt laut Gesetz keinen Lohn, sondern "Ausbildungsbeihilfe". Das Ganze wird damit begründet, daß der Lehrling nicht in einem Arbeitsverhältnis, sondern in einem "Ausbildungsverhältnis" sei. Das ist purer Unsinn; alle Arbeiter müssen ständig lernen, mit neuer Maschinerie umzugehen, fast alle Betriebe machen Kurse für ihre Facharbeiter, damit sie neu eingeführte Techniken beherrschen. Der Lehrling macht Lohnarbeit wie jeder andere auch. Zu Anfang macht er Hilfstätigkeiten, die ihn an die Maschinerie gewöhnen; später erledigt er leichtere Facharbeiten, und das letzte Jahr unterscheidet er sich von den Aufgaben her, die ihm gestellt werden, in nichts von seinen Kollegen, der gerade ausgelernt hat und dem besonderen Rechtsverhältnis nicht unterliegt. Das gibt den Kapitalisten die Möglichkeit, die Belegschaften zu spalten und einen einheitlich geführten Kampf zu verhindern. Deshalb müssen die bestehenden Ausbildungsverträge und Ausbildungsverhältnisse weg, damit alle Arbeiter den gleichen Bedingungen im Betrieb unterliegen, und gleichzeitig das Prinzip "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" durchgesetzt wird.

DIE AUSBILDUNG DER JUGEND MUSS DIE SACHE DES VOLKES WERDEN!

Die Ausbildung der Jugend, das ist die Sache des Volkes selbst und nicht die des Kapitalisten oder der Schulbürokratie. Dieses Recht, seine Jugend selbst zu erziehen und auszubilden, hat heute das Volk nicht. Bis zum Ende der Schulzeit liegt sie beim Staat und anschließend für den größten Teil der Jugendlichen bei den Kapitalisten. Wie die derzeitigen Verhältnisse zeigen, hat weder der Staat noch der Kapitalist ein Interesse an einem allseits gebildeten Menschen. In der Schule bekommen die Kinder und Jugendlichen weltfremde Sachen eingebleut, die nichts mit der Realität zu tun haben; gleichzeitig läßt der Staat das Volksbildungswesen völlig verrotten. Im Betrieb werden die Lehrlinge nur für eine bestimmte Tätigkeit ausgebildet. Diesen Zustand wird die Bourgeoisie nicht freiwillig fallen lassen, denn er ist ganz hervorragend für sie. Sie hat die politische Macht, sie bestimmt in ihrem Staat, wie die Ausbildung auszusehen hat. Wollen die Arbeiterklasse und das Volk der Bourgeoisie dieses Recht auf Ausbildung der Jugend entreißen, so braucht es dazu die politische Macht. Denn nur die Klasse, die die politische Macht besitzt, kann die gesellschaftlichen Beziehungen im Staate regeln. Im Laufe diese Kampfes um die politische Macht werden die Arbeiterklasse und das Volk den bestehenden Zuständen Forderungen entgegenstellen, die ihrem Interesse entsprechen. Die Forderung nach **unentgeltlicher und obligatorischer, allgemeiner, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebenjahr; Einheitsschule; Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten** entspricht den Interessen des Volkes; um diese Forderung werden sich die Menschen im Kampf organisieren können. – Dieter Bock

2Berufsschultage pro Woche

VERSAMMLUNG AUF DEM SCHULHOF

Bericht von einer Schülervollversammlung in der Erasmus-Kittler-Schule (Berufsschule) im Mai.

Darmstadt. Als wir die Versammlung anfingen, hatten wir großes Muffensausen, ob die Lehrlinge überhaupt zur Versammlung kommen, oder ob sie lieber während dieser "Freizeit" in die nächste Kneipe gehen würden. Aber sie kamen, und zwar mehr, als wir erwartet hatten.

Die Versammlung war im Schulhof hinter der Schule. Wir hatten eine einfache Lautsprecheranlage, wer sprechen wollte, mußte auf eine Schulbank klettern und dann seine Rede schwingen.

Erst fing es lahm an. Nach dem Motto: Na kommt doch noch ein bißchen näher, damit ihr hört, was wir euch zu sagen haben. Dann wurde eine Resolution vorgelesen, in der zwei Berufsschultage in der Woche verlangt wurden. Während dieser Resolution machte ein paarmal ein Lehrling Zwischenrufe. Der Schulsprecher griff die Unterbrechung dankbar auf, denn das brachte Leben in die Versammlung, und schaffte es sogar, den Zwischenrufer ans Mikrofon zu bringen. Und der sagte dann ganz brav: Das wäre doch viel zu viel, was wir da fordern würden, das könnte doch gar kein Betrieb mehr schaffen. Und wir würden uns und den Lehrlingen nach uns die Lehrstellen vermasseln.

Da gab's Zunder. Plötzlich meldeten sich bis zu fünf Lehrlingen gleichzeitig und prügelten sich beinahe ums Mikrofon. Und die anderen Lehrlinge machten mit, unterstützten "ihre" Leute mit heftigem Beifall, und buhten den "Zwischenrufer" jedesmal kräftig aus, wenn er ans Mikrofon ging.

Unbeeindruckt argumentierte dieser junge Kollege weiter: Er arbeite in einem Fernseh-Laden, und wenn er nicht da wäre, könnte der Laden beinahe dicht machen. Ja, was er denn dafür bekomme? 300 Mark, sagte er kleinlaut. Aber man müsse sich doch auch in die Lage der Arbeitgeber hineinversetzen ...

Das hätte er besser nicht gesagt, denn jetzt war der politische Standpunkt des Kollegen klar und deutlich. Und dementsprechend war auch die Argumentation der meisten Kollegen, die gegen ihn, und nur ganz entfernt für die ursprünglich zu behandelnde Resolution sprachen. Wenn die Unternehmer über zu hohe Forderungen klagen, so ist das gar nichts Neues. Das haben sie nämlich schon, als die Arbeiter die Abschaffung der Kinderarbeit verlangten, oder die Einführung des 8-Stunden-Tags, oder, oder, oder. Sie haben schon immer versucht, Druck auszuüben, aber sie wurden immer dann in die Schranken gewiesen, wenn die Arbeiter sich einig waren, und zusammen für ihre Forderungen Aktion gemacht haben. Zum Beispiel der Lehrstellenmangel: Die Firmen können ja gar nicht über längere Zeit hinaus auf Fachkräfte verzichten! Mit wem wollen sie denn dann die Maschinen bedienen lassen? Der ganze "Streik" der Ausbildungsbetriebe wird über kurz oder lang zusammenbrechen! (ein paar Tage später veröffentlichte das Bundesamt für Statistik dann, daß schon wieder beinahe so viel Lehrstellen angeboten werden, wie vor einem Jahr!) Wir müssen an unseren Forderungen festhalten, sie durch Aktionen unterstützen, und die Einheit mit den älteren Kollegen im Betrieb und im gewerkschaftlichen Rahmen herstellen.

Da klatschten alle – bis auf einen, nämlich unseren Zwischenrufer. Aber auch er wurde nochmal angesprochen. So wie er redet, hätten es die Unternehmer gern. Wir haben aber doch genug zu tun, um unsere eigenen Interessen zu beachten, wie sollen wir da noch uns den Kopf der Unternehmer zerbrechen? Wir müssen bewußt einseitig sein, sonst werden wir gar nichts durchsetzen.

Am Schluß wurde noch die Resolution mit der Forderung nach 2 Berufsschultagen verabschiedet – mit einer Gegenstimme.

Lehrstellen nur an Duckmäuser

LEHRSTELLEN BEI MECANO–BUNDY HEIDELBERG

Heidelberg. Jugendliche, die von einer Fachschule, der Realschule oder dem Gymnasium kommen, werden bei Mecano-Bundy keine Lehrstelle mehr bekommen. "Diese Leute bringen nur Unruhe in den Betrieb und sind zu zwei Dritteln kommunistisch eingestellt", das ist die Begründung vom Personalbüro und vom Ausbildungsmeister.

Nachdem die Lehrlinge bei Mecano-Bundy in den letzten Jahren immer aktiver geworden sind und immer weniger alles mit sich machen lassen, versucht jetzt die Geschäftsleitung in der Lehrwerkstatt eine Friedhofsruhe herzustellen und Duckmäuser heranzuzüchten.

Das wird ihnen aber nicht gelingen. Denn es ist vollkommen egal, von welcher Schule die Lehrlinge kommen – daß sie sich zur Wehr setzen, liegt nicht an ihrer Schulbildung, sondern daran, daß Unterdrückung und Ausbeutung herrscht.

–Zelle Hein-Mecano, Heidelberg–

Jusos gegen Jugendzentrum

DIE SELBSTVERWALTUNG WIRD ABGELEHNT

Mosbach/Odenwald. Vorletzte Woche hatte der Juso-Kreisvorstand die Jugendlichen im Elz-Mündungsraum zu einer öffentlichen Veranstaltung eingeladen, in der die Jusos ihr Modell für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung vorstellten. Außer dem Juso-Kreisvorsitzenden Günter Brauch, der sich das Modell ausgedacht hatte, waren noch zwei Jusos dort. Wir waren zu zweit von der KBW-Sympathisantengruppe hingegangen. Die anderen Jugendlichen, die gekommen waren, hatten fast alle schon selbst am Kampf für das Jugendzentrum teilgenommen und an der Erarbeitung eines demokratischen Selbstverwaltungsmodells, wo die Vollversammlung des höchste Entscheidungsgremium ist.

Auf der Veranstaltung stellte nun der Juso-Kreisvorstand ein Modell vor, in dem ein Jugendzentrumsausschuß die Regie führen sollte, der seine Entscheidungen und Aktivitäten immer erst nachträglich von der Vollversammlung billigen lassen wollte. Zwei Drittel der Mitglieder dieses Jugendzentrumsausschusses sollten hineinkommen, ohne sich der Vollversammlung überhaupt zur Wahl stellen zu müssen. Durch Geschäftsführungs- und Schlichtungsausschüsse, durch verwirrende Kompetenzverteilungen wurde das Modell darüberhinaus so kompliziert, daß es von den Jugendlichen gar nicht zu handhaben war, höchstens von Berufspolitikern. Die Rechtfertigung der Jusos für ihr undemokratisches Modell war im Wesentlichen: "Das muß schließlich im Stadtrat durchkommen. Politik muß auch in den Gremien abgedeckt sein. Was nutzt euch die Mobilisierung der Bevölkerung, wenn der Stadtrat was gegen die Selbstverwaltung hat und deshalb kein Geld hergibt?" Die Jugendlichen hatten aber nicht jahrelang für ein Jugendzentrum gekämpft, in dem sie hinterher nichts zu sagen haben sollten. Deshalb fragten sie die Jusos, ob denn nicht zu ihrer "Doppelstrategie" auch die Mobilisierung der Massen und ihre Einbeziehung in die Politik gehöre. Die Antwort der Jusos: "Massenmobilisierung hat für uns nur Wert als Unterstützung unserer Gremienarbeit, erst wenn wir da nicht weiterkommen, üben wir mit Massenmobilisierung Druck aus, damit wir für unsere Politik mehr Ellenbogenfreiheit bekommen."

Die Jugendlichen begriffen, daß sie von den Jusos lediglich als Manövriermasse in deren "Doppelstrategie" eingeplant waren und gaben ihnen die richtige Antwort: Sie lehnten ausnahmslos den Juso-Vorschlag ab. Auf die ständige Frage der Jusos, was die Massenmobilisierung denn nütze, wenn in den Gremien nichts durchsetzbar sei, kam schließlich die Gegenfrage: "Was nutzt es den Jusos, ihr Modell im Stadtrat durchzusetzen, wenn sie es unter der kämpfenden Jugend nicht durchsetzen können?" Höchstens der Karriere ihres Kreisvorsitzenden!

Nach der Versammlung diskutierten wir kurz mit mehreren Jugendlichen. Sie sagten uns über die Jusos: "Das sind ja unsere Gegner!"

KBW-Sympathisanten Mosbach

"Atombefall - ganz ungefährlich"

RADIOAKTIVE VERSEUCHUNG EINER MÜLLKIPPE/VERTUSCHUNG SCHEITERT

Karlsruhe. Zwei Kilometer vom Atomforschungszentrum Karlsruhe, in Leopoldshafen, auf einer Müllkippe entdeckte der Vorsitzende der Bürgerinitiative Umweltschutz, Wüstenhagen, daß sein Geigerzähler heftig ausschlug und ein Vielfaches der normalen Radioaktivität des Erdreichs anzeigte.
Er schöpfte sofort Verdacht, daß hier radioaktive Abfälle des Kernforschungszentrums gesetzwidrig weggeschafft worden waren, um die hohen Transportkosten zum dafür vorgesehenen Salzbergwerk Ass einzusparen.

Welche Erfahrung machte die Bürgerinitiative, die heute aus 1 000 Personen besteht, beim Versuch, die von der Müllkippe entnommenen Erdproben wissenschaftlich untersuchen zu lassen?
Von zwei staatlichen Forschungsinstituten wurden sie abgewiesen. Wüstenhagen mußte erkennen, "daß eine Bürgerinitiative bei einem staatlichen Institut keine Analyse gemacht kriegt".
Schließlich erhielt er auf Umwegen eine Analyse vom Institut für Nuklearmedizin beim Deutschen Krebsforschungszentrum Heidelberg.

Das Ergebnis: Die Erdprobe enthielt eine 120 bis 190-fache Überschreitung der zugelassenen Werte für radioaktiven Gehalt in Abfällen. Der Sicherheitsbeauftragte des Kernforschungszentrums Karlsruhe erklärte spornstreichs und ohne jede weitere Untersuchung, daß die Abfälle überhaupt nicht von seinem Institut stammen würden. Weiterhin, daß die Radioaktivität von einem "fall out von Atombomben" stammen würde, daß solche "Klärschlämme absolut ungefährlich sind".
Nach kurzer Zeit stellte sich heraus, daß diese Aussagen freie Erfindungen eines Wissenschaftlers waren, dem die Gesundheit des Volkes gar nichts, der reibungslose und kostengünstige Ablauf seines Institutes aber alles bedeutet.

Erwin Sack, Landtagsabgeordneter der SPD, hat zwar jetzt die Beurlaubung des "Sicherheitsverantwortlichen" Kiefer gefordert, aber es ist klar, daß nun – nachdem der Skandal offenbar geworden ist – alle bürgerlichen Parteien, alle Ämter nur eine Sorge haben: wie einst Pilatus ihre Hände zu waschen und zu zeigen, daß sie unschuldig sind. In einer solchen Lage ist die Bourgeoisie geneigt, auch einmal einen aus ihren Reihen zu opfern.
Wie aber verhalten sich die offiziellen Stellen? Zunächst wurde versucht, die Aktivitäten der Initiative zu diffamieren, indem behauptet wurde, die Laien-Untersucher der Bürgerinitiative hätten sich verrechnet mit der Höhe der Radioaktivität.
Das Arbeitsministerium von Baden-Württemberg stiftete Verwirrung, indem es einmal der einen und das andere Mal der anderen Seite recht gab. Auch wurde die Presse eingeladen und in ihrer Anwesenheit Proben entnommen, die wieder untersucht werden sollten. Vorher aber wurde auf die Müllkippe Sand geschüttet, der genauso aussieht, wie das abgelagerte radioaktive Material. Von diesem Sand wurden dann die Proben entnommen.
Das Institut für Nuklearmedizin aber verhängte einen Informationsstopp über die Untersuchungsergebnisse.
Auch Grundwasserproben wurden im Bereich der Müllkippe entnommen, um das Ausmaß der radioaktiven Verseuchung zu überprüfen. Diese wurden aber nicht im Bereich des Grundwasserabflusses von der Müllkippe, sondern im Bereich des Grundwasserzuflusses entnommen, also an einer Stelle, an der das Grundwasser noch gar nicht in Berührung mit der Müllkippe gekommen war. Die Grundwassertiefe beträgt hier ungefähr 2 Meter.
Aber selbst von dieser Grundwasserprobe bekam die Bürgerinitiative keine Proben. Man kann daraus nur schließen, daß auch dieses Grundwasser verstrahlt ist, was darauf hinweist, daß auch an anderen Stellen noch radioaktiver Müll herumliegt.

Alle Versuche der Bürgerinitiative, selbst Grundwasserproben zu entnehmen, wurden von den Behörden verboten, und auch in Frankreich, wohin das Grundwasser fließt, wurde es verboten, Grundwasserproben zu entnehmen.

Das zeigt deutlich, daß der Gesundheit des Volkes durch die Beurlaubung des "Sicherheitsbeauftragten" Kiefer nicht viel geholfen wird, denn die ändert nichts an der Umweltverschmutzung und an dem ständigen Versuch, dies zu vertuschen. Diese Lage kann sich grundlegend erst ändern, wenn die Arbeiterklasse selbst die Fabriken in Besitz genommen hat, und wenn es ihr gelingt, Wissenschaftler auf ihre Seite zu ziehen, deren Forschungen und Überprüfungen wirklich dem Volke dienen. Solange die Produktion durch Gewinninteressen bestimmt wird, kann es keinen wirkungsvollen Umweltschutz geben.

–f.g., Karlsruhe/Red.–

Patientenbericht

Freiburg. Nach einer schweren Operation bin ich zur Zeit querschnittsgelähmt.
Die Rollstühle, die den Patienten in der Freiburger Nervenklinik – wie wohl überall in den Kliniken – zur Verfügung stehen, sind wirkliche Unfallstühle: Bei der kleinsten Gewichtsverlagerung kippen sie um. Schwerwiegende Verletzungen am Kopf oder an den gelähmten Körperteilen können die Folge sein. Für Krankengymnastik im Rollstuhl oder dafür, daß der Patient sich ohne fremde Hilfe durchs Krankenhaus bewegen kann, sind die Rollstühle ungeeignet.
Auch die Pfleger warnen: Die Stühle kippen leicht! Trotzdem denkt man nicht daran, sie auszutauschen.
Die Klinik ist überhaupt nicht geeignet für Patienten im Rollstuhl: Nur Treppen, keine Rampen, bei vielen Türschwellen zu hohe Absätze usw.
– Im Krankenhaus muß den an den Rollstuhl gefesselten Patienten Bewegungsfreiheit ohne fremde Hilfe ermöglicht werden!
In der Neurochirurgischen Klinik in Freiburg, wo ich vor meiner Verlegung in die Nervenklinik war, sind die Betreuungszustände für die Patienten katastrophal: Bei überwiegend schwerkranken, bettlägerigen Patienten, die vollständig auf fremde Hilfe angewiesen sind, gibt es dort nachts nur eine einzige Schwester auf der Station, in der ich war. Sie ist total überlastet. An die Station ist ein Kleinkinder- und ein Säuglingszimmer angeschlossen, das von der Schwester nachts ebenfalls betreut werden muß. In der Intensivstation im 2. Stock (wo zum Beispiel Patienten nach schweren Operationen hinkommen) gibt es eine Sitzwache Tag und Nacht für die Patienten. Von dort kann die Nachtschwester auf der Männerstation im 1. Stock Hilfe holen, wenn sie Glück hat.
Ein Beispiel:
Vor einiger Zeit fiel ein Patient aus dem Bett. Er hatte zwar nach der Nachtschwester geklingelt, als er merkte, daß er zu fallen drohte. Diese konnte jedoch nicht kommen, weil sie gerade mit der Versorgung der kranken Kinder beschäftigt war. Über eine Stunde lang lag er am Boden. Als die Schwester schließlich hinzukam, konnte sie den vielleicht 80 kg schweren Mann allein nicht wieder ins Bett heben. Ein Pfleger von der Intensivstation kam ihr schließlich zur Hilfe.
Die kleinen Kinder, die jemand bräuchten, der sich mit ihnen beschäftigt, sind sich Tag und Nacht selbst überlassen. Das Pflegepersonal kommt kaum mit seinen Aufgaben zu Rande. Zum Beispiel sollte die Nachtwache eigentlich die Patienten waschen – was in den seltensten Fällen gemacht werden kann. Die Schwestern und Pfleger sind natürlich völlig mit den Nerven runter. Die Auswirkungen auf die Kollegialität sind klar: gereiztes, nervöses Klima.
– Für die Zimmer der Kinder muß bei Tag und Nacht ständig eine Schwester bereitstehen!
– Es müssen – auch nachts – Pfleger da sein, da die Schwestern die völlig auf fremde Hilfe angewiesenen Kranken allein nicht bewegen, heben usw. können!
Den Schwestern und Pflegern kann man keinen Vorwurf machen. Sie tun ihre Arbeit. Es liegt an der Krankenversorgung im Kapitalismus überhaupt, wo die Hauptsache die größtmögliche Einsparung von Kosten ist und der größte Profit für die Klinikchefs und Arzneimittelkonzerne – die Interessen der Patienten und des Personals werden dabei nicht berücksichtigt.
Für eine Krankenversorgung im Dienste des Volkes! Patient aus Freiburg (Name und Anschrift der Red. bekannt)

Billige Arbeitskraft

Solingen. Mit regem Interesse lasen wir in der 1. Mai-Ausgabe der KVZ einen Bericht über eine "beschützende" Werkstatt in Mannheim-Neckarau. Da wir selber als Sozialpädagogik-Praktikanten in Opladen in einer WfB (Werkstatt für Behinderte) arbeiten, müssen wir hier ähnliche Zustände feststellen. In dieser Einrichtung, die von der Lebenshilfe e.V. getragen wird, werden gleichfalls geistig und körperlich behinderte Menschen acht Stunden am Tag bei einer 5-Tage-Woche mit stupider und pädagogisch unsinniger Fließbandarbeit ausgebeutet. Und dies bei einem Stundenlohn von –,50 DM oder 80 DM im Monat. Die Aufträge kommen größtenteils von der Henkel AG und kleineren Unternehmen, die so billige Arbeitskräfte und ein "soziales" Deckmäntelchen finden.

Vor kurzem wurde der Monatslohn von 100 DM auf 80 DM gedrückt, da die Werkstatt mit 40 000 DM in den "roten Zahlen" steht. Dies wurde durch den Werkstattleiter, der inzwischen gekündigt hat, verschuldet. Dieser Herr spielte sich als Superkapitalist auf und verursachte eine Fehlinvestition nach der anderen.
Nun sollen die Behinderten die verplanten Gelder durch ihre Arbeit wieder hereinzubringen (ein ähnliches Punktesystem wie in Mannheim ist geplant). Da für die Förderung der Behinderten seit zirka einem halben Jahr nichts mehr getan wird, sollten auch die Praktikanten, da wir weder die Möglichkeit hatten, pädagogisch zu arbeiten noch durch Fachkräfte (die Werkstatt hat nämlich keine) eingeführt werden konnten, öfters zu "produktiver" (!) Arbeit hinzugezogen werden. Wenn von uns aus Proteste gegen diese Methoden aufkamen, drohte man uns unter anderem auch mit Kündigung. Einer Kündigung kamen zufälligerweise die Streitigkeiten zwischen dem ehemaligen Werkstattleiter und dem Vorstand zuvor. Aber heute sind wir auch dem Vorstand ein Dorn im Auge auf Grund unserer Kritik an der Behandlung der Behinderten und der Praktikanten.

Doch wir müssen uns selbst auch der Kritik unterziehen, da wir oft genug bemerkt haben, daß wir auf das Spielchen einiger Leute eingegangen sind und die Behinderten zum Beispiel zur Arbeit antrieben und auch repressive Methoden anwandten. Wir wollen aber mit diesem Opportunismus Schluß machen und aus unseren Fehlern lernen. Wir wollen versuchen, den Behinderten zu helfen, ihre Situation entscheidend zu verbessern.

–P.F./F.H., Solingen–

Tausende leerer Wohnungen

München. Es gibt hier zur Zeit mindestens 10 000 Wohnungssuchende, d. h. Menschen, die gar keine Unterkunft haben, oder in Wohnungen hausen müssen, die diese Bezeichnung nicht verdienen.
Gleichzeitig stehen hier tausende von Wohnungen leer, sei es, weil die Wohnungssuchenden die hohen Mieten nicht bezahlen können, oder weil die Hauseigentümer die Wohnungen bewußt nicht vermieten und sie leerstehen lassen, um leichter Abbruchgenehmigungen zu bekommen und anschließlich profitable Büropaläste oder Luxuswohnungen hinzustellen.

Über diesen Zustand gibt es berechtigte Empörung in der Münchner Bevölkerung. Auf Bürgerversammlungen wurde der Stadtrat aufgefordert, die tausenden von leerstehenden Wohnungen zu beschlagnahmen und an Wohnungssuchende zu vermieten. [illegible] dieser Empörung und um ihr die Spitze zu nehmen, hatte der Münchner Stadtrat zum 1.1.72 eine sogenannte Zweckentfremdungsverordnung beschlossen. Darin wird derjenige mit einer Geldstrafe bedroht, der Wohnraum ohne Genehmigung seinem Zweck entfremdet. Daß damit aber nur Sand in die Augen der Bevölkerung gestreut werden soll, ergibt sich aus der Tatsache, daß die SPD-Stadtverwaltung bisher nur 10 Bußgeldbescheide verhängt hat bei tausenden von leerstehenden Wohnungen.
Damit aber nicht genug. Nachdem doch einmal ein Bußgeldbescheid ergangen ist gegen einen Hausbesitzer, der 4 Häuser leerstehen ließ, hat der Richter Albert Weitl vom Amtsgericht München auf den Einspruch des Besitzers, des Pelzkapitalisten Rieger, diesen für Null und nichtig erklärt.
Dieser Richter ist der Meinung, daß das Leerstehenlassen von Wohnungen keine Zweckentfremdung sei, und außerdem der Eigentümer mit seinen Wohnungen "immer noch machen kann was er will, auch ihn zerstören".
Und an anderer Stelle: "Das Eigentum steht noch immer an erster Stelle und nicht die Sozialbindung."
Dies zeigt, daß wir uns im Kampf um bessere Lebensbedingungen weder auf bürgerliche Gerichte noch auf eine sozialdemokratische Stadtverwaltung verlassen dürfen.

–F.R. München–

Der Kampf gegen den § 218 geht weiter

Göttingen. Über 30 Menschen, darunter auch einige Ärzte, haben sich in der "Initiative zur Abschaffung des § 218" zusammengeschlossen. Die Arbeit der Initiative wird vom KBW und vom Kommunistischen Studentenbund Göttingen unterstützt. Während der Dritten Lesung des Abtreibungsparagraphen im Bundestag Ende April hatten wir eine breite Informations- und Aufklärungsarbeit gestartet, und allein während dieser drei Tage auf dem Göttinger Marktplatz über 700 Unterschriften für die Abschaffung des § 218 gesammelt.

Am Freitagabend, als die Fristenlösung im Bundestag bereits durch war, waren ungefähr 80 Menschen zu einer Diskussionsveranstaltung der Initiative gekommen, um über weitere Schritte im Kampf gegen das bestehende Abtreibungsverbot nach den ersten drei Monaten zu diskutieren.
Die lebhafte Diskussion drehte sich – wie schon in der Stadt – vor allem um die Frage: Bedeutet die Fristenlösung nicht praktisch schon eine Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs?
Welche Auswirkungen wird die Fristenlösung in der praktischen Anwendung haben?
Doch, und darüber waren sich viele einig, grundsätzlich ändert sich nach den Bestimmungen der Fristenlösung nichts daran, daß nicht das Volk selbst bestimmt, wieviel Kinder es aufziehen kann und will, sondern der Staat mit Hilfe des Strafrechts. Zum andern haben die Ärztekammern und Krankenhausträger, besonders kirchlicher Krankenhäuser, ihre Ankündigung wahrgemacht, den Schwangerschaftsabbruch zu verweigern. Die Möglichkeit dazu sieht ja die Fristenlösung selbst vor.

Auch in Göttingen ist ein "reger Gebrauch" des "Weigerungsrechts" zu erwarten. Denn alle drei Krankenhäuser mit gynäkologischen Abteilungen haben konfessionelle Träger. Eine telefonische Umfrage bei 18 niedergelassenen Frauenärzten in Göttingen und Umgebung zeigte, daß offiziell keiner dieser Ärzte zum Schwangerschaftsabbruch bereit ist, obwohl, und das ist in Göttingen "Stadtgespräch", einige von ihnen für viel Geld bei "Leuten mit Beziehungen" Abtreibungen vornehmen.

Die Initiative sammelt im Moment Informationen und Erfahrungsberichte von Patienten der entsprechenden Kliniken, um über die Lage einen genaueren Überblick zu bekommen. Diese Materialien werden wir veröffentlichen und unter anderem auf einer Veranstaltung mit möglichst vielen Menschen, dem Klinikpersonal, Ärzten, Betroffenen, Vertretern der bürgerlichen Parteien hier aus dem Stadtrat usw. diskutieren.

Die Unterschriftensammlung haben wir weiter fortgesetzt. Wir haben mittlerweile zirka 1 700 Unterschriften gesammelt. Die Menschen, die unterschrieben, haben sich dafür ausgesprochen – unabhängig, ob die Fristenregelung nun endgültig verabschiedet wird –, weiterzukämpfen für die ersatzlose Streichung des § 218. Dagegen zu kämpfen, daß die Ärzte und Krankenhäuser sich einfach weigern können, Hilfe zu leisten. Wir haben die Forderungen aus dem Programm des KBW dabei weiter verankern können: **Übertragung des Gesundheitswesens an sich selbst verwaltende Krankenkassen, deren Leitung von den versicherten Lohnabhängigen gewählt wird.**

In der Initiative haben wir Klarheit darüber erzielt, daß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nur das Recht auf Abtreibung erkämpft werden kann, es können aber keine Verhältnisse erkämpft werden, in denen der Zwang zur Abtreibung beseitigt ist. Deshalb müssen wir Kommunisten die Menschen, die bereit sind, für das Recht auf Abtreibung zu kämpfen, gewinnen für den Kampf für Verhältnisse, in denen dieses Recht seine praktische Bedeutung verliert.

–C.S., KSB Göttingen

"Quelle" und sein Angebot

WIE DAS VERSANDHAUS QUELLE KÄUFER FÄNGT

Dem letzten Katalog des Versandhauses "Quelle" lag ein Brief an die "lieben Kunden" mit folgendem Inhalt bei:

Die wirtschaftliche Lage ist heute undurchschaubar und überall herrscht Unsicherheit. Deshalb fühlen wir uns verpflichtet, unseren Kunden zu helfen . . .

Wir wissen, daß heute viele Haushaltungen aus Sorge um ihre Zukunft Anschaffungen zurückstellen, die sie schon lange geplant haben. Aber warten bedeutet nicht, daß die Preise zurückgehen. Im Gegenteil . . .

Wir garantieren Ihnen dagegen für alle Waren dieses Katalogs feste Preise für die nächsten 6 Monate . . .

Das sind Vorteile, die Ihnen so schnell nicht wieder begegnen . . .

Und machen Sie sich keine Sorgen. Wenn sich in der Zwischenzeit Ihr Einkommen durch **Kurzarbeit** *oder* **Arbeitslosigkeit** *nennenswert verringern sollte . . . können Sie* **mit der Bezahlung** *so lange* **aussetzen,** *bis sich Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse wieder normalisiert haben . . .*

Sie können also voll und ganz auf Quelle vertrauen. Wer kann mehr für Ihre Sicherheit tun?

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Großversandhaus Quelle

Das ist natürlich eine bodenlose Frechheit, den Leuten weismachen zu wollen, daß die Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage gar nicht so schrecklich ist, wenn sie sich in dieser unsicheren Zeit nur vertrauensvoll unter die Obhut von Europas größtem Versandhaus stellen! Gleichbleibende Preise für volle 6 Monate, welch großartiger Beweis für die unübertroffenen Vorzüge unserer "sozialen Marktwirtschaft"! Das "Glück", unter einer "freiheitlichen Ordnung" leben zu dürfen, fordert zwar Opfer wie Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, aber die Kapitalisten sind ja in ihrem Großmut gern bereit, das Risiko freiwillig zu tragen. Wie verantwortungsvoll!

Nur nicht schüchtern sein, sagen die Quelle-Kapitalisten, nur sorglos kaufen! Wer überlegt, kommt nur auf "dumme" Gedanken: zum Beispiel, daß die Preise in einem halben Jahr mit Sicherheit um so unverschämter steigen werden. Oder die Leute könnten beginnen, die Ursachen der wachsenden Krise im kapitalistischen System selbst zu suchen; in der Produktion für den Profit statt für den Bedarf, wodurch zwangsläufig immer wieder Überproduktionskrisen entstehen, in der Verschärfung der Konkurrenz, die Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit nach sich zieht.

Das scheinheilige Angebot der Quelle ist nichts anderes als der Versuch, trotz schwindenden Realeinkommens der Lohnabhängigen doch noch möglichst viel zu verdienen. Lassen wir uns von den salbungsvollen Sprüchen der Kapitalisten nicht täuschen! Die Last der Krisen trägt immer das Volk, und es liegt im Interesse, die Krise für die Kapitalisten erträglich zu machen.

– Fe., Friedrichshafen –

Frankfurt: Der Kampf gegen den Magistrat

GEGEN DIE FAHRPREISERHÖHUNGEN UND DIE GESAMTE MAGISTRATS-POLITIK

Sechs Tage lang, vom 27.5. bis zum 1.6., war Frankfurt der Schauplatz erbitterter und heftiger Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht. Tausende von Demonstranten, ein großer Teil davon junge Arbeiter, haben sich selbst durch den massiven und brutalen Einsatz der staatlichen Gewaltorgane nicht von der Straße vertreiben lassen. Auf dem Höhepunkt der Kämpfe haben sie die Forderung erhoben: Der Frankfurter Magistrat muß stürzen! Der Kampf für diese Forderung geht weiter.

Die Auseinandersetzungen wurden ausgelöst durch die drastische Erhöhung der Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel durch den Magistrat. Schon bei Bekanntwerden der Tariferhöhung im März war abzusehen, daß diese Maßnahme eine Lunte an das Pulverfaß sozialer Konflikte legen würde, das die Stadt Frankfurt darstellt. Denn die Frankfurter sind die Politik ihrer Stadtväter satt, die ihre Stadt den Banken, Konzernen und Spekulanten ausliefert. Sie haben lange genug erlebt, wie Wohnviertel und Erholungsgebiete durch Bürosilos und Schnellstraßen kaputtgingen. Sie haben die Einbetonierung der Innenstadt erlebt und die Errichtung von teuren Wohnghettos am Stadtrand. Sie haben gesehen, wie als Folge davon die Stadt am Verkehr erstickt und Millionen ausgegeben werden, um dem Verkehr neue Breschen durch Wohnviertel zu schlagen. Sie haben gesehen, wie weitere Millionen dafür draufgehen, daß der Magistrat diese Zustände mit einem großen Reklamerummel über die "menschliche Stadt" zudecken will. Sie haben erlebt, wie der Polizeiapparat aufgerüstet wurde gegen diejenigen, die gegen diese Verhältnisse aufmucken. Sie haben erlebt, wie dieser Polizeiapparat eingesetzt wurde, um ein halbes Stadtviertel abzusperren und in der ganzen Stadt Menschenjagden zu veranstalten, um einem Spekulanten den Abriß von vier Wohnhäusern zu ermöglichen. Viele sind nicht mehr bereit, diese Politik hinzunehmen und auch noch dafür aufzukommen durch ständig steigende Steuern und Tarife für alle möglichen öffentlichen Dienstleistungen. Die Fahrpreiserhöhung mußte das Faß zum Überlaufen brinngen.

Am Samstag, 1.6., demonstrierten über 5 000 auf der Zeil. Im Hintergrund schützt ein verlorenes Häuflein Polizisten einen Wasserwerfer.

Die Ortsgruppe des KBW hat frühzeitig begonnen, den Widerstand gegen die Erhöhung der Verkehrstarife zu sammeln und zu richten gegen den Magistrat und gegen den Anspruch des bürgerlichen Staats, seine Kosten durch dem Volk abgepreßte Steuern, Tarife und Gebühren zu bestreiten. In 9 Stadtteilen bildeten sich Komitees zum Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung, die über die Forderung der Rücknahme der Tariferhöhung hinaus die Forderung aufstellten: Weg mit allen indirekten Steuern. Bestreitung der öffentlichen Ausgaben durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft!
(Zur Vorgeschichte siehe KVZ Nr.11, S.9)

In den Wochen vor Einführung des neuen Tarifs verbreitet sich der Protest. 50 000 Unterschriften werden vom Magistrat genauso ignoriert wie Demonstrationen am 1. Mai, am 11. Mai, am 21. Mai.
Für Montag, den 27. Mai – den ersten Werktag mit der neuen Tarifregelung – heißt die Parole: Nach Betriebsschluß alles auf die Zeil! (Die Zeil ist die Hauptgeschäftsstraße Frankfurts, seit einiger Zeit "Fußgängerzone" und ein Knotenpunkt des Straßenbahnverkehrs mit 14 Linien.) Die Losung: "Die Fahrpreiserhöhung muß fallen – und wenn der Magistrat mitfällt!"

Es kommen mindestens 8 000 Leute. 700 Schüler sind schon am Vormittag aus 7 Schulen auf die Zeil gezogen. Ein kleinerer Demonstrationszug von der Universität wird von der Polizei aufgelöst. Die ganze Innenstadt ist von der Polizei besetzt. Trotzdem werden auf der Zeil und im Innenstadtbereich Kundgebungen und Demonstrationszüge durchgeführt, an denen bis zu 5 000 Menschen teilnehmen.
Die Straßenbahnen stehen still. Obwohl manch einer über die verspätete Heimkehr verärgert ist, solidarisieren sich viele Fahrgäste und ein großer Teil der Passanten. Überall stehen große Diskussionsgruppen. Viele reihen sich in die Umzüge ein. Aufforderungen der Polizei, die Zeil zu räumen und sich "von Demonstranten fernzuhalten" bleiben unbeachtet.
Als es nicht gelingt, Demonstranten und Passanten von der Zeil zu bringen, überfallen die Polizeitruppen zunächst Demonstrationszüge, die sich von der Zeil aus in andere Teile der Innenstadt bewegen. Eine ganze Flotte von Wasserwerfern versprüht Wasser mit dem chemischen Kampfstoff CN in großer Konzentration in die Menschenmengen, in die Kaufhäuser und U-Bahnschächte. Kurze Zeit randalieren Polizeischläger auf der ganzen Länge der Zeil. Die Verhaftungswelle rollt an. Viele werden gezielt zusammengeschlagen, einige schwer verletzt. Ein Teil der Demonstranten wehr sich mit Stühlen und Flaschen. Die Auseinandersetzungen gehen bis zum späten Abend. Viele Polizeibeamte, die ihrem Auftrag äußerst unwillig gegenüberstehen, werden von den Polizeioffizieren in immer neue Einsätze gehetzt. Die Wut der Bevölkerung auf die Polizei ist ungeheuer. Die ständig nachrückenden Verstärkungen werden auf der ganzen Länge der Zeil mit ohrenbetäubenden Pfiffen und Sprechchören begrüßt.

Die ganze Woche hindurch kommt es immer wieder vor, daß einzelne zunächst unbeteiligte Passanten, oft ältere Leute, über die Polizeibrutalität so in Zorn geraten, daß sie auf die Schläger losgehen.

Am nächsten Morgen beginnen die Massenverhaftungen von Flugblattverteilern, die ebenfalls die Woche über fortgehen. 42 werden im Morgengrauen im ganzen Stadtgebiet festgenommen – zum Teil nur, weil sie die Plakette "Weg mit der Fahrpreiserhöhung" tragen, und bis zu 48 Stunden festgehalten.
Am Nachmittag in der Innenstadt sind die Kämpfe noch heftiger, die Polizeiüberfälle noch brutaler. Die Tränengaswolken, die aus der Innenstadt aufsteigen, sind nach Presseberichten noch einige Kilometer weiter spürbar (Frankfurter Rundschau, 29.5.).
Als am Abend über die Fortführung des Kampfes beraten wird, liefern sich auf der Zeil an die 1 000 Jugendliche, vor allem junge Arbeiter, noch heftige Gefechte mit der Polizei.

In diesen Tagen hat sich gezeigt: Der Magistrat wird diese Fahrpreiserhöhung mit Zähnen und Klauen verteidigen. Dieser Magistrat hat noch mehr auf dem Kerbholz als diese Fahrpreiserhöhungen, und der Zorn der Menschen gegen ihn wächst. Die heftigen Polizeieinsätze und die bisherige Hartnäckigkeit des Magistrats machen klar, daß es nicht nur darum geht, gegen diese Fahrpreispreiserhöhung zu kämpfen, sondern daß es darum geht, gegen einen Magistrat zu kämpfen, der immer neue volksfeindliche Maßnahmen beschließt und diese mit Polizeigewalt durchzusetzen versucht. In dieser Situation die Losung "Dieser Magistrat ist reif – Dieser Magistrat muß weg!" aufzustellen, war der richtige Schritt. Dadurch haben wir uns instandgesetzt, die Kämpfe der Massen gegen die Fahrpreiserhöhung weiterzuführen, den Protest auszudehnen und zuzuspitzen auf den politisch Verantwortlichen für die Aufrechterhaltung der ganzen üblen Verhältnisse in dieser Stadt.

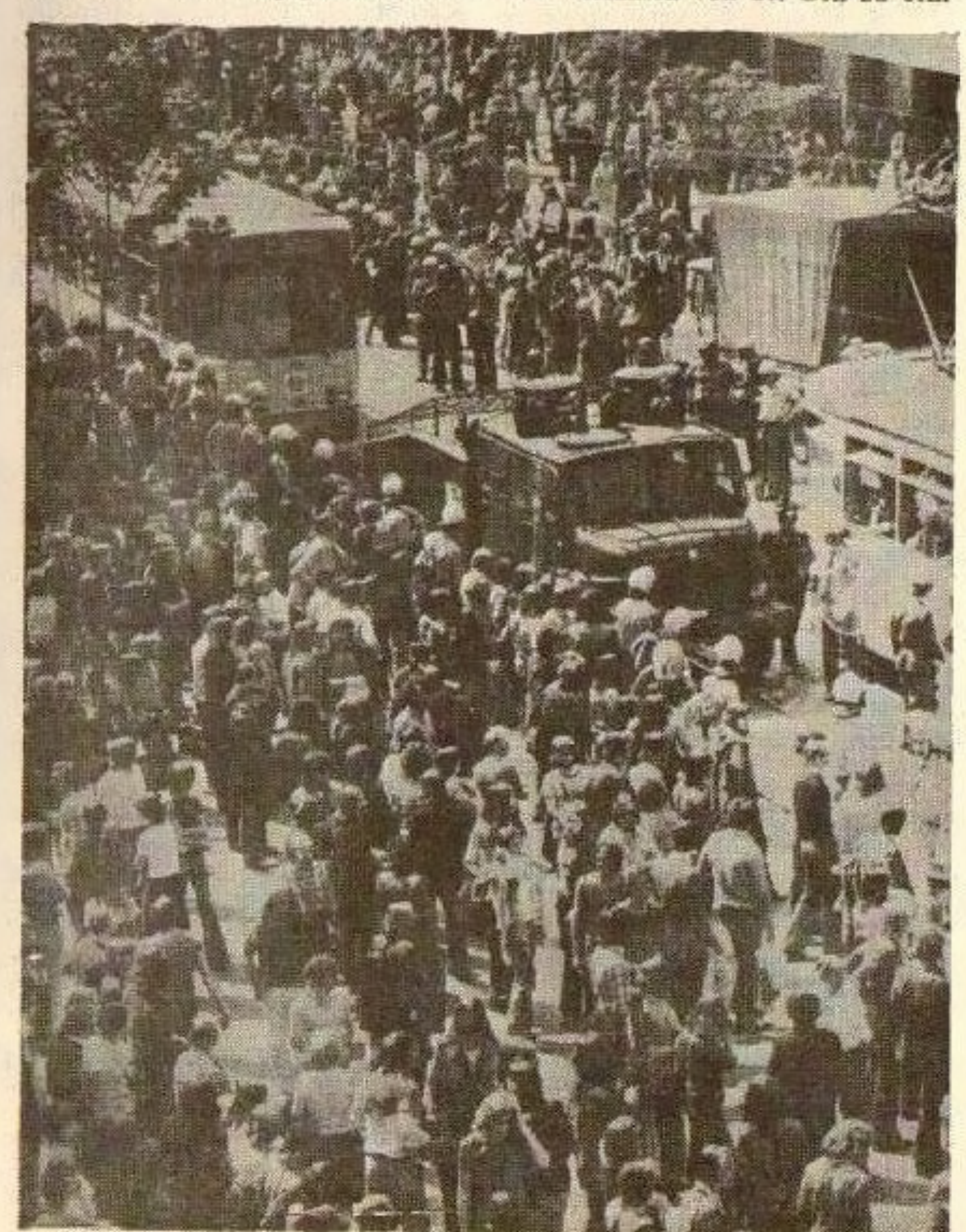
"DIE FORDERUNG VON ALLEN – DER MAGISTRAT MUSS FALLEN"

Ab Mittwoch früh verbreiten unsere Genossen für die Fortführung des Kampfes die Losung: "Dieser Magistrat ist reif – Dieser Magistrat muß weg!" Am Mittwochnachmittag rufen wir ebenso wie einige andere Organisationen zu einer Demonstration gegen den Römer auf. Trotz schwerer Bewachung der Zeil und mehrerer Angriffe auf den Demonstrationszug gelangen 3 000 bis zum Römer. Obwohl der Zug absolut friedlich verläuft, greift die Polizei von vorn und hinten mit Wasserwerfern und motorisierten Kolonnen an, die mitten in

Fortsetzung Seite 10

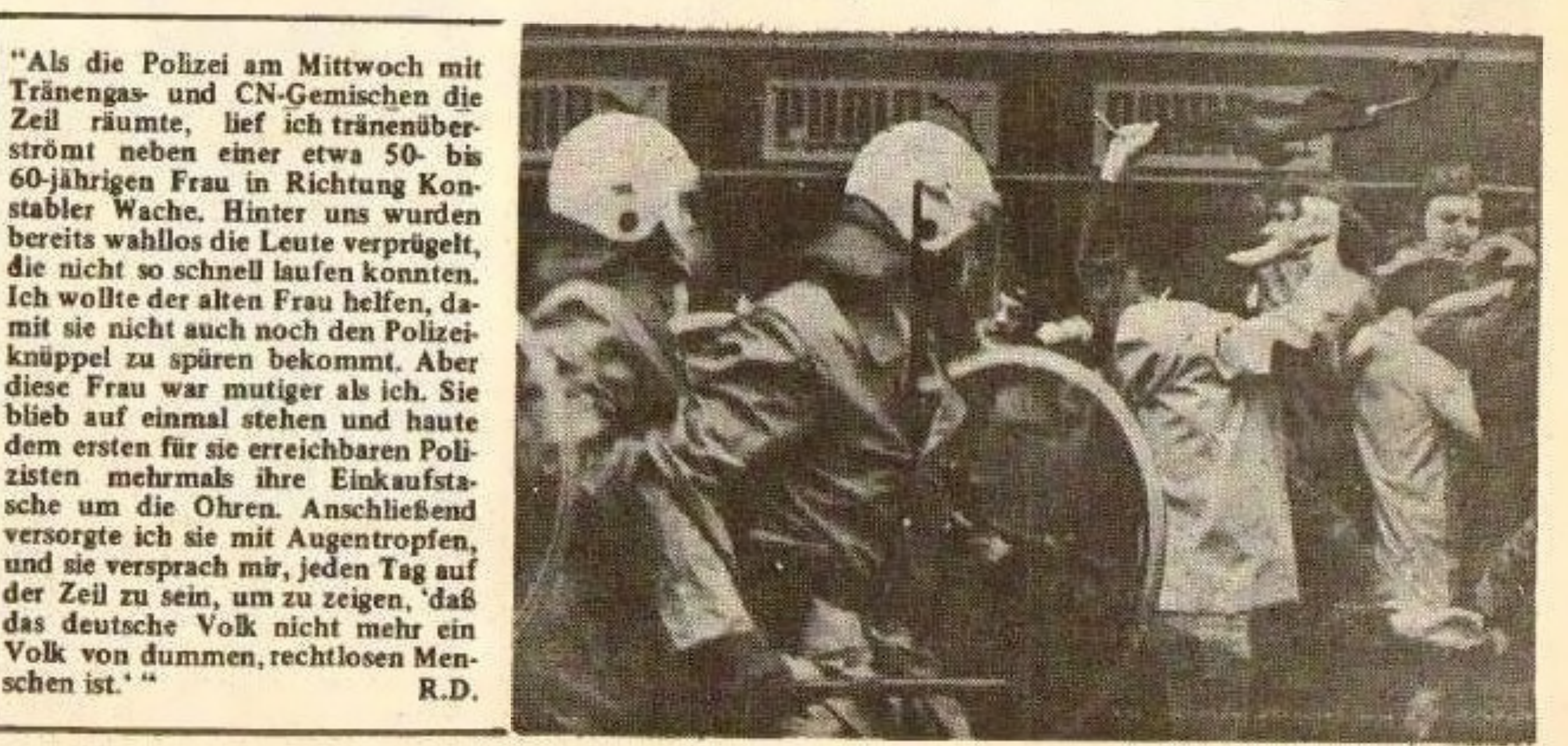


"Aus den Passanten tritt erregt ein Mann hervor. Voller Zorn geht er auf die Polizisten zu, schnappt einen mit beiden Händen am Kragen und schüttelt ihn hin und her: 'Ist das wahr', schreit er, 'daß ihr einen Jungen überfahren habt, ist das wahr, will ich von dir wissen!' Der Polizist stottert, er weiß von nichts. 'Du weißt von nichts? ', ruft der Arbeiter, 'Du gehörst doch dazu! Macht, daß ihr fortkommt!', ruft er den anderen zu, die stumm die Szene beobachtet haben und nicht wagten, einzugreifen. 'Macht, daß ihr abhaut, wir brauchen euch nicht!' " B.J.



Ein Chlorgas-Wasserwerfer blockiert die Straßenbahnen.

"Als die Polizei am Mittwoch mit Tränengas- und CN-Gemischen die Zeil räumte, lief ich tränenüberströmt neben einer etwa 50- bis 60-jährigen Frau in Richtung Konstabler Wache. Hinter uns wurden bereits wahllos die Leute verprügelt, die nicht so schnell laufen konnten. Ich wollte der alten Frau helfen, damit sie nicht auch noch den Polizeiknüppel zu spüren bekommt. Aber diese Frau war mutiger als ich. Sie blieb auf einmal stehen und haute dem ersten für sie erreichbaren Polizisten mehrmals ihre Einkaufstasche um die Ohren. Anschließend versorgte ich sie mit Augentropfen, und sie versprach mir, jeden Tag auf der Zeil zu sein, um zu zeigen, 'daß das deutsche Volk nicht mehr ein Volk von dummen, rechtlosen Menschen ist.' " R.D.





In großen Trauben diskutierten die Frankfurter über die Maßnahmen des Magistrats

"Letzten Mittwoch wollten mich Zivilpolizisten in der Hako-Passage festnehmen. Ich stand gerade in einer großen Diskussionsgruppe. Die Diskussion ging um die schlechten sozialen Verhältnisse in dieser Stadt. Offensichtlich war den Zivilen das ein Dorn im Auge. Sie pöbelten erst einzelne an – eine türkische Arbeiterin beschimpften sie als "dreckige Türkin", einen Rentner als "Sabbergreis", der gefälligst in sein Altersheim abziehen sollte. Als ich sie vor allen Leuten als Spitzel entlarvte, wollten sie mich festnehmen. Aber die Umstehenden waren darüber sehr empört, sie beschimpften die Zivilen ("Schweine", "Mädchenschänder") und gingen mit den Fäusten auf sie los, bis sie mich loslassen mußten und sich völlig verunsichert aus dem Staube machten."

C.O.

Frankfurt: Der Kampf gegen den Magistrat

die Demonstration hineinfahren. Von einem der Wasserwerfer, die die ganzen Tage schon ständig mit hoher Geschwindigkeit in die Menschengruppen hineinfahren, wird auf dem offenen Römerberg (Platz vor dem Römer) der einzeln stehende, fotografierende 17-jährige Schüler Thomas Hytrek überfahren und schwer verletzt. Er ist bis heute bewußtlos und wird mit hoher Wahrscheinlichkeit bleibende Schäden davontragen. Als die zurückströmende Menge diese Nachricht auf die Zeil trägt, breitet sich große Empörung aus. Spontan werden Sprechchöre "Müller-Mörder" laut (Müller heißt der Frankfurter Polizeipräsident). Die Forderung nach



"Am Donnerstag forderte das Stadtschulamt alle Kollegen an Frankfurter Schulen auf, den Schülern mitzuteilen, erstens daß der Schüler Thomas Hytrek nur leicht verletzt sei und zweitens, daß die Teilnahme an solchen Demonstrationen sehr gefährlich sei. Zu diesem Zeitpunkt stand längst fest, daß Thomas Hytrek äußerst schwer verletzt ist. . . . Die Kollegen an meiner Schule empörten sich, daß sie offen zur Verbreitung von Lügen aufgefordert wurden. Viele von ihnen fragten: Was für ein Magistrat ist das, der zu solchen Mitteln greifen muß?"

U.T.

einem Sturz von Arndt und Müller, die von unseren Genossen auf kurzen Kundgebungen propagiert wird, verbreitet sich wie ein Lauffeuer. Daraufhin beginnt die Polizei erst recht Amok zu laufen. Es kommt zu tollwütigen Angriffen mit Kampfgas und Knüppeln auf die dichten Menschenmassen auf der Zeil, in deren Verlauf über 100 verhaftet und verschleppt werden. Jedoch schlägt der Polizeimeute jetzt auch an vielen Stellen entschlossener Widerstand entgegen, vor allem von jugendlichen Arbeitern, die besonders zahlreich gekommen sind. An diesem Mittwochabend beschließen wir, für den Samstag zu einer neuen Demonstration gegen den Römer aufzurufen.

In den nächsten Tagen mobilisiert der Magistrat seine politischen Reserven. Die Pressehetze nimmt zu. Als Bauarbeiter verkleidete Polizeispitzel kündigen spektakuläre Gegendemonstrationen an. Die SPD-Gewerkschaftsführer, Leute wie der DGB-Kreisvorsitzende Willi Reis, zugleich Stadtverordnetenvorsteher, und Armin Claus, DGB-Landesvorsitzender und zugleich SPD-Landtagsabgeordneter, die schon vorher alles getan haben, den Protest abzuwiegeln, leisten ihrer Partei neue Handlangerdienste und hetzen im Namen der "Arbeitnehmer" gegen die "Chaoten". Zugleich werden weitere Polizeitruppen, zum Teil aus anderen Bundesländern, herangekarrt. Ein Kollege beobachtet 300 "Zivilisten" unter Führung eines höheren Dienstgrades des Bundesgrenzschutz, die aus einem Münchener Zug steigen. In der Stadt wimmelt es von zivil getarnten "Sonderkommandos", die in größeren Gruppen, zum Teil in Rockermontur und kaum verdeckter schwerer Bewaffnung umherstolzieren, sich einzelne herausgreifen, zusammenschlagen, abführen. Die Verhaftungen und Einschüchterungen zeigen ihre Wirkung. Am Donnerstag und Freitag sind die Aktivitäten auf der Zeil deutlich geringer geworden. Trotzdem kann die Polizei die Straße nicht erobern. Immer von neuem werden Kundgebungen, Demonstrationen, kurze Blockaden organisiert. Jeder sieht, daß der Kampf weitergeht. Trotz dauernder Knüppeleien und Verhaftungen agitieren wir weiter morgens im Berufsverkehr und nachmittags in den Stadtteilen und auf der Zeil auf die Demonstration am Samstag hin.

Am Vorabend dieser Demonstration hat R. Arndt erklärt, er werde "dem Spuk ein Ende machen". Die Demonstration wurde verboten. Der Magistrat wollte sich mit aller Gewalt durchsetzen. Die Entscheidung stand bevor, ob wir im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung und für den Fall des Magistrats den Höhepunkt erreichen und die Kämpfe fortsetzen können oder ob wir diese Ziele nicht erreichen und in anderen Formen den Kampf fortführen müssen. Einschüchterungen und Drohungen zum Trotz versammeln sich mindestens 5 000 bis 6 000 Demonstranten und auffallend viele ältere Leute, die mit unserer Sache sympathisieren, auf der Zeil. Auf Initiative des KBW beginnt um 11.30 Uhr eine Demonstration, die rasch auf 1 500 Teilnehmer anwächst. Die Polizei ist überrascht und zögert. Nach einer ersten kurzen Kundgebung ergreifen wir energisch die Initiative. Es schließen sich immer mehr Menschen an, bald sind es 3 000. Weniger Leute stehen noch ängstlich abseits. Immer lauter und siegessicherer wird der Ruf: "Gemeinsam kämpfen, gemeinsam siegen – der Magistrat wird unterliegen!"
Die Polizei sieht sich von einer riesigen Menschenmenge umstellt und wagt nicht anzugreifen. Sie beschränkt sich darauf, mit klarem Wasser aus den Wasserwerfern herumzuspritzen und damit alle 10 Minuten eine Bahn durchzulotsen. Gegen 13 Uhr ist der Zug auf 5 000 Teilnehmer angeschwollen, der die ganze Breite der Zeil einnimmt. Die Straßenränder sind schwarz von Menschen. Während die Polizei verzweifelte Ausfälle macht und dabei mehrmals zurückgeschlagen wird, wird der Ruf immer lauter und entschlossener: "Dieser Magistrat ist reif – Dieser Magistrat muß weg!"
Etwa um 13.30 Uhr, nachdem gut zwei Stunden lang immer neue Demonstrationszüge und Zwischenkundgebungen stattgefunden haben, hält der Sekretär der Ortsgruppe aus einer dichtgedrängten Menschenmenge heraus einen abschließenden Kundgebungsbeitrag. Die Polizei versucht durch einen gezielten Angriff den Redner und die Lautsprecheranlage zu erwischen. Doch die dichte Menschenmenge läßt sich nicht auseinandertreiben, und die Polizei muß den wütend auf sie vorrückenden Ketten von Demonstranten weichen. Obwohl sich die Uniformierten später noch durch Überfälle auf einzelne Diskussionsgruppen und mit gezielten Verhaftungen rächen, ist es so, daß am Samstag die Massenbewegung einen politischen Sieg errungen hat, insofern sie sich die Straße hat erkämpfen können gegen den Magistrat dieser Stadt. Ihre Ziele, Fall der Fahrpreiserhöhung und Sturz des Magistrats, hat sie aber nicht erreicht. Der Magistrat hat die Bewegung nicht zerschlagen können, hat sich aber halten können. Offenbar ist die Situation so, daß beide Seiten ihr Ziel nicht erreicht haben und beide nicht so weiter können wie bisher. Daraus folgt auch, daß der Kampf nicht auf dem selben Feld, der Zeil, und mit den gleichen Kräften fortgeführt werden kann. Bereits mehr als 10 000 waren in diesen Tagen auf der Zeil aktiv. Es ist aber nicht hinreichend gelungen, die verbreitete Empörung in Aktivitäten der Menschen umzusetzen, denn 50 000 haben die Resolution gegen die Tariferhöhung unterschrieben, viele haben in Diskussionen ihre Unterstützung der Kämpfe ausgedrückt.



In verschiedenen Städten der BRD – hier in Worms – informierte der KBW mit Ständen über die Ereignisse in Frankfurt. In einigen Städten fanden Solidaritätsdemonstrationen statt.

Es war richtig, die Zeil als zentralen Ort für die Demonstration zu wählen. Woanders als in dieser Fußgängerzone wären sie in dieser Form gar nicht möglich gewesen. Ganz Frankfurt hat in diesen Tagen auf die Zeil geblickt. Ständig sind neue Kräfte dorthin geströmt, um sich am Kampf zu beteiligen – auch noch, als ein Teil derjenigen, die zu Anfang dabei waren, eingeschüchtert weggeblieben ist. Gefehlt hat aber der organisierte Meinungskampf in den Stadtteilen und Betrieben. Die Komitees, welche die politische Vorbereitung der Kämpfe weitgehend getragen haben, sind in den Auseinandersetzungen aufgegangen. Der Einfluß der Kommunisten in den Frankfurter Betrieben ist noch äußerst schwach. Unsere wenigen Zellen und Genossen sind selten in der richtigen Weise hervorgetreten. So gab es keine geschlossenen Aktionen in den Betrieben oder aus den Betrieben heraus. Sozialdemokratische Betriebsräte konnten sich noch unwidersprochen als Wortführer der Belegschaften aufspielen.

Die Massen in den Betrieben und in den Stadtteilen konnten weitgehend aus dem Kampf herausgehalten werden – das war die entscheidende Schwäche des Kampfes.

Trotzdem ist die Rebellion stärker geworden und die Kräfte der Unterdrückung sind geschwächt. Daß der Magistrat nicht unbeschädigt davongekommen ist, zeigt sich schon daran, daß die bürgerlichen Parteien im Stadtparlament beginnen, sich zu zerstreiten, daß Polizeipräsident Müller schon in die Schußlinie von Teilen der Presse und Teilen seiner eigenen Partei gerät. Viele Menschen haben in der letzten Woche ein klareres Bild vom Magistrat und seiner Politik bekommen. Die Losung des Sturzes dieser Herren hat sich verbreitet. Deshalb müssen wir an ihr festhalten.

Deshalb ist es möglich und notwendig, ausgehend von den zahlreichen Konflikten und der Empörung über die elenden sozialen Verhältnisse, die Basis dieses Kampfes zu verbreitern und ihm eine einheitliche politische Stoßrichtung gegen diesen Magistrat zu geben. Zu diesem Zweck bereitet die Ortsgruppe die Woche über Veranstaltungen am Freitag und Demonstrationen am Samstag in den Stadtteilen vor, die einheitlich unter der Losung gegen den Magistrat und zum gleichen Zeitpunkt durchgeführt werden sollen. Obwohl unsere Agitation auf große Aufmerksamkeit stößt, arbeitet die Ortsgruppe in dieser Woche nicht gut. Die Genossen sind ermüdet, attackieren den angeschlagenen politischen Gegner nicht unermüdlich weiter und gewinnen so nicht neue Menschen auf der Grundlage ihrer Erfahrungen für diesen nächsten Schritt. Die Korrektur unseres Fehlers erfolgt nur unzureichend. So sind wir auf die neue Auseinandersetzung ungenügend vorbereitet.
Am Freitag verbietet der Magistrat die in vier Stadtteilen angemeldeten Demonstrationen. In der Begründung heißt es, der KBW sei in der letzten Woche "als Hauptorganisator der Gewalttätigkeiten aufgetreten". Auch eine Demonstration italienischer Genossen gegen die faschistischen Umtriebe und eine Kundgebung des Häuserrats wurden verboten. Offenbar will der Magistrat ein totales Verbot von Demonstrationen und Kundgebungen in dieser Stadt durchsetzen, jede Regung des Protestes, die sich gegen ihn richtet, unterdrücken. Offenbar will der Magistrat, um seine Existenz und Herrschaft zu verteidigen, die sozialen Widersprüche dieser Stadt in Ketten legen und ihre Austragung unterdrücken. Diese sozialen Widersprüche lassen sich aber nicht in Ketten legen. Es wird unsere Aufgabe sein, dem Volksprotest solch klare Richtung zu geben und ihm eine solche Stoßkraft zu verleihen, daß das Volk sich gegenüber diesen Gewaltmaßnahmen des Magistrats behaupten und durchsetzen kann.
Diesen Samstag ist es dem Magistrat gelungen, die Demonstrationen in den Stadtteilen durch den gezielten Einsatz von Polizeitrupps und zahlreiche Verhaftungen gewaltsam zu unterbinden. Politisch möglich ist ihm dies dadurch geworden, daß die Ortsgruppe nur unzureichend in den Meinungskampf in den Betrieben und Stadtteilen eingegriffen hat, die Empörung über die volksfeindliche Politik des Magistrats geschürt und sie auf die nächsten politischen Schritte, den Fall dieses Magistrats zu organisieren, gerichtet hat. Die Ortsgruppe wird die Erfahrungen der Kämpfe der letzten Woche untersuchen und an die Korrektur dieser Fehler gehen. Diese Fehler sind korrigierbar.

–Ortsgruppe Frankfurt –

200 Soldaten in Zivil für Frankfurter Demonstration abgestellt

Letzten Freitag nahm mich ein bei einer Luftwaffeneinheit in der Nähe von Frankfurt stationierter Soldat, der gerade nach Hause fuhr, ein Stück mit und erzählte mir dabei folgendes:
Vergangene Woche seien etwa 200 Mann seiner Einheit nach der regulären Dienstzeit **in Zivil und mit P 1 (Pistole) bewaffnet** (!) auf der Zeil eingesetzt worden. Der größere Teil hielt sich dabei außerhalb der "Hauptkampfzone", ein kleinerer Teil wurde aber direkt hinter den Polizisten postiert. Der Einsatzbefehl wurde folgendermaßen begründet: Es sei möglich, daß sich Soldaten in Uniform an der Demonstration beteiligen. Der Auftrag der 200 sei es, diese Soldaten aus der Menge herauszuschlagen und festzunehmen.
Der Soldat sagte zu mir: "Ich habe bloß darauf gewartet, daß die uns bei so etwas einsetzen, um für die Polizei einzuspringen; dann können sie aber was erleben!" (Sinngemäß)
Ich bin der Meinung, dieser Vorfall ist unerhört. Er gilt, da die Polizei das viel besser ("legaler") kann und die Bundeswehr dazu nicht ermächtigt ist, nicht der Zerschlagung der Demonstration, sondern dieser Einsatz wendet sich direkt gegen die Soldaten in der Bundeswehr. Er soll den Soldaten klarmachen, daß die Bundeswehr jetzt und im Ernstfall die schrankenlose politische Macht über sie hat.
Mit ihrer Aggressivität genau an diesem Punkt zeigt die Bundeswehr selbst, daß die Forderung "Abschaffung des stehenden Heeres, Einrichtung einer Volksmiliz!", die schon Karl Marx aufgestellt hat, ihren Charakter als Armee aus dem Volk – gegen das Volk bloßlegt. Eine Politik, die sich auf diese Forderung gründet, trifft somit die Bundeswehr an ihrer empfindlichsten Stelle. Denn die Bundeswehr muß ihre Soldaten aus dem Volk rekrutieren; wenn sie ihnen die Zähne zeigt, kann sie die Soldaten vorläufig einschüchtern. Sie kann aber nicht verhindern, daß man daran das Raubtier erkennt.

– R.L., Freiburg –

"Ich fragte einige junge Polizisten, ob sie ihr Leben lang mit diesen grünen Klamotten rumlaufen wollten. Einer sagte: "Nein, und Gottseidank haben wir auch Kündigungsrecht." Er wüßte auch gar nicht, wen er hier schützen solle, die Leute seien ja alle gegen die Polizei. Nicht nur hier sei die Situation miserabel, fuhr er fort, sondern auch in ihren Dienststellen. Sie würden von ihren Vorgesetzten miserabel behandelt, sie wären völlig rechtlos." L.J.

Tränengas ist eine Waffe!

Der Einsatz von Tränengas (Chloracetophenon = CN) sowohl in Form der Sprays als auch als Zusatz in den Wasserwerfern war so massiv wie noch nie in Frankfurt: Sanitätsdienste mußten hunderte von Augenspülungen vornehmen, einige Leute mußten in die Augenklinik gebracht werden, andere klagten noch Tage später über Sehstörungen, Hautausschläge, Unwohlsein usw.
"Chloracetophenon (CN) gehört zu der Gruppe der chemischen Kampfstoffe. Bereits in kleinsten Konzentrationen löst es heftige Augenschmerzen und Tränenfluß aus, in stärkeren Konzentrationen wirkt es wie Chlorgas. Die Therapie entspricht der einer Chlorvergiftung." (Aus: Mutschler, Arzneimittelwirkungen, einem Standardwerk der Pharmakologie!)
"CN ruft schon in kleinsten Spuren starke Reizerscheinungen hervor, so daß die betreffenden Leute handlungsunfähig sind. In stärkeren Konzentrationen wirkt es als Lungenreizgift. Tödliche Fälle sind selten, kommen aber vor." (Aus: Moeschlin, Klinik und Therapie der Vergiftungen)

Der Kampf der Trierer Studenten

Trier. Die Trierer Studenten kämpfen seit nunmehr fast 2 Jahren für ihr Recht, sich einen Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) und ein Studentenparlament (StuPa) wählen zu können. Ähnlich wie in den übrigen Bundesländern versucht das Kultusministerium, den Studenten das Recht, sich wirkungsvolle Vertretungsorgane zu schaffen, vorzuenthalten. Die Absichten des Kultusministeriums werden dadurch begünstigt, daß die Trierer Studentenschaft seit mehr als 2 Jahren überhaupt keine Vertretungsorgane mehr besitzt. Das StuPa und der AStA fielen im Wintersemester 1971/72 auseinander. Neuwahlen wurden aber weder vom alten, noch von dem dann für eine Zeitlang eingesetzten kommissarischen AStA ausgeschrieben.

Seitdem geht der Kampf der Studenten darum, Wahlen zum Studentenparlament abhalten zu können. Dazu hat das Wahlbündnis Demokraten/Sozialisten – Rote Hilfe eine Wahlordnung vorgelegt. Diese Wahlordnung hat in einer Urabstimmung im Januar dieses Jahres das Votum der Trierer Studentenschaft erhalten. Trotzdem weigert sich das Kultusministerium, die Wahlordnung zu genehmigen. Darum und um den Kampf der Studenten für ihre Rechte offen vor der Bevölkerung zu führen, fand am 22. Mai auf Vorschlag des Wahlbündnises Demokraten/Sozialisten – Rote Hilfe eine Demonstration durch die Trierer Innenstadt statt. An der Demonstration beteiligten sich etwa 200 Studenten (von 1 600 eingeschriebenen Studenten) unter den Parolen:

Sofortige Genehmigung der Wahlordnung;

Für das politische Mandat des AStA;

Weg mit der Genehmigungspflicht für Satzung und Wahlordnung durch das Kultusministerium!

Am Ende der Demonstration wurde eine Kundgebung abgehalten, auf welcher der Bevölkerung erklärt wurde, warum der Kampf der Studenten für den AStA und für das politische Mandat des AStA gerecht ist und warum das Kultusministerium die Studenten an der Wahrnehmung dieser Rechte hindert. Dem Kultusministerium wurde ein Ultimatum gesetzt, die Wahlordnung bis zum 29. Mai zu genehmigen. Diesem Ultimatum ist das Kultusministerium aber nicht nahgekommen.

Darum werden wir unsere Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen und uns am 19./20. Juni ein Studentenparlament wählen. Die Unileitung hat schon angedroht, daß sie es nicht zulassen wird, daß diese Wahlen an der Universität abgehalten werden. Diese Drohung wird die Trierer Studenten aber nicht davon abhalten, sich ihre Vertretungsorgane zu wählen!

Wahlbündnis Demokraten/Sozialisten – Rote Hilfe (Studentengruppe der Sympathisantengruppe des KBW Trier)



Trotz Drohung der Unileitung werden sich die Trierer Studenten nicht davon abhalten lassen, sich ihre Vertretungsorgane zu wählen.

Tulla-Gymnasium

"EIN STARKES ANLIEGEN IST IHM DIE KRITIK"

Mannheim. Die politische Disziplinierung und Unterdrückung von Lehrern und Schülern hat in den letzten Wochen am Tulla-Gymnasium in Mannheim einen Höhepunkt erreichte: Der Lehrer G. Waltz soll versetzt, der Lehrer J. Daum entlassen werden, die Pressionen gegen fortschrittliche Schüler wie Evi Kreichgauer (siehe KVZ Nr.11) häufen sich.

Angesichts dieser Lage hat sich eine "Initiativgruppe gegen politische Disziplinierung am Tulla-Gymnasium" gebildet, die aus Eltern, Schülern und Lehrern besteht. Diese Initiativgruppe hat als erstes durch ein Flugblatt und ein Informationsblatt, das Dokumente über die politische Disziplinierung vor allem des Lehrers Daum enthält, die Öffentlichkeit über die Vorgänge an der Schule hergestellt.

Der Lehrer Daum wurde seit Jahren überwacht und kontrolliert, die Behandlung der Unterrichtslektüre "Jan Myrdal: China, die Revolution geht weiter" brachte ihm Verfolgungen ein, die bis zum Verhör, in welcher Buchhandlung er das Buch für die Schüler besorgt habe, durch das Oberschulamt gesteigert wurden; Unterrichtsbesuche, die Kontrolle aller Klassenarbeitshefte im Fach Deutsch durch das Oberschulamt Karlsruhe dienten dazu, seine Anstellung als Studienrat hinauszuzögern (er ist im fünften Dienstjahr Assessor = Beamter auf Probe) und nach Entlassungsgründen zu suchen.

Nun wirft ihm das Oberschulamt seine Tätigkeit für das Mannheimer Berufsverbotekomitee vor, wobei es sich auf ein Flugblatt des Komitees stützt, das die GEW-Führung zum Anlaß für den Ausschluß von Daum aus der GEW nahm. Er wird beschuldigt, durch den Leserbrief der sieben Tulla-Lehrer zum Fall Güde und die Presseerklärung zum GEW-Ausschluß (beides siehe KVZ Nr.5/74) gegen die Beamtenpflichten verstoßen zu haben.

Schon seit Jahren hatten sich Eltern und Schüler in Erklärungen hinter seinen Unterricht gestellt, über den der Direktor im Dienstzeugnis vom 27.3.1974 schreibt:

"Ein starkes Anliegen ist ihm die Kritik an bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Diese Kritik ist auch in seinem Unterricht für jeden Teilnehmer sofort zu spüren. Da ein Teil der Schüler diese Geisteshaltung aufgreift und zurückspiegelt, ist die Unterrichtsatmosphäre nach meiner Ansicht meist freudlos und pessimistisch."

Mit dieser Ansicht steht der Direktor allein da, aber er hat wohl Grund dazu.

Die Initiativgruppe hat die Direktion und das Oberschulamt aufgefordert, zu einer Versammlung der Schulöffentlichkeit am 14.6.1974 zu erscheinen und Rede und Antwort zu stehen.

"Schüler und Eltern haben ein berechtigtes und notwendiges Interesse, zu erfahren, was an der Schule vorgeht. Welche Lehrer den Schülern vorgesetzt werden und welche entfernt werden; was die Schüler lernen und wie sie behandelt werden: das sind Entscheidungen, die die Betroffenen (Schüler und Eltern) selbst treffen sollen.

Ein demokratisches Bildungswesen muß zu allererst ein für die Kontrolle durch die betroffene Bevölkerung offenes Bildungswesen sein. Nur die volle Meinungsfreiheit für alle ist der Boden, auf dem demokratische Entscheidungen getroffen werden können." (Informationsblatt)

Auf dieser Linie sammelt die Initiativgruppe Eltern, Schüler und Lehrer im Kampf um ihre Forderungen um sich und wird die nötigen Kampfmaßnahmen ergreifen.

Sie fordert die Rücknahme der Versetzungsverfügung gegen den Lehrer Waltz, die Weiterbeschäftigung des Lehrers Daum und freie Meinungsäußerung und freie politische Betätigung an der Schule. Für diese Forderungen führt sie bereits eine Unterschriftensammlung durch. –djm–

Gegen schlechtere Studienbedingungen

Am 30. Mai demonstrierten in Düsseldorf etwa 5 000 Studenten aus vielen Städten Nordrhein-Westfalens gegen die Verschlechterung ihrer Studienbedingungen und ihre Festlegung in den Länderhochschulgesetzen und dem Hochschulrahmengesetz.

Recht auf die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit und politische Organisierung an den Hochschulen, die uneingeschränkte Versammlungs- und Informationsfreiheit an der Hochschule, das Recht, ihre Prüfer, Prüfungsthemen und Prüfungsformen

de durch das laute Abspielen von Musik seitens des MSB Spartakus erheblich gestört.
Dennoch gelang es, eine Solidaritätsadresse mit der Zustimmung von etwa 300 Menschen zu verabschieden.
G.

auf ein Flugblatt des Komitees stützt, das die GEW-Führung zum Anlaß für den Ausschluß von Daum aus der GEW nahm. Er wird beschuldigt, durch den Leserbrief der sieben Tulla-Lehrer zum Fall Güde und die Presseerklärung zum GEW-Ausschluß (beides siehe KVZ Nr.5/74) gegen die Beamtenpflichten verstoßen zu haben.
Schon seit Jahren hatten sich Eltern

im Kampf um ihre Forderungen um sich und wird die nötigen Kampfmaßnahmen ergreifen.
Sie fordert die Rücknahme der Versetzungsverfügung gegen den Lehrer Waltz, die Weiterbeschäftigung des Lehrers Daum und freie Meinungsäußerung und freie politische Betätigung an der Schule. Für diese Forderungen führt sie bereits eine Unterschriftensammlung durch. –djm–

Gegen schlechtere Studienbedingungen

Am 30. Mai demonstrierten in Düsseldorf etwa 5 000 Studenten aus vielen Städten Nordrhein-Westfalens gegen die Verschlechterung ihrer Studienbedingungen und ihre Festlegung in den Länderhochschulgesetzen und dem Hochschulrahmengesetz.

Zu dieser Demonstration lagen zwei Aufrufe vor. Der Aufruf des VDS (Verband Deutscher Studentenschaften an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen) und der Allgemeinen Studentenausschüsse, die von Mitgliedern und Sympathisanten der DKP getragen werden, und der Aufruf des Verbandes der Studentenschaften an Fachhochschulen und Höheren Fachschulen in Nordrhein-Westfalen (VIS) und in der Bundesrepublik und Westberlin (SVI), sowie der Vollversammlung der Köln-Deutzer Fachhochschulstudenten.

In einem Flugblatt des VIS/SVI, das an die Bevölkerung verteilt wurde, wiesen die Studenten auf das Ziel der Hochschulreform hin. Es heißt dort u.a.: *"Mit Hilfe der Verschärfungen von Prüfungen sollen die Studenten nicht nur entsprechend dem Bedarf des Arbeitsmarktes rausgeprüft werden, mittels der Vervielfachung des Lehrstoffes und der Verschärfung der Prüfungen soll auch erreicht werden, daß die Studenten sich nur noch ihrem bürgerlichen Studium selbst widmen und keine Zeit mehr haben, die Lehrinhalte zu hinterfragen und sich politisch zu betätigen."*

Weiterhin machten die Studenten klar, daß sie sich gegen alle diese Maßnahmen, die noch durch andere reaktionäre Bestimmungen wie z.B. das Ordnungsrecht ergänzt werden, wehren werden, indem sie sich ihre Rechte nehmen, so zum Beispiel das Recht auf die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit und politische Organisierung an den Hochschulen, die uneingeschränkte Versammlungs- und Informationsfreiheit an der Hochschule, das Recht, ihre Prüfer, Prüfungsthemen und Prüfungsformen frei zu wählen, das Recht auf Öffentlichkeit aller Prüfungsangelegenheiten, das Recht auf freien Zugang zu allen Studienveranstaltungen.

Auf der Abschlußkundgebung legten die Vertreter des VDS und des SVI noch einmal ihre unterschiedlichen Standpunkte dar. Trat der VDS-Vertreter für die Mitbestimmung als Perspektive im Kampf gegen die Hochschulreform und für die Verwirklichung der reaktionären Thesen des DGB-Bundesvorstandes zur Hochschulreform ein, so machte der Vertreter des VIS/SVI demgegenüber deutlich, daß es darauf ankommt, den Kampf der Studenten um ihre Rechte zu unterstützen und sie gegen über dem bürgerlichen Staat konsequent zu vertreten.

Anzumerken ist noch, daß es die Vertreter der DKP und ihrer Studentenorganisation, des MSB Spartakus, nicht versäumten, unter den Buh-Rufen und Pfiffen vieler Beteiligter den Kampf der Frankfurter Bevölkerung gegen Fahrpreiserhöhungen und den Magistrat als "Provokation der Chaoten" zu diffamieren. Vielmehr hinderten sie einen Vertreter des SVI daran, zu diesem Problem noch einmal Stellung zu nehmen. Daher versuchten die Vertreter des SVI im Anschluß an die Abschlußkundgebung über eine eigene Anlage zu Wort zu kommen, um eine Solidaritätskundgebung mit der Frankfurter Bevölkerung abzuhalten. Dieser Versuch wurde durch das laute Abspielen von Musik seitens des MSB Spartakus erheblich gestört.

Dennoch gelang es, eine Solidaritätsadresse mit der Zustimmung von etwa 300 Menschen zu verabschieden.

G.

Wiesbaden/Mainz/Frankfurt 25. Mai. Für die Rechte der ausländischen Kinder auf Ausbildung in der Heimatsprache und auf zweisprachige Integrationsklassen demonstrierten über tausdend italienische Eltern mit ihren Kindern, sowie andere ausländische und deutsche Kollegen. Vor den Kultusministerien in Mainz und Wiesbaden forderten sie die Kultusminister auf, herauszukommen, was diese ablehnten.

Antwort an das Oberschulamt

DER LEHRER FRITZ GÜDE BEZIEHT ERNEUT STELLUNG / DAS OBERSCHULAMT DEHNT ERMITTLUNGEN AUS

"29. Mai 1974

An das Oberschulamt Karlsruhe

Betrifft: Stellungnahme auf Ihre Schreiben vom 7. und 25. März 1974

1. Das Oberschulamt Karlsruhe hat seine gegen mich angestrengten Ermittlungen darauf ausgedehnt, daß ich über diese Ermittlungen und über die an mich gestellten Fragen die Öffentlichkeit informiert habe. Das Oberschulamt hält die Tatsache, daß dadurch sein Vorgehen dem Licht der Öffentlichkeit ausgesetzt wurde, für ein "weiteres Dienstvergehen" und für eine weitere Verletzung der Beamtenpflichten durch mich. Ich kann dazu nur erneut erklären, daß ich es geradezu für die Pflicht jedes demokratischen Beamten halte, dem Volk als dem wahren Träger der politischen Souveränität Einblick in das Treiben der Behörden zu verschaffen, die ja angeblich in seinem Auftrag handeln.

2. Wie dringend erforderlich die öffentliche Kontrolle der Behördenhandlungen ist, dafür liefert das Oberschulamt Karlsruhe im selben Schreiben den Beleg. Nach über 2 Jahren wirft mir die Behörde die Veröffentlichung einer Broschüre vor, die ich im Auftrag der Fachgruppe Gymnasien der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft verantwortlich herausgegeben habe. Thema der Broschüre war das Vorgehen des Oberschulamtes gegen den Kollegen Topp, der wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit aus dem Schuldienst entlassen wurde. Das Oberschulamt hatte von dieser Broschüre spätestens Kenntnis erhalten, als sie beim Verwaltungsgericht Mannheim in einem bereits früher gegen den Kollegen Topp anhängigen Disziplinarverfahren als Beweismittel verwendet wurde.

Heute, wo die Behörde aus anderen Gründen Material gegen mich sucht, wird dieser 2 Jahre zurückliegende Vorgang aufgegriffen. Nun gehört nach der von den Behörden häufig vorgetragenen Theorie zum Rechtsstaat die Berechenbarkeit der Behördenverhandlungen. Von Berechenbarkeit aber kann keine Rede sein, wenn eine Behörde eine Handlung nicht dann aufgreift, wenn sie geschieht, sondern Jahre danach, wenn sie Argumente für ein Disziplinarverfahren sucht. Schutz gegen Behördenwillkür ist also offenbar nicht in dem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit zu suchen, sondern nur darin, die Unberechenbarkeit von Behördenhandlungen zum Gegenstand des öffentlichen Urteils zu machen.

3. In seinem Bestreben, einen Mantel des Schweigens über seine Handlungen zu breiten, versteigt sich das Oberschulamt Karlsruhe bis dahin, daß es mir vorwirft, das Kündigungsschreiben an den Kollegen Topp veröffentlicht zu haben.

Offenbar soll selbst über das Bestehen des "besonderen Dienstverhältnisses" hinaus und nachdem dieses Verhältnis von den Behörden gekündigt wurde, eine Verschwiegenheitspflicht über den Vorgang der Entlassung bestehen. Eine solche Ausdehnung der Verschwiegenheitsverpflichtung mag zwar den Träumen der Behördenleiter entsprechen. Für das Volk sind derartige Vorstellungen ein Alptraum. Die Schulen sind eine Angelegenheit der Öffentlichkeit. Sie stehen daher in umfassender Weise in öffentlichem Interesse und sind zweifellos zu wichtig, um die Schulbehörden, die ihre Handlungen zu verbergen versuchen, darüber frei schalten und walten zu lassen. Das allermindeste, worauf das Volk bestehen muß, ist die unbedingte Öffentlichkeit der Behördenhandlungen, um überhaupt überprüfen zu können, was die Beamten in seinem Namen tun.

4. Die Vorermittlungen wegen der von mir verantworteten Topp-Broschüre sind darüberhinaus ein massiver Angriff auf die Koalitionsfreiheit. Wenn im öffentlichen Dienst ein Kollege von seinem Dienstherrn angegriffen und mit Kündigung bedroht wird, ist es die selbstverständliche Pflicht der Gewerkschaft, für ihn einzutreten. Dazu ist die Verbreitung von Informationen unter den Kollegen über das Vorgehen der Behörden unabdingbar. Und genau das habe ich als gewählter Funktionär der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft getan.

Wieder mag das Oberschulamt wünschen, daß es gar keine Gewerkschaftsarbeit in seinem Bereich gebe: Durchkommen wird es mit solchen Wünschen nicht. Ich bin sicher, daß das Oberschulamt mit seinem Vorgehen der Empörung unter den Lehrern über die Beschneidung ihrer Rechte als Lohnabhängige weitere Nahrung gegeben hat.

5. Das Oberschulamt wirft mir vor, durch meine Anwesenheit bei einer Veranstaltung des "Komitees gegen politische Entrechtung Karlsruhe" gegen meine Beamtenpflichten verstoßen zu haben.

Das Oberschulamt unternimmt damit offenbar den Versuch, nicht nur die Meinungsfreiheit der Beamten, sondern schon das Recht auf freie Information unter seine Zensur zu stellen. Aus dem Besuch einer Versammlung läßt sich höchstens auf eine Gesinnung schließen, nicht aber auf eine Handlung. Die Gesinnung aber, so ist es ansonsten von der Behörde zu hören, sei frei. Nun wird vom Oberschulamt Karlsruhe klargestellt, daß sich auch die Gesinnungsfreiheit des Beamten nur in dem Rahmen bewegen soll, den das Oberschulamt für zulässig erachtet. Auch mit dieser Auffassung wird es dem Oberschulamt zweifellos so ergehen, daß es sich weiterer Kritik unter den Lehrerkollegen und im Volke aussetzt. In beider Interesse liegt es nämlich, daß auch Angehörige des öffentlichen Dienstes ohne Furcht vor Sanktionen jede öffentliche Veranstaltung besuchen können und daß sie nicht als eine besondere Kaste von Menschen vom Volk und seinen politischen Auseinandersetzungen ferngehalten werden.

6. Was die mir vorgeworfenen Äußerungen angeht, so verstehe ich nicht recht, worauf die Vorwürfe hinauslaufen. Wenn mir das Oberschulamt vorhalten sollte, daß ich zwar an den Kämpfen des Volkes für seine Rechte teilnehmen wolle, aber innerhalb der Schule bürgerliche Anschauungen verbreiten würde, so muß ich die ungenaue Berichterstattung der "Badischen Neuesten Nachrichten" korrigieren. Selbstverständlich bin ich dafür, daß auch in der Schule vom Lehrer die Wahrheit nicht verschwiegen, sondern gesagt wird. Ich denke nur, daß er sich damit nicht wird bescheiden können, sondern sich in allen Belangen auch praktisch auf die Seite des Volkes stellen muß.

Unklar ist mir auch, was an dem Ausdruck "vor und nach der proletarischen Revolution" moniert wird. Ich kann mir die Anfrage des Oberschulamtes nur so erklären, daß man dort nicht nur die proletarische Revolution für verboten, sondern sogar die Benutzung des Begriffes für strafbar hält. Angesichts dieser mittelalterlichen Geist atmenden Anfrage, die einen Begriff unter Zensur stellen will, der die ganze gegenwärtige Epoche in der Welt kennzeichnet, versteht man noch besser, warum das Oberschulamt seine Briefe lieber geheim gehalten sehen möchte.

Fritz Güde, Karlsruhe"

1 200 HAMBURGER BÜRGER FORDERN:

Der Innensenator Klose muß weg

Hamburg. Am 5. Mai wurde in Norderstedt bei Hamburg eine demokratische Wahl des Vorstands im türkischen Arbeiterverein durch bewaffnete Schläger vom türkischen Konsulat mit Gewalt verhindert. Der Türke Neset Danis wurde dabei von türkischen Faschisten derart zusammengeschlagen, daß er am 21. Mai im Krankenhaus starb. (vgl. KVZ 10, KVZ 11).

Ebenso wie die Polizei hat die Hamburger Presse zunächst versucht, die Vorgänge in Norderstedt zu verschweigen und zu vertuschen. In der Springer-Presse und in der SPD-Zeitung "Morgenpost" war davon die Rede, daß sich "türkische Extremisten wieder mal eine Prügelei geliefert" hätten. In der öffentlichen Agitation und Propaganda haben wir die Erfahrung gemacht, daß der Versuch der Staatsorgane und der bürgerlichen Presse, die ganze Sache zu verschweigen, zunächst erfolgreich war. Die Hamburger Ortsgruppe des KBW ergriff darauf zusammen mit den Anwälten der verhafteten Türken die Initiative und erstellte eine Unterschriftenliste, in der zu einer öffentlichen Versammlung am 29. Mai aufgerufen wurde.

Diese Versammlung sollte die Aufgabe haben, die Vorgänge in Norderstedt zu klären und Bürgermeister Schulz, Innensenator Klose und Polizeichef Redding zur Rechenschaft zu ziehen.

Innerhalb weniger Tage haben diese Unterschriftenliste 2 000 Hamburger Bürger aus allen Teilen des Volkes und von den unterschiedlichsten politischen Richtungen unterschrieben.

An der Versammlung nahmen 1 200 Menschen teil. Die Herren Schulz, Klose und Redding blieben ohne Begründung und ohne jede Stellungnahme fern. Auf der Versammlung traten mehrere Augenzeugen auf, die die Vorgänge in Norderstedt miterlebt hatten und wiesen für alle Anwesenden überzeugend nach, daß es sich bei dem Tod von Neset Danis um einen politischen Mord handelt, daß dafür türkische Faschisten verantwortlich sind und daß die Staatsorgane seitdem alles versucht haben, um diesen Vorfall zu vertuschen.

Unter dem überwältigenden Beifall der Versammlung sprach auch die Witwe des Ermordeten. Sie erklärte, Neset Danis ist nicht aus Zufall gestorben, er ist das Opfer eines Systems von Ausbeutung und Unterdrückung, das in der Türkei und in Westdeutschland herrscht. Neset Danis ist gestorben für die Sache der Arbeiterklasse. Sie forderte die Versammelten auf, diesen Kampf fortzusetzen.

Einstimmig wurde von der Versammlung auf Vorschlag des KBW eine Resolution verabschiedet, in der der Rücktritt von Polizeisenator Klose gefordert wurde. Dort heißt es unter anderem: "Wir können einen Polizeisenator nicht hinnehmen, der sich als Vertreter des Volkswillens aufspielt, dessen Geschäft aber darin besteht, einen Mord zu vertuschen. Wir fordern: Polizeisenator Klose muß weg! . . .

Die türkischen Arbeiter müssen das Recht haben, sich für ihre Interessen zu organisieren, ohne jede Einschränkung durch den Staat. Wir fordern demokratische Wahlen im türkischen Arbeiterverein, Aufhebung der Haftbefehle der türkischen Demokraten, Bestrafung aller an dem faschistischen Überfall Beteiligten, uneingeschränkte Organisations- und Versammlungsfreiheit für alle Ausländer in der BRD."

Außerdem wurde zu einer Demonstration mit einer Kundgebung vor dem Rathaus aufgerufen. Diese Kundgebung wurde sogleich von der Polizei mit Hinweis auf die Bannmeile verboten. Für den Fall, daß diese Kundgebung unmittelbar vor der Bannmeile stattfinden sollte, wurde von der Polizei deren Zerschlagung angekündigt.

In der Vorbereitung dieser Kundgebung wurde von der Ortsgruppe des KBW ein entscheidender Fehler gemacht. Aus dem gleichen Anlaß und auf der gleichen Route hatte eine Aktionseinheit, der neben der Gruppe Rote Fahne (KPD) und ihrem Anhang auch mehrere ausländische Organisationen angehörten, eine Demonstration angekündigt. Diese Aktionseinheit machte aber den Fehler, den Hauptstoß dieser Demonstration gegen die faschistischen Heimatländer der in der BRD lebenden Ausländer zu richten und nicht gegen den westdeutschen Staat, der für die Rechtlosigkeit und politische Unterdrückung der Ausländer in der BRD verantwortlich ist.

Die Ortsgruppe des KBW hat es versäumt, sich mit den an der Aktionseinheit beteiligten Organisationen über ein gemeinsames Vorgehen vor dem Rathaus zu einigen und es ist uns dann nicht mehr gelungen, diese für eine Kundgebung vor dem Rathaus zu gewinnen. In dieser Situation wäre es falsch gewesen, die Demonstration zu spalten. Deswegen wurde vor dem Rathaus nur eine Zwischenkundgebung des KBW mit 800 Teilnehmern durchgeführt. Insgesamt nahmen an der Demonstration 2 000 Menschen teil. Auf der Abschlußkundgebung hat der KBW die Teilnehmer der Demonstration dazu aufgefordert, in die Innenstadt zu gehen und dort mit der Bevölkerung über den Mord an Neset Danis und über den Versuch der Polizei, die Informations- und Versammlungsfreiheit zu unterbinden, zu diskutieren.

Dort machte die Polizei dann noch einmal den Versuch, die Information der Bevölkerung zu unterbinden. Das ist ihr nicht gelungen. Dem Versuch der Polizei, eine Kundgebung gewaltsam aufzulösen, sind wir gemeinsam mit der Bevölkerung erfolgreich entgegengetreten. Anderthalb Stunden lang haben wir mit etwa 500 zunächst unbeteiligten Passanten eine Kundgebung durchgeführt und diskutiert. Der Angriff der Polizei hat diese bei der Bevölkerung nur noch verhaßter gemacht.

–L.P., Hamburg–



2 000 Hamburger beteiligten sich an der Demonstration gegen die Ermordung von Neshet Danis.

Zwei Tote, acht Verletzte

UNFALL WEGEN ÜBERMÜDUNG

Während des Truppenübungsplatzaufenthalts der 1. Panzergrenadierdivision Ende Mai in der Lüneburger Heide wurde ich Zeuge eines Unfalls, bei dem 2 Soldaten umkamen und mindestens schwer verletzt wurde. Ein mit 10 Wehrübenden besetzter Unimog war frontal mit einem Tanklaster zusammengestoßen. Der Fahrer des Unimog war während der Fahrt eingeschlafen, nachdem er die Nacht zuvor hatte Wache schieben müssen und zuvor als Vorkommando das Zeltlager seiner Einheit mit aufgebaut hatte. In der bürgerlichen Presse war dann etwas von "überhöhter Geschwindigkeit" zu lesen, unser Kommandeur ließ verbreiten, die Unfallursache sei noch nicht geklärt.

Daß wir einfachen Soldaten für die Offiziere nur Kanonenfutter sind, zeigte auch die Reaktion des zuständigen Brigadekommandeurs, Oberst Hoffmann. Er kam nach etwa 30 Minuten – als längst nicht alle Verletzten abtransportiert waren – an die Unfallstelle. Er erkundigte sich als erstes nach der Einheit der am Unfall beteiligten Soldaten, nicht etwa, wie es den Verletzten geht. Dann hatte er nichts besseres zu tun, als einem Oberfeldwebel, der bei den Bergungsarbeiten sein Schiffchen abgesetzt hatte, auf seinen 'unkorrekten Anzug' hinzuweisen. Nicht viel besser die beiden Polizeistreifen, die aus verschiedenen Richtungen zur Unfallstelle kamen. Als erstes klärten sie, in wessen Zuständigkeitsbereich der Unfall fiele, dann begannen sie mit Markieren und Fotografieren der Baustelle.

– M.F., Frankfurt –

Der Widerstand in der französischen Armee

In der französischen Armee, einer der reaktionärsten Armeen in Westeuropa, entwickelt sich die Soldatenbewegung immer breiter. Soldatenkomitees und Soldatengruppen bilden sich gegen die Unterdrückung in der Armee und nehmen teil an der Offenlegung der Rolle der bürgerlichen Armee. In der französichen Armee gibt es nicht einmal die einfachsten demokratischen Rechte für die Soldaten. Die französische Armee ist während der letzten Jahre bereits mehrere Male eingesetzt worden gegen Streiks, und wie die meisten westlichen Armeen führt sie immer häufiger Übungen durch, die sie auf Einsätze zur Unterdrückung der Bewegung des Volkes vorbereiten sollen.

Seit einiger Zeit verschärft sich die Unterdrückung in der Armee: In Reims, Mourmelon, Metz und besonders in Toulon sind Soldaten wegen ihrer revolutionären Gesinnung ins Gefängnis geworfen worden. Aber die Soldatenbewegung wurde trotzdem stärker: Aus Anlaß der Präsidentschaftswahlen haben 100 Soldaten einen "Brief an die Kandidaten" geschrieben und unterzeichnet. Das ist verboten. In dem Brief fordern sie u.a. die freie Wahl des Tages und des Ortes für die Einziehung zum Wehrdienst, einen Sold, der dem gesetzlichen Mindestlohn entspricht (derzeit erhalten die französischen Soldaten monatlich 50 Francs, etwa 25 DM!), die freie Verfügung über die freie Zeit, es soll Schluß gemacht werden mit der erpresserischen Vergabe der Urlaubsscheine, der Abzug aller französischen Truppen aus Westdeutschland wird gefordert, ebenso die Redefreiheit und die Versammlungsfreiheit für die Soldaten in der Kaserne. Schließlich verlangen die Soldaten die Auflösung des militärischen Geheimdienstes in der französischen Armee, der die Soldaten auf Schritt und Tritt bespitzelt, und die Abschaffung der militärischen Sondergerichtsbarkeit. Die Soldaten die den Brief unterschrieben haben, stammen aus zahlreichen Standorten in Frankreich, aber auch aus Truppenteilen, die in Westdeutschland stationiert sind, zum Beispiel aus Saarburg, aus Offenburg und aus Reutlingen. Überall werden sie von den an den Standorten arbeitenden Soldatenkomitees unterstützt.

Die Vorgesetzten. haben erst nach dem Ende der Präsidentschaftswahlen reagiert: Verhaftungen erfolgten in Metz; außerdem wurden Soldaten versetzt, besonders an Standorte in Westdeutschland, wo die Unterdrückung schärfer ist als in Standorten in Frankreich. Der Kampf für demokratische Rechte und gegen die bürgerliche Armee aber wird überall, innerhalb und außerhalb der Kasernen, verstärkt fortgesetzt mit der Unterstützung des "Komitees zur Verteidigung der Wehrpflichtigen", des "antimilitaristischen Komitees" und der revolutionären Organisationen.

Gruppe französischer Soldaten in der Bundesrepublik

Die Aufgaben des Vertrauensmanns

OFFENER BRIEF EINES VERTRAUENSMANNES /SUSPENDIERUNG UND 10TAGE KNAST

Nach 1 1/2 Monaten Grundausbildung wurde ich in meiner Kompanie zum Vertrauensmann gewählt. Für etwas mehr als sechs Wochen, da es sich um ein reines Ausbildungsregiment handelt, und nach der Grundausbildung jeder in andere Stammeinheiten versetzt wird. Zwar ist die Zeit in der Tat sehr kurz, sie reicht aber aus, um die entrechtete Lage aller Soldaten, so auch des Vertrauensmannes praktisch zu erfahren. Als gewählter Vertrauensmann will ich auf diesem Weg meine Meinung und Vorstellungen zum Vertrauensmann äußern.

Daß der Vertrauensmann als Bittsteller der Soldaten in verschiedenen Angelegenheiten vor allem dem Kompaniechef erscheint und daß er nun der Disziplinargewalt des nächst höheren, des Bataillon-Kommandeurs unterstellt ist – was nützt es uns – gar nichts. Bittstellerei, das bedeutet nichts anderes als auf die Gunst der Offiziere zu hoffen und ruhig zuzusehen, wie die Offiziere geschützt durch Befehl und Gehorsam und die entrechtete Lage der Mannschaften, allen möglichen Schindluder mit uns treiben können. Im Betrieb, wo wir vorher waren, da ist Betriebsrat, Vertrauenskörper und Vertrauensmann, und wenn wir da als Bittsteller auftauchen, die Herren Kapitalisten darum bitten, doch mehr Lohn zu geben, die Akkorde oder die Arbeitszeit zu kürzen, nichts würden wir bekommen. Die Erfüllung unserer berechtigten Forderungen ist immer mit Kampf verbunden. Die rechtlose Lage wird ebenso wenig ändern wie unsere Lebensbedingungen in den Betrieben, wenn wir nicht dagegen aufstehen, unsere Interessen und Forderungen benennen, die bestehenden Zwangsgesetze bekämpfen und den bürgerlichen Politikern in Staat und Regierung ein deutliches Nein erteilen, wenn sie uns zu Bütteln ihrer Politik machen wollen.

Zur Zeit genießen wir keine kollektiven Rechte als Soldaten, haben keine Vertretungskörperschaften in der Kaserne, dürfen lediglich einen Vertrauensmann wählen, der laut Gesetz "unparteiisch" sein muß und "sich jeder Handlung enthalten muß, die die vertrauensvolle Zusammenarbeit beeinträchtigen kann". Hinzu kommt die Pflicht zur Verschwiegenheit, und als letztes Mittel der staatlichen Organe haben sich diese Herren vorbehalten, daß der Disziplinarvorgesetzte die Abberufung eines Vertrauensmannes beim Truppendienstgericht beantragen kann. Was sind hingegen unsere Interessen? Ein Vertrauensmann hat natürlich parteiisch zu sein, indem er nämlich in allen Angelegenheiten die Interessen der Mannschaften vertritt. Diese Vertretung der Interessen wird auch notwendigerweise die vertrauensvolle Zusammenarbeit beeinträchtigen, denn es gibt weder Vertrauen noch Zusammenarbeit zwischen Offizieren in ihrer Funktion als bezahlte Diener der gegen das Volk gerichteten Gewalt und den Mannschaften, die unter einer Zwangsgesetzgebung zum treuen Dienen für die "freiheitlich-demokratische Grundordnung", die doch nur die Freiheit der Herrschenden zu Ausbeutung und Unterdrückung beinhaltet, erzogen werden sollen.

In jeder kleinen Frage des Dienstes kollidieren die Interessen und das ist gut so. Wir haben nichts gemeinsam mit den Methoden und Inhalten der Ausbildung, wie sie sich in der Armee der BRD, einer kapitalistischen Armee darbieten. Ebenso wenig, wie wir an der Zusammenarbeit interessiert sind, sind wir an der Verschwiegenheit unserer Vertreter, also des Vertrauensmannes, interessiert. Unsere Vertreter sollen rechenschaftspflichtig sein, sollen jede Angelegenheit mit jedem besprechen können und über ihre Arbeit berichten müssen. Deshalb wende ich mich auch dagegen, daß ich von Disziplinarvorgesetzten abberufen werden kann. Wir entwickeln unsere eigene Demokratie, die fordert, daß unsere Vertreter jederzeit abwählbar sind, aber durch uns und sonst niemanden. Würden sich die Offiziere in ähnlicher Weise dem Volk zur Wahl stellen, würden sie gezwungen, Rechenschaft abzulegen, es wäre schlecht um sie bestellt. Die Demokratie, die wir entwickeln, hat keine Angst vor Rechenschaft und Abwählbarkeit und bedarf keiner Gesetze, die eine Kontrolle verhindern, sondern wird sich stets an der Überprüfbarkeit und der Entfaltung breitester Demokratie orientieren. Um diese Demokratie zu entfalten, trete ich für den Aufbau von Vertrauenskörpern ein, die in jeder Kaserne gebildet werden müssen. In der Kompanie sollten sich diese aus den Zugsprechern, dem Vertrauensmann und den Stellvertretern zusammensetzen. Im Regiment aus allen Vertrauensleuten und ihren Stellvertretern. Diese sollen neben festen Sprechzeiten, die in der Kompanie und auch im ganzen Regiment eingerichtet werden müssen, regelmäßig Zusammenkünfte aller Soldaten einberufen. Dort soll ohne Aufsicht von Unteroffizieren und Offizieren allen Soldaten die Möglichkeit gegeben sein, die auftauchenden Probleme zu diskutieren und Beschlüsse zu fassen für die Durchsetzung der besprochenen Forderungen. Regelmäßige Zusammenkünfte aller Soldaten auf Kompanie– und Regimentsebene ähnlich der uns bekannten Betriebsversammlungen ermöglichen erst, daß wir das Verbot kollektiven Vorgehens, der kollektiven Beschwerde, durchbrechen können, daß wir dem Apparat der Offiziere etwas entgegenhalten können – unsere gewählten Vertretungskörperschaften.

Momentan genießen Vertrauensleute keinen Schutz, sie sind, wenn es tatsächlich zu Auseinandersetzungen kommt, den Repressalien und der Schikane ohne irgendwelche Rechte ausgesetzt. Deshalb müssen die Vertrauensleute nicht einer nächst höheren Disziplinargewalt unterstellt werden, sondern der Kontrolle durch die Mannschaften. Den Mannschaften muß es möglich sein, die jederzeit neu zu bestimmen. Nur vor den Mannschaften sollen Vertrauensleute rechenschaftspflichtig sein, denn sie sind eine wesentlich bessere Disziplinargewalt, als jeder Kommandeur es sein kann. Kontrolle und Aufsicht durch die Mannschaften ist eine Gewalt, die gut und richtig und im Interesse der Mehrheit ist. Disziplinargewalt von Offizieren ist schlecht, denn sie wird von einzelnen ausgeübt, die sich nicht der Kontrolle der Mehrheit unterstellen und im Dienste der kleinen Minderheit stehen, die in diesem Lande noch die Macht innehaben.

Dieser Brief wurde von mir an die Redaktion der KVZ sowie an die Redaktion des Querschläger geschickt. (Hamburger Kasernenzeitung)

Michael Aulich, Vertrauensmann in der 1./Luftwaffenausbildungsregiment, Pinneberg, Eggerstedt-Kaserne.

Am 6. Juni mußte Aulich für 10 Tage in den Knast, weil er dem Ansehen der Bundeswehr "geschadet" habe. Wegen des vorstehenden Briefes wurde er bereits am 31. Mai von seinem Amt als Vertrauensmann suspendiert durch das Truppendienstgericht. Flugblattverteiler wurden vor der Kaserne am Verteilen eines Flugblattes über die Vorfälle von der Polizei behindert mit der Begründung, das Flugblatt sei ein "Verkehrshindernis".

Der Unterschied zwischen dem KBW und der DKP

ANTWORT AUF DEN BRIEF EINES KOLLEGEN AUS MÜNSTER

"Heute erhielt ich zum erstenmal ein Exemplar Ihrer Zeitung. Der Verkäufer sagte, daß man auf Fragen von Ihnen sogar Antwort bekommt. Ich habe zwar so gut wie nichts vom KBW gehört, nachdem ich aber die KVZ las, fragte ich mich und nun Sie, worin der Unterschied zwischen dem KBW und der DKP besteht? Behaupten nicht beide Kommunisten zu sein und nennen sich so? Was mich noch interssieren würde, das wäre, wie Sie den Unterschied zwischen Kommunismus und Sozialismus ausdrücken. Oder gibt es gar keinen Unterschied?
Meine Kollegen und auch ich würde mich freuen bald von Ihnen zu hören und verbleibe bis dahin mit freundlichen Grüßen R.T., Münster

Am leichtesten kann man die Unterschiede zwischen der DKP und dem KBW fassen, wenn man die jeweiligen Programme untersucht. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als wollten beide dasselbe: Die sozialistische Gesellschaftsordnung. In der Grundsatzerklärung der DKP heißt es darüber: "Der Sozialismus gründet sich wirtschaftlich auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln, auf die planvolle und rationelle Nutzung und Mehrung aller gesellschaftlichen Quellen und Mittel zum Wohle des ganzen Volkes." Im Gegensatz aber zum Programm des KBW fehlt in der Grundsatzerklärung der DKP das endgültige Ziel der Kommunisten: Die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft. Auf dem Weg zu diesem Ziel ist die Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum nur der erste Schritt. Und dieser erste Schritt bekommt seinen Sinn ausschließlich dadurch, daß die Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse darangehen, die Überreste der alten, auf Ausbeutung gegründeten Produktionsverhältnisse gänzlich zu beseitigen. Daß sie mit den alten Produktionsverhältnissen brechen und mit den alten falschen Vorstellungen in ihren eigenen Köpfen ebenfalls Schluß machen. Daß sie den Gegensatz überwinden zwischen geistiger und körperlicher Arbeit und den zwischen der Stadt und dem Land. Daß sie sich tatsächlich immer mehr zu Herren der gesellschaftlichen Produktion erheben und mit Willen und Bewußtsein ihr Geschick gestalten. Solche Zustände sind keineswegs mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel schon gegeben, sondern müssen im harten Klassenkampf gegen die Überreste der alten Gesellschaft und ihre Vertreter durchgesetzt werden. Wenn man aber das Endziel der Kommunisten, die klassenlose Gesellschaft, im Programm nicht aufführt, dann läßt man den Maßstab fallen, an dem jeder Schritt im Aufbau des Sozialismus gemessen werden kann. Unserer Auffassung nach läßt die DKP diesen Maßstab deshalb fallen, weil sie im Grunde nicht den Sozialismus und schließlich den Kommunismus, die klassenlose Gesellschaft, erkämpfen will, sondern für Zustände eintritt, wie sie heute in der Sowjetunion und in der DDR herrschen, wo eine neue bürgerliche Klasse auf dem Rücken des Volkes reitet. Diese Zustände sind von der Art, daß sie vor dem Ziel des Kommunismus nicht bestehen können, vielmehr immer weiter sich von ihm entfernen. Das ist der Hintergrund dafür, warum die DKP als eine dem Namen nach kommunistische Partei das Endziel der Kommunisten in ihrem Programm überhaupt nicht mehr aufführt.

DER BÜRGERLICHE STAATSAPPARAT MUSS ZERSCHLAGEN WERDEN

Wo aber das Ziel des Kommunismus aufgegeben wird, da stimmt auch sonst nichts mehr. Seit Karl Marx gehört es zu den Grunderkenntnissen jedes Sozialisten, der diesen Namen verdient, daß die Arbeiterklasse die politische Macht erobern muß, um den Sozialismus aufbauen zu können. Scheinbar beherzigt auch die DKP diese Erkenntnis. In ihrer Grundsatzerklärung heißt es: "Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Volksschichten voraus." Demgegenüber heißt es im Programm des KBW: "Unerläßliche Vorbedingung dieser sozialen Revolution ist die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur, d. h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und ihre Ausübung in einer solchen Form, die es ihm ermöglicht, auf der Basis umfassender und direkter Demokratie für die arbeitenden Massen den Widerstand der Ausbeuter bei der Vollendung der sozialen Revolution zu brechen." Auch hier ist also von der Eroberung der politischen Macht die Rede, aber es wird zugleich festgehalten, was darunter zu verstehen ist und warum eine politische Revolution notwendig ist. Weil nämlich die Arbeiterklasse den alten Staatsapparat mit seiner reaktionären höheren Beamtenschaft, mit dem Offiziersgesindel, der Polizei usw. nicht einfach für sich benutzen und gegen die Reichen in Bewegung setzen kann. Sondern weil die Arbeiterklasse diesen hierarchisch organisierten Apparat zerschlagen muß, um überhaupt den Reichen ans Fell zu können. Daß sie dazu sich selber in Bewegung setzen müssen, weil ihr niemand ihre Befreiung abnimmt. Und daß sie sich nur in Bewegung setzen und die Kraft ihrer großen Zahl zur Geltung bringen kann, wenn sie sich demokratisch organisiert und die Herrschaft der arbeitenden Volksmassen über die Ausbeuter und Parasiten herstellt. Daß diese marxistisch-leninistische Auffassung von der Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates realistisch und vernünftig, die Verleugnung dieser Notwendigkeit durch die DKP aber unrealistisch und abenteuerlich ist, das wird deutlich, wenn man sich einige der Forderungen ansieht, welche die DKP erhebt und sie mit Forderungen aus dem Programm des KBW vergleicht.

NOTWENDIG IST DIE ALLGEMEINE VOLKSMILIZ

So fordert die DKP beispielsweise das "Verbot jedes inneren Einsatzes der Armee". Die Frage, wer denn der Armee das verbieten soll und mit welchen Mitteln ein solches Verbot gegebenenfalls gegen die bewaffnete Macht durchgesetzt werden soll, umgeht sie. Wenn derartige Auffassungen nicht so gefährlich wären, weil sie die Arbeiterklasse und die Volksmassen entwaffnen, könnte man über eine derartige Naivität nur lachen. Aber für die Arbeiterklasse ist derartige Naivität kein Grund zum Lachen, weil Naivität die Arbeiterklasse in blutige Niederlagen führt.

Oder denkt vielleicht irgendwer, es hätte im September letzten Jahres der chilenischen Regierung unter Allende etwas genützt, wenn sie vor dem drohenden Putsch der Armee ein Gesetz erlassen hätte, nach dem der Putsch verboten ist! Getaugt hätte ein solches Gesetz bestenfalls zur Erheiterung in den Offizierskasinos und in den Reihen der bürgerlichen Parteien, die den Putsch planten.
Die Arbeiterklasse kann darum nicht für die Erhaltung der bürgerlichen Armee eintreten, sondern muß für ihre Zerschlagung und Zersetzung arbeiten und dafür, daß das ganze Volk bewaffnet ist, so daß nicht eine kleine Minderheit einem ganzen Volk ihre Grundsätze aufzwingen und es in Knechtschaft halten kann. Darum heißt es im Programm des KBW: "Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres du-ch die allgemeine Volksbewaffnung; Wahl der Offiziere; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten."

DAS VOLK MUSS SEINE RECHTE SELBST IN ANSPRUCH NEHMEN

Derselbe Unterschied findet sich in bezug auf alle Fragen der Staatstätigkeit. Die DKP fordert vom vorhandenen bürgerlichen Staat alle möglichen Eingriffe ins gesellschaftliche Leben. Er soll die NPD verbieten, das heißt darüber entscheiden, welche politische Organisation zulässig ist und welche verboten ist. Er soll alle "nationalistische, militaristische sowie rassen- und völkerdiskriminierende Propaganda" verbieten, das heißt die DKP fordert vom bürgerlichen Staat die Einrichtung einer Zensurstelle.
– Das Vorgehen des KBW ist in allen diesen Fragen genau entgegengesetzt. Wir gehen davon aus, daß man dem bürgerlichen Staat das Recht absprechen muß, ins politische Leben des Volkes einzugreifen und daß alle diese Rechte vom Volk selber in Anspruch genommen werden müssen. Überall, wo der Staat ins Leben des Volkes eingreift, sei es durch die Justiz, durch die Schulpflicht, die Wehrpflicht, die Beamtenschaft, fordern wir die direkte Kontrolle durch das Volk und das Recht auf Wahl und Abwahl aller staatlichen Hoheitsträger. Unsere Position ist die des Angriffs auf diesen Staat und alle seine Organe, weil er das bürgerliche Eigentum schützt und damit die Ausbeutung der Mehrheit durch eine kleine Schicht von Ausbeutern. Wir fordern vom bürgerlichen Staat nicht, daß er die fortschrittlichen Kräfte in der Gesellschaft schützt und die reaktionären niederhält, weil man nicht den Bock zum Gärtner machen kann. Wir sagen zu diesem Staat, daß er verschwinden muß, und wir fordern die Volksmassen auf, ihm überall im Kampf um ihre Rechte entgegenzutreten, um ihn schließlich ganz stürzen zu können. Das Programm der DKP ist ein Programm, das vom bürgerlichen Staat demokratische Reformen erhofft. Das Programm des KBW ist ein Programm, das die Volksmassen zur Revolution gegen den bürgerlichen Staat führen wird. Schon heute werden die praktischen Auswirkungen dieser unterschiedlichen Programme deutlich. Wenn in Frankfurt einige Tausend Demonstranten gegen die Entscheidung des Magistrats auftreten, die Fahrpreise zu erhöhen, und schließlich fordern, daß dieser Magistrat weg muß, dann spricht die DKP von "abenteuerlichem Aktionismus" (UZ, 20.5.). Daß es aber nicht um die Frage von "abenteuerlich" geht oder nicht, sondern um die Frage, ob man bereit ist, direkt gegen die volksfeindliche Entscheidung eines Stadtparlaments vorzugehen, das wird schon daran deutlich, daß die DKP keinerlei Schritte unternommen hat, um andere, in ihren Augen sinnvollere Aktionen durchzuführen.

DIE ARBEITERKLASSE HAT KEIN INTERESSE DARAN, ÜBER IHRE EIGENE AUSBEUTUNG MITZUBESTIMMEN

Weiter fordert die DKP die Mitbestimmung "bei der Festlegung von Investitionen und Gewinnen, bei Fusionen und Veränderungen der Unternehmensstruktur, paritätische Mitbestimmung in den Kontrollorganen und Vorständen der Großunternehmen" usw. Der KBW fordert nichts dergleichen. Der KBW fordert hinsichtlich der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß sie umgewälzt und mit Stumpf und Stiel ausgetilgt werden muß, und kämpft deshalb für die politische Macht der Arbeiterklasse. Solange aber die Arbeiterklasse dazu noch nicht die Kraft hat, treten wir nicht für die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten ein, sondern treten ein für Rechte der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft, die ihre Arbeitskraft schützen, der Ausbeutung eine Grenze setzen und die Einheit unter den Arbeitern stärken.
Darum sind wir zum Beispiel für den gesetzlich festgelegten 7-Stundentag und das Verbot der Überstundenarbeit, für das Verbot der Akkordarbeit.

Wir treten ein für die Rechte der Betriebs- und Personalräte, ohne Bindung an eine Friedens- und Schweigepflicht den Kampf der Belegschaften gegen die Kapitalisten organisieren zu können. Wir sind aber nicht dafür, Arbeiter in die Aufsichtsräte und Vorstände kapitalistischer Unternehmen zu schicken, wie es die DKP mit ihrer Mitbestimmung fordert. Warum nicht? Weil auch Arbeiter mit den besten Absichten dort nichts anderes übrigbleibt, als die Entscheidungen so zu fällen, daß "ihr" Unternehmen in der Konkurrenz der anderen kapitalistischen Unternehmen bestehen kann. Der Arbeiter wird also gezwungen sein, sich über den notwendigen Profit Gedanken zu machen, den der Kapitalist unbedingt aus ihm und seinen Kollegen herauspressen muß, um gegen die anderen Ausbeuter bestehen zu können. Zwangsläufig muß er sich die Gedanken der Kapitalisten machen. Das aber ist nicht im Interesse der Arbeiterklasse. Aufgabe der Arbeiterklasse ist der Sturz der Kapitalistenklasse und die Mitbestimmung ist kein Schritt dahin, kann es aus prinzipiellen Gründen nicht sein, sondern ist ein Schritt zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten.

DIE REVOLUTION UND NICHT DIE FÜR DIE KAPITALISTEN TRAGBARE REFORM IST UNSER ZIEL

Auch in der Frage der sozialen Reformen, welche die Arbeiterklasse noch auf dem Boden des Kapitalismus anstreben muß, sind deshalb die Vorstellungen der DKP und die des KBW ganz entgegengesetzt.

Die DKP tritt für solche Reformen ein, welche die Bindungen der Arbeiter an die feindliche Klasse verstärken und die Lohnsklaven zu aktiven Trägern der Ausbeuterordnung machen. Der KBW tritt nur für solche Reformen ein, die die Fähigkeit der Arbeiterklasse, den Klassenkampf zu führen, erhöhen. Und das sind Forderungen nach Rechten der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten als den Käufern ihrer Arbeitskraft. Rechte, die die Konkurrenz unter den Arbeitern einschränken, weil sie die Bedingungen für den Kauf und die Anwendung der Ware Arbeitskraft einheitlich regeln. Rechte, die dadurch die Einheit und die Selbständigkeit des Proletariats voranbringen.

Zusammenfassend kann man sagen: Der KBW tritt für die Revolution der Arbeiterklasse ein, die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse und die dazu notwendige Eroberung der politischen Macht und Zerschlagung des bürgerlichen Staates. Er vertritt das Programm des revolutionären Marxismus, für das viele Millionen Arbeiter in aller Welt seit über hundert Jahren eintreten. Die DKP vertritt unter dem Namen des Marxismus eine Karikatur auf den Marxismus. Ihr Programm ist ein Programm von Reformen, die für die bürgerliche Klasse tragbar sind und für das sie die Arbeiterklasse zu gewinnen versucht. Dieser Unterschied wird zweifellos in allen praktischen Aktionen mit immer größerer Klarheit hervortreten.

–W. Maier–

DDR: Die Jugendlichen und die Produktion

IN EINER BETRIEBSBERUFSSCHULE / KRITIK UND INITIATIVE WERDEN VERHINDERT

Eine der entscheidensten Veränderungen im Leben eines Jugendlichen ist der Sprung von der Ausbildungsbank in die Produktion. Beispiele aus Produktion und Betriebsberufsschule (BBS) sollen zeigen, wie junge Menschen zu ihrer Mitgestaltungsrolle im Staat herangezogen werden. An dem folgenden Beispiel aus einer Betriebsberufsschule soll gezeigt werden, wie die Eigeninitiative in der DDR "gefördert" wird.

In einer neugegründeten Klasse erfolgte die Bestimmung der FDJ-Klassenleitung von dem Klassenleiter und der FDJ-Schulleitung. Diese setzten sich ausnahmsweise (denn in den meisten Fällen vertreten diese die Interessen der staatlichen Leitung, weil ihnen von dort aus Vergünstigungen zuteil werden wie Freistellungen, gute Beurteilungen, hohe Prämien und bessere Zensuren) für die Interessen der Klasse ein und ergriff die Eigeninitiative, indem sie Versammlungen organisierte, auf denen Schul- und Ausbildungsprobleme besprochen wurden. Die in die FDJ gezwungenen Klassenkameraden (denn jeder, der eine gute Beurteilung auf dem Zeugnis und damit gute Berufschancen haben will, muß der FDJ beitreten und seine Stellung zum Staat beweisen) merkten bald, daß auf den Versammlungen ihre Interessen vertreten wurden und beteiligten sich lebhafter daran. So stellten sie gemeinsam fest, daß ein Lehrer und ein Lehrmeister ihre Möglichkeiten sehr stark ausnutzten, indem sie die Behandlung der Lehrlinge von subjektiven Dingen abhängig machten.
Beispiel: Ein Lehrling mit sehr langem Haar, der den Staatsbürgerkunde-Unterricht durch "unliebsame Fragen störte", bekam schlechte Zensuren und einen Verweis.
Auch der Lehrmeister ließ seine Wut oft an Lehrlingen aus, die ihm widersprachen oder ihn kritisierten. Er ließ sie öfters länger arbeiten und Privatarbeiten für ihn und andere Leitungsmitglieder ausführen.

Mit Hinweis auf diese Vorkommnisse wurde eine schriftliche Bitte verfaßt, den Lehrer und den Lehrmeister zur Rechenschaft zu ziehen. Der Direktor berief eine FDJ-Leitungssitzung ein (15 Mitglieder), worauf er sich sehr scharf gegen das Vorgehen der FDJ-Klassenleitung wandte. Denn, so betonte er, es sei verboten, ohne Auftrag der staatlichen Leitung Unterschriften zu sammeln oder im Namen der FDJ Schriften zu verfassen. Ergebnis: Die Klassenleitung wurde abgesetzt, ebenso erging es dem FDJ-Jugendsekretär, da er den Interessen der staatlichen Leitung nicht genügend Nachdruck verliehen hatte.

Dieses Beispiel zeigt stellvertretend für viele Betriebe in der DDR, wie kraß Kritik und Initiative der Jugendlichen von der staatlichen Leitung unterbunden werden. Auch wird hieran deutlich, daß die FDJ-Leitungen nur ein Anhängsel der staatlichen Leitung sind und nach deren Pfeife tanzen. Tun sie es nicht, werden sie auf Grund "ungenügender Fähigkeiten" ihres verantwortungsvollen Postens enthoben.

Ein anderes Beispiel, welches den Werdegang eines jungen Facharbeiters in einem Großbetrieb zeigt, macht die Erziehung der Jugendlichen durch die Produktion und die Rolle der FDJ dabei ersichtlich.
Bei der Einstellung wird er nach Mitgliedschaft in FDGB (Gewerkschaft), DSF (Deutsch-Sowjetische Freundschaft), GST (Gesellschaft für Sport und Technik) und FDJ gefragt und es wird ihm mitgeteilt, daß er auf seinen Facharbeiter nur diese Arbeit in der Serienfertigung im Schichtsystem bekommen kann. Weil er möglichst viel verdienen will, willigt er ein. Die ersten 14 Tage sind Einarbeitungszeit, das heißt weniger als die Hälfte seines Wochenlohnes. Die Kollegen können ihn nicht unterstützen, denn sie müssen die Norm schaffen. In den Pausen ist das Hauptgesprächsthema Geld und daß man die Norm schafft, um zu Geld zu kommen. Die Brigade hat den Titel "Kollegen der sozialistischen Arbeit". Der Meister hatte sie mit dem Argument der in Aussicht stehenden höheren Prämie zum Beitritt in die DSF bewegen können. Auch besorgte der Meister ein Jahresabonnement für ein Theater, wo niemand hinging, weil die Stücke nicht interessierten.
Es ist klar, daß der Meister den Löwenanteil der Prämie einstrich, wie das immer so bei Leitern in der DDR der Fall ist. Auch wurden Arbeitsbesprechungen durchgeführt, wo die Arbeiter neue Normen oder den Anschiß des Meisters wegen "Bummelei" hinzunehmen haben.
Kritik am Meister wurde gänzlich unterdrückt. Die Arbeiter erzählten ihm, daß es sinnlos ist, Kritik zu üben, man käme doch nicht durch. Die einzige Art, sich zu betätigen, besteht in Neuerervorschlägen, die doch oft im Gewirr der Verwaltungsbürokratie hängenbleiben und man durch das 3-Schichtsystem keine Möglichkeit habe, an den Beratungen darüber teilzunehmen.

Erst nach einem halben Jahr erfuhr der junge Arbeiter etwas von der Existenz der FDJ, als er eine Einladung zu einer Versammlung erhielt, die mit einer Arbeitsfreistellung verbunden war, weshalb er hinging. Der Meister verhinderte wenn möglich die Aushändigung solcher Schreiben, denn es bedeutete Produktionsausfall, und ein Arbeiter hat zu arbeiten und nicht Versammlungen abzuhalten.
Der Redner auf der Versammlung rief die Anwesenden auf, daß sie als Mitglieder der FDJ verpflichtet sind, den Staat mehr zu stärken, also daß sie mehr zu arbeiten hätten. Danach gab es für die Mitglieder Keks und ein Bier. Die Leitungsmitglieder saßen an einem Extratisch und hatten anscheinend unbegrenzte Möglichkeiten zu konsumieren. Diese Gelder kamen – allgemein bekannt – aus gesellschaftlichen Fonds, wobei es selten ist, daß solche Gelage der Leitung in der Öffentlichkeit durchgeführt werden. Der junge Facharbeiter wollte sich beschweren und erzählte es seinen Kollegen. Die antworteten ihm mit ziemlicher Gleichgültigkeit, daß da nichts zu machen sei und gaben noch andere Beispiele. Der Werksdirektor hatte sich auf Tischlerbetriebskosten einen Bungalow errichten lassen, und die Autos der Werksleitung wurden kostenlos in der Werkstatt repariert. Sie meinten, so etwas gäbe es schon immer – Hauptsache, sie lassen uns gut verdienen.

Dieses Beispiel ist zwar nur aus einem Betrieb, aber dem Wesen nach gleiche Beispiele lassen sich in allen DDR-Betrieben finden. So ist es kein Wunder, daß der junge Arbeiter in der DDR das Primat auf das Geld legt und gegen die Mißstände nicht angeht, wenn für ihn ein paar Brosamen vom Tisch der Leiter fallen, wird er doch überall kraß darauf verwiesen, daß Leitung und Politik nicht seine Aufgaben seien. Er ist nach 8 Stunden Arbeitsstreß nicht in der Lage, sich mit solchen Dingen zu beschäftigen, so daß er sich meist bedingungslos den Anordnungen der Leitung fügt. So kommt es, daß der Jugendliche in seiner Entwicklung zu einer durch und durch kleinbürgerlichen Lebensweise erzogen wird.

Der Streik in Nordirland

DAS BEFRIEDUNGSKONZEPT DER BRITISCHEN BOURGEOISIE IST GESCHEITERT

Der vom Ulster-Arbeiterrat ausgerufene Generalstreik der protestantischen Arbeiter in Nordirland wurde in großer Geschlossenheit durchgeführt. Er legte das ganze Land lahm. Die britische Armee wurde zwar zur Kraftstoffversorgung eingesetzt, aber die britische Regierung sah sich nicht in der Lage, den Streik zu brechen. Das führte zum Rücktritt der nordirischen Regierung Faulkner, die auf einer Koalition der "gemäßigten" katholischen, protestantischen und überkonfessionellen Parteien beruhte. Die protestantischen Volksmassen feierten den Rücktritt als Erfolg. Das Wichtigste an dem Streik ist, daß es ein politischer Generalstreik war, daß sich also zum Schrecken der bürgerlichen Politiker die Arbeiter in die Politik eingemischt haben.

DIE ORGANISATOREN DES STREIKS

Der 21-köpfige Ulster-Arbeiterrat, der den Streik anleitete, wurde von der bürgerlichen Presse zunächst als unrepräsentativ abgetan. In der Tat handelt es sich bei diesem Rat um kein gewähltes Organ der Arbeiterklasse. Der Ulster-Arbeiterrat arbeitet mit den reaktionären protestantischen Politikern Paisley, Craig und West und ihrer Ulster-Unionistischen Partei zusammen. Ihr Ziel ist eine unbedingte politische Vorherrschaft der Protestanten in Nordirland.

Das ist auch das Ziel der paramilitärischen protestantischen Organisationen Ulster-Verteidigungsbund (UDA), Ulster-Freiwilligenarmee (UVF), Vorhut (Vanguard) usw., die als Gegenstück zu den katholischen IRA's angesehen werden können. Diese Privatarmeen unterstützten den Streik gleichfalls und wurden zur Drohung gegen Streikbrecher rücksichtslos eingesetzt. So zündeten sie beispielsweise Tankstellen an, deren Besitzer sich dem Boykott nicht anschlossen.

Dennoch trifft die Behauptung der bürgerlichen Presse und Politiker nicht zu, der Streik sei isoliert gewesen und die Arbeiter seien nur aus Furcht zu Hause geblieben. Mittlerweile leugnet niemand mehr, daß wenigstens 80 % der protestantischen Bevölkerung hinter dem Streik standen.

Die britische Sozialdemokratie versuchte die Gewerkschaften, in denen über 80 % der nordirischen Arbeiter organisiert sind, gegen den Streik einzusetzen. Unter Führung des Generalsekretärs des britischen Gewerkschaftsverbandes TUC, Leo Murray, sollten Anti-Streikmärsche stattfinden. Zu dieser Demonstration der Arbeitswilligkeit kamen aber nur 220 Gewerkschaftler. Der Plan, das gewerkschaftliche Bewußtsein der Arbeiterklasse gegen ihre politischen Forderungen auszuspielen, war fehlgeschlagen.

Wichtig und neu an der Entwicklung ist, daß die katholischen Arbeiter nicht gegen den Streik aufgetreten sind. Die militärischen Organisationen der Protestanten und Katholiken hatten Waffenruhe vereinbart. Und die Katholiken ließen sich nicht als Streikbrecher einsetzen. Dieses Geschäft besorgte einzig die britische Armee. Die Methode, den katholischen und den protestantischen Teil des Volkes gegeneinander auszuspielen, um sie so besser unterdrücken zu können, eine Methode, die der britische Imperialismus schon jahrhundertelang anwendet, hat diesmal versagt.

DIE URSACHEN DES STREIKS

Die protestantische Bevölkerung in Nordirland hat, seitdem im 17. Jahrhundert die ersten Schotten als Kolonisatoren nach Irland "verpflanzt" wurden, in dem Glauben an eine "protestantische Überlegenheit" und an die besondere Fürsorge des "Mutterlandes" gelebt. Daß diese Auffassung noch heute vorhanden ist, erklärt sich aus der wirtschaftlichen Lage in Nordirland. Die Arbeitslosigkeit ist hoch (6 %, in manchen Gebieten bis zu 40 %!). Die katholischen Arbeiter stellen als Reservearmee eine scharfe Konkurrenz für die Protestanten dar. Der auf dieser Konkurrenz beruhende soziale Widerspruch wird verschärft durch die jahrhundertelang genährten religiösen Vorurteile und durch die ungleiche Behandlung von Katholiken und Protestanten. Die Protestanten bekommen eher Arbeitsplätze und Wohnungen. Das täuscht über die allgemein niedrige Lohnhöhe und das allgemein beträchtliche Wohnungselend hinweg. Wahlmanipulationen zuungunsten der Katholiken verschleiern, daß die protestantischen Politiker ebensowenig im Interesse des Volkes handeln, wie jeder andere bürgerliche Politiker.



Demonstrationszug am Ende des Streiks

Die Protestanten fürchten um ihre "Vorrechte". Am meisten fürchten sie, dem Staat Südirland angegliedert zu werden, der wirtschaftlich weniger entwickelt ist und in dem die katholische Kirche einen großen Einfluß besitzt.

Die Mehrheit der Katholiken hofft dagegen auf einen Staat, in dem sie nicht mehr die benachteiligte Minderheit wäre. Der Kampf der katholischen Bevölkerung um demokratische Rechte wird daher von den Protestanten als eine Bedrohung "ihres" Staates aufgefaßt. So kommt es, daß Zugeständnisse der britischen Regierung im Namen der Loyalität zu Großbritannien auf die Straße bringen — gegen britische Soldaten.

Mit dem Sunningdale-Abkommen hofften die britischen Imperialisten, aus dem Schlamassel herauszukommen. Das von der britischen und südirischen Regierung und nordirischen "gemäßigten" Politikern ausgehandelte Abkommen, das die gestürzte Regierung Faulkner durchführen sollte, war der Versuch, die Gegensätze zu verkleistern. Ein Gesamtirischer Rat sollte zunächst beratende, später Regierungsaufgaben wahrnehmen. Den "loyalen" Protestanten war das zu viel, den Katholiken zu wenig. Die brennenden Fragen des Terrors der britischen Armee und der Internierung politischer Gefangener klammerte das Abkommen sowieso aus. Großbritannien hatte gehofft, sich mit dem Gesamtirischen Rat aus der Affäre ziehen zu können. Die Bewegung der protestantischen Arbeiter machte diese Hoffnung zunichte. Und obwohl die Katholiken keineswegs die gleichen Endziele verfolgen wie die Protestanten, konnten sie die unmittelbaren Forderungen des Streiks:

Rücktritt der Regierung und Neuwahlen;
Aufgabe des Sunningdale-Abkommens;
Aufhebung der Internierung

durchaus unterstützen.

DIE BEDEUTUNG DES STREIKS

Die Ablehnung des Sunningdale-Abkommens bedeutete eine Zurückweisung der Politik der britischen Bourgeoisie, der Politik des Volksbetrugs. Mit dieser Politik sollte die Vereinigung Irlands zugleich versprochen und hinausgeschoben werden, sollten irische "Volksvertreter" das Unterdrückungsgeschäft auf der ganzen Insel besorgen, sollte dem moralisch, wirtschaftlich und politisch kostspieligen Krieg ein Ende gemacht werden, die Ausbeutung der irischen Arbeiterklasse aber gesichert bleiben. Das Zusammentreten des Gesamtirischen Rates ist aufgrund des Streiks verschoben worden. Dies und der Rücktritt der Regierung Faulkner bedeutet das Eingeständnis des Scheiterns dieser Politik. Die Regierung in London muß wieder unverhüllt in Form der Direktherrschaft die Zügel in die Hand nehmen. Der Gegensatz zwischen den Volksmassen in Nordirland und der britischen Bourgeoisie ist also klarer geworden.

Deshalb ist die Lage schlecht für die große Koalition der britischen Bourgeoispolitiker in der Nordirland-Frage. Die Armee, ursprünglich von den Katholiken als "Beschützer", von den Protestanten als "unsere Jungs" begrüßt, ist aufgrund ihres Terrors nun bei beiden gleich verhaßt. Die Forderungen der protestantischen und der katholischen "Extremisten" berühren sich in der Tat. Sie richten sich gegen die Unterdrückung des ganzen Volkes im Namen von dessen Wohl.

Freilich darf diese Gemeinsamkeit und die Tatsache, daß die protestantischen Volksmassen in Bewegung gekommen sind, nicht darüber hinwegtäuschen, daß die bürgerlichen Kräfte, Faschisten, Nationalisten, reaktionäre Pfaffen, in den Bewegungen des Volkes nach wie vor eine außerordentlich große Rolle spielen. Die Einheit des Volkes im Kampf für Demokratie und Sozialismus ist noch keineswegs hergestellt.

—jaw—

ITALIEN: Breite Bewegung gegen den Faschismus

FASCHISTEN ERMORDEN 6 MENSCHEN BEI ANSCHLAG

Brescia/Norditalien. Die Beerdigung der 6 Menschen, die bei dem Bombenattentat der Faschisten ums Leben gekommen waren, wurde zu einer mächtigen Demonstration gegen den Faschismus in Italien. Mehr als eine halbe Million Menschen aus allen Teilen Italiens nahmen daran teil. Der Staatspräsident Leone und der Ministerpräsident Rumor sowie weitere Staats- und Regierungsvertreter waren anwesend. Die Gewerkschaften hatten für diesen 31. Mai einen Generalstreik gegen den Faschismus ausgerufen. Der Streik wurde überall befolgt.

Der Anschlag der Faschisten war gegen eine antifaschistische Kundgebung am 28.5. in Brescia gerichtet, die von den Gewerkschaften und den linken Parteien organisiert worden war. Dieser Anschlag ist der vorläufige Höhepunkt einer Reihe von Aktionen gegen die Arbeiterklasse, ihre Gewerkschaften und politischen Organisationen. Die Faschisten wollen damit die Krise in Italien auf ihre Weise verschärfen und so zuspitzen, daß sie zusammen mit Teilen der Armeeführung einen Staatsstreich durchführen können. Diesen Plan haben sie seit längerem gefaßt. Er ist bis in die Einzelheiten ausgearbeitet, nur der Tag der Ausführung ist noch nicht festgelegt. Damit die Durchführung gelingt, dafür haben verschiedene Armeeinheiten bereits in großen Bürgerkriegsmanövern in den letzten Monaten geübt.

Noch vor wenigen Wochen, als es um die Abstimmung für oder gegen die Ehescheidung ging, versuchten die italienischen Christdemokraten, die den Staatspräsidenten und den Ministerpräsidenten stellen und stärkste Partei im Parlament sind, mit den Faschisten gemeinsame Sache zu machen. Die Christdemokratische Partei, die Faschisten und die katholische Kirche hatten sich zusammengetan, die Ehescheidungsgesetze wieder abzuschaffen. In der Abstimmung haben die Volksmassen dieser heiligen Allianz eine klare Absage erteilt: Die Mehrheit des Volkes stimmte für die Beibehaltung der Scheidung.

Die Niederlage in der Volksabstimmung und die Massendemonstration gegen den Faschismus zwingen die Christdemokraten jetzt, sich gegen die Faschisten zu stellen: Die Führer der Christdemokraten haben während und nach dem Attentat die "Einheit aller demokratischen Parteien" während des Widerstandes gegen den Faschismus im 2. Weltkrieg beschworen. Diesen Schritt müssen die Christdemokraten machen, weil das italienische Volk den Faschismus nicht will. Dieser Schritt verändert aber auch das Verhältnis zur KPI, den italienischen Revisionisten, die damals Teil des Widerstands waren. Sie haben auf diese Entwicklung seit langem gewartet.

Ihr Chef, Berlinguer, hat in dieser Situation sein Angebot der Zusammenarbeit mit den Christdemokraten wiederholt, um die immer offener werdende wirtschaftliche und politische Krise Italiens gemeinsam zu lösen. Dieses Angebot, das unter der Bezeichnung "historischer Kompromiss" bekanntgeworden ist, bedeutet die Unterstützung der KPI, der zweitstärksten Partei im italienischen Parlament, für alle Stabilitätsmaßnahmen der Regierung, wenn gleichzeitig eine Vereinbarung über verschiedene Reformen damit zustande kommt. Die KPI bietet dafür die Garantie, daß sie die Arbeiter und die übrige werktätige Bevölkerung am Kampf für ihre Interessen noch mehr als bisher — im Interesse der nationalen Wirtschaft — hindern will.

-D.T.-

Die DKP hinter Kommunistenmördern

In der "UZ", der Zeitung der DKP, fand sich am 10.5.1974 (Nr.19) folgender haarsträubender Artikel über den Staat "Bangladesh", das ehemalige Ostpakistan:

AKTIONEN GEGEN DIE MAOISTEN

Die Regierung von Bangladesh hat zum Kampf gegen Wühltätigkeit, Spekulantentum und Sabotage im Lande aufgerufen. Armee und Polizei begannen mit der Zerschlagung von terroristischen Banden.

Diese Gruppierungen, die als Verfechter der maoistischen Taktik "Das Gewehr gebiert die Macht" durch Raubüberfälle und Morde eine Krisensituation im Lande schufen, sollen jetzt hart bestraft werden.

Es ist auch bekanntgeworden, daß in den letzten vier Monaten etwa eine Million Tonnen Reis von Schmugglern und Spekulanten außer Landes gebracht worden sind.

Die KP hat sich für die Stärkung der Front der Volkseinheit (ihr gehören die regierende Awami-Liga, die Kommunistische Partei und die Nationale Awami-Liga an) ausgesprochen. Die KP unterstützt die Maßnahmen der Regierung gegen die Terror-Banden.

Die Abtrennung des heutigen Bangladesh von Pakistan wurde vor zwei Jahren in einem imperialistischen Raubkrieg von der indischen Bourgeoisie betrieben. Die sowjetischen Sozialimperialisten unterstützten diese Politik der indischen Regierung. Sie hofften damit ihren Einfluß in Südasien zu vergrößern. Die Sozialimperialisten traten damals auf in der Welt und behaupteten, die Lostrennung Ostpakistans diene den breiten Volksmassen und schaffe die Ausbeutung und Unterdrückung ab und sei ein Schritt zum Sozialismus. Der Staat Ostpakistan erhielt deshalb auch den Namen "Volksrepublik Bangladesh".

Heute aber geht es den Massen in diesem Staat schlechter denn je zuvor. Die indischen Reaktionäre haben ihre Machtstellung benutzt, um die Juteproduktion in Bangladesh vollkommen zu zerstören, um einen Konkurrenten aus der Welt zu schaffen. Sie kontrollieren die übrigen Produktionszweige und überhaupt den gesamten Staatsapparat. Zum Teil stellen indische Armeeinheiten sich für den Polizeidienst in Bangladesh zur Verfügung.

Die Sozialimperialisten haben Stützpunkte in Bangladesh erhalten. Sie benutzen diesen Staat als Teil ihrer Einkreisungspolitik gegenüber der Volksrepublik China und zur militärischen Kontrolle in diesem Teil der Welt.

Mujibur Rahman, der Staatschef von Bangladesh, ist einer der größten Spekulanten in diesem Staat. Er nutzt seine Machtstellung rücksichtslos aus, um sich mit Hilfe des Staatsapparates selber zu bereichern.

Die Revisionisten von der KP, die ihre Vertreter in der Regierung von Mujibur Rahman hat, unterstützen diese Politik. Die KP ist eine Partei, die von den sowjetischen Revisionisten bezahlt und ausgehalten wird. Ihre Stellung ist nicht viel anders als die der DKP hier in Westdeutschland. Allenfalls unterscheidet sie sich von der DKP dadurch, daß sie an der direkten Bereicherung über den Staatsapparat teilnimmt.

Es ist also nur zu verständlich, wenn diese Revisionisten den Kampf aufnehmen gegen jede revolutionäre Gruppe, die verhindert, daß mit den Nahrungsmitteln spekuliert wird, daß sie außer Landes geschafft werden, und die Nahrungsmittel an das Volk verteilt. Die Revisionisten von der KP fürchten, daß eines Tages das Volk das ganze korrupte Pack der bürgerlichen Politiker davonjagt und die Volksherrschaft errichtet. Sie fürchten ihren eigenen Untergang.

Wenn die DKP sich in ihrer Zeitung jetzt hinter diese Revisionisten in Bangladesh stellt, die korrupten Machthaber von Bangladesh gar verteidigt, dann ist das natürlich verständlich. Denn auch hier will die DKP an die Fleischtöpfe der Regierung.

Koreanerinnen bespitzelt

Die koreanische Botschaft verschickte im Februar an Krankenhausleitungen, wo koreanische Krankenschwestern beschäftigt sind, Fragebogen. Der Arbeitsattache Keun Ho Bae schreibt: "Wir bitten Sie, diesen Fragebogen ganz persönlich zu beantworten ohne Rücksprache mit den Schwestern." Warum ohne Rücksprache?

Darum, weil der Widerstand gegen das Park-Regime immer breitere Teile des Volkes erfaßt und organisiert. Deshalb genügt die Bespitzelung durch die in fast allen Großstädten eingerichteten "Koreanischen Zentren" nicht mehr. Zumal die in der ganzen BRD herumstreunenden Botschafts-Agenten, die schon mit offener Duldung der Bundesregierung oppositionelle Koreaner mit Gewalt aus der Bundesrepublik verschleppten, in der letzten Zeit bei den koreanischen Leitern dieser "Korea-Zenter" keine Unterstützung mehr finden.

Ausgehorcht werden soll u. a. nach: "Lebensart der Koreanerinnen außerhalb der Dienstzeit". Wenn mit oben genannten Personen Schwierigkeiten bestehen, welcher Natur sind sie?" Außerdem bittet die Botschaft "um die Ernennung von einer oder zwei Koreanerinnen, die im Interesse aller Koreanerinnen mit uns in Verbindung treten kann." Natürlich ohne Kenntnis aller anderen Koreanerinnen. Fehlende Punkte sollen auf einem beigefügten Blatt hinzugefügt werden.

Schluss mit der Bespitzelung durch das südkoreanische Terrorregime!

Korea-Komitee gegründet

Am 1. März dieses Jahres, dem 55. Jahrestag des Samil-Aufstandes, haben sich fortschrittliche christliche Südkoreaner in der BRD getroffen, um das "Komitee für die Demokratie Koreas" zu gründen. Sie setzen sich ein für den "Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, für eine selbständige Volkswirtschaft, für die friedliche Wiedervereinigung mit Nordkorea und lehnen jede Form des Neokolonialismus ab". Damit stehen sie in der Tradition des Samil-Aufstandes vom 1. März 1919, der Unabhängigkeitsbewegung des koreanischen Volkes vom japanischen Kolonialismus.

Das "Komitee für die Demokratie Koreas" ist die erste offen kämpfende Organisation der Südkoreaner in der BRD und zeigt, daß sich der Widerstand des koreanischen Volkes gegen die faschistische Diktatur weder durch Entführungen wie 1967, noch durch Einschüchterungen, Verfolgungen und Erpressungen durch die Karatebrüder des koreanischen CIA niederhalten läßt. Den mutigen fortschrittlichen Koreanern gehört unsere ganze Solidarität. Wir unterstützen voll ihre Forderung, die sie in einem offenen Brief an den ehemaligen Bundeskanzler Brandt geschrieben haben:

"Keinerlei militärische, wirtschaftliche, politische, noch moralische Hilfe für das diktatorische Park-Regime von der Bundesrepublik!"

Einen Aufruf des Komitees unterschrieben namentlich 55 Koreaner. Am Schluß des Aufrufs schreiben sie:

"Deswegen wollen wir trotz Unterdrückung und Behinderung, wenn auch unter fremdem Himmel, ein Forum der Diskussion für den Aufbau der demokratischen Gesellschaft schaffen und in die Reihe des Kampfes gegen die Diktatur mit den gleichgesinnten Landsleuten solidarisch eintreten.

Nieder mit der Diktatur!

Kameraden! Laßt uns den Sieg erringen!"

Unterstützt den gerechten Kampf des Koreanischen Volkes; spendet für das Forum für die Demokratie Koreas!

Konto Nr. 01-24 271
Deutsche Bank, 69 Heidelberg

Der Kampf in Portugal und um die Kolonien

SPINOLA UND DIE KP GEGEN STREIKS/MANÖVER GEGENÜBER DEN BEFREIUNGSBEWEGUNGEN

Lissabon. Der neue Staatspräsident, General Spinola, und alle an der provisorischen Regierung beteiligten Parteienbesonders die Revisionisten der KPtun gegenwärtig alles, um die breite Streikbewegung der Arbeiter in Portugal in den Griff zu bekommen. Gleichzeitig versucht die Regierung sich Entlastung und internationale Aufwertung zu verschaffen durch ein schnelles Beginnen der Verhandlungen mit den Befreiungsbewegungen der Kolonien.

Die Arbeiter fordern die Festsetzung des Mindestlohns auf 6 500 Escudos, das sind etwa 650 DM. Spinola hat in verschiedenen Fernsehansprachen erklärt, diese Forderung sei gegen die nationale Wirtschaft gerichtet. Die Regierung werde in den nächsten Tagen eine Verordnung verabschieden, wonach der Mindestlohn nicht mehr als 3 300 Escudos betragen darf. Das sind etwa 330 DM. Gleichzeitig wurden ein Preisstopp und Preiskontrollen verfügt. Alle Unternehmer, die bereits der 6 500-Escudos-Forderung der Arbeiter nachgegeben haben, sollen zur Rücknahme dieser Lohnerhöhung gezwungen werden. Am Beispiel der Stadtverwaltung Lissabon wurde das bereits vorgeführt. Sie hatte den Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr diese Lohnerhöhung zugestanden und mußte sie jetzt auf 3 300 Escudos zurücknehmen.

Diese Politik wird besonders gestützt von den Revisionisten der Kommunistischen Partei Portugals. Cunhal, der Minister ohne Geschäftsbereich und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Portugals, erklärte gegenüber Korrespondenten der französischen Tageszeitung Le Monde: "Die Forderungen der Arbeiter sind legitim. Wir verteidigen sie und wir werden sie verteidigen. Aber wir warnen die arbeitenden Massen zugleich vor jeder Aktion, die eine Wirtschaftskrise begünstigen könnte. Wir müssen alles tun, um ein Wirtschaftschaos zu verhindern. Ein wirtschaftliches Chaos würde den Rechten die Gelegenheit schaffen, gegen die Erfahrung mit der Demokratie zu hetzen. Das Wirtschaftschaos wird heute von den portugiesischen Monopolen angestrebt. Sie haben bereits große Lohnerhöhungen zugesagt, so daß alle Unternehmen gezwungen sind, zu folgen. Das wäre natürlich der Todesstoß für die vielen kleinen und mittleren Unternehmen. Wir stellen uns gegen dieses Manöver und diese Provokation." Das heißt: Für die Kommunistische Partei ist der Minimallohn eine Provokation.

Im übrigen hat der KP-Chef völlig recht mit der Behauptung, daß die kleinen Unternehmen kaputtgehen. Das zeigt aber gerade, daß die Arbeiterklasse nur die Perspektive hat: den Kampf für den Sozialismus konsequent zu führen und sich nicht auf die kompromißlerische Linie der Revisionisten um Cunhal einzulassen. Die Kommunistische Partei Portugals, die, wie die Führung mitteilte, inzwischen über 100 000 Mitglieder haben soll, hält dagegen fest an ihrer politischen Linie: "Die Einheit aller Kräfte bewahren, die die Demokratisierung wollen. Abwehr aller Versuche der Linksextremen, die Lage weiter anzuheizen." Unter diesen massiven Appellen und Drohungen mit einem rechten Putsch haben eine Reihe von Belegschaften tatsächlich eingewilligt, die Streiks auszusetzen.

Dagegen verstärkt sich jedoch die Bewegung im Volk für den bedingungslosen Abzug der portugiesischen Truppen aus den Kolonien und die sofortige Unabhängigkeit der Kolonien. Am 26. Mai demonstrierten Tausende in Lissabon für diese Forderungen. Die Demonstration wurde organisiert von verschiedenen linken Organisationen, die von den Revisionisten in der Kommunistischen Partei Portugals scharf bekämpft und als Abenteurer und Chaoten bezeichnet werden. Die Kommunistische Partei Portugals war genauso wie die Regierung und die Armeeführung und Spinola gegen diese Demonstration. Bei der Schlußkundgebung umstellten Armee-Einheiten die Demonstranten. Den Rundfunk-, Fernseh- und Zeitungsredaktionen wurde dann unverhüllt mit der neuerlichen Zensur durch die Armee gedroht, wenn sie wie bisher weiter so über die Aktivitäten dieser linken Gruppierungen, die als beste Unterstützung für die Befreiungsbewegungen den Klassenkampf im eigenen Land propagieren, berichten würden.

Wir sehen also, in Portugal klären sich die Klassenfronten. Auf der einen Seite stehen Spinola, die Armeeführung und die gesamte Regierung. Hinter ihnen stehen die bürgerlichen Parteien und die Bourgeoisie. Auf der anderen Seite steht die Arbeiterklasse und das Volk. Die Revisionisten in der Kommunistischen Partei Portugals um Cunhal beschwören mit großen Worten die Einheit des Volkes. Ihre Taten aber zielen darauf ab, die Arbeiterklasse und das Volk dem kapitalistischen Wirtschaftsinteresse der portugiesischen Bourgeoisie unterzuordnen. In dem Maße, wie der Verrat der Führung der Kommunistischen Partei Portugals unter Cunhal deutlicher wird, beginnt die Arbeiterklasse zusammen mit anderen Teilen des Volkes, neue politische Organisationen zu schaffen, die in der Lage sind, den Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes auf dem Boden des Klassenkampfes zu entwickeln.

WIE STEHT DIE LAGE IN DEN KOLONIEN?

Die Bourgeoisie versucht das Volk abzulenken. Sie leitet dafür umfangreiche Manöver auf der diplomatischen Ebene ein. Besonders sind das die Verhandlungen, die derzeit mit den Vertretern der Republik Guinea-Bissau geführt werden. Die Bourgeoisie tritt großspurig auf und will die vollständige Unabhängigkeit so schnell wie möglich gewähren. Nur technische Fragen seien zu klären. Aber der Ablauf der von Außenminister Soares geführten Verhandlungen zeigt schon heute, daß die Bourgeoisie die Unabhängigkeit der Kolonien nur mit dem Munde meint, denn sie ist nicht bereit, die Republik Guinea-Bissau anzuerkennen und auch nicht den gerechten Standpunkt des Volkes von Guinea-Bissau und seiner politischen Vertreter, daß das Territorium von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln ein einziges untrennbares Staatsgebiet ist.

In Mozambique und in Angola sollen erst einmal einheimische Gouverneure eingesetzt werden, die eine Phase der weitgehenden Selbstverwaltung einleiten sollen. Dann werde man weitersehen. Die ersten Kontakte, in denen die Zustimmung der FRELIMO, der Befreiungsfront von Mozambique, zu diesem Plan eingeholt werden sollte, sind jedoch ergebnislos abgebrochen worden. Die FRELIMO, die die einzig legitime Vertreterin des Volkes von Mozambique ist, ist auf diesen Kuhhandel natürlich nicht eingegangen. Sie hat diese Absicht der Portugiesen durchkreuzt mit einer weiteren Verschärfung des militärischen Kampfes, besonders im Gebiet des Cabora-Bassa-Staudamms.

Am besten zeigt sich die Taktik der portugiesischen Regierung gegenüber Angola. Angola ist die reichste Kolonie. Es lagern dort riesige Eisenerzvorkommen, Uran und vor allem Öl. Man sagt, Angola könnte ein zweites Kuweit werden. Um sich ihren Einfluß über diese reichen Naturschätze des Volkes von Angola zu sichern, versuchen die portugiesische Regierung und andere imperialistische Mächte gegenwärtig alles, um die Volksbefreiungsbewegung für Angola (MPLA), die einzig legitime Vertreterin des Volkes von Angola, zu spalten. Sie entfachen eine Hetze gegen den Vorsitzenden der MPLA, Agostinho Neto. Dabei benutzen sie Kollaborateure, die sie in die MPLA eingeschleust haben, und die längst bekannt sind. Gleichzeitig leiten sie Verhandlungen ein mit anderen Schein-Organisationen, die zum Teil von ihnen selber aufgebaut worden sind und mit dem Befreiungskampf in Angola nichts zu tun haben. Sie bedienen sich dabei auch der Hilfe des Oberst Mobutu, der Staatschef von Zaire ist, dem ehemaligen Kongo-Kinshasa. In Zaire, so heißt es, seien bereits 5 000 nordamerikanische Militärberater stationiert, die auf den Einsatz in Angola warten. Heute besteht die Gefahr, daß Angola genauso gespalten wird in besondere Einflußgebiete der imperialistischen Mächte, wie vor 10 Jahren der Kongo, als er von Belgien unabhängig wurde. Die portugiesische Regierung richtet sich jedenfalls auf die Weiterführung des Krieges ein und nicht auf die Unabhängigkeit der Kolonien. Es werden weiter Truppentransporte nach Afrika geschickt. Die Zehntausende von Deserteuren, die gerade wegen des Kolonialkrieges die Armee und Portugal während der Salazar- und Caetano-Herrschaft verlassen haben, werden zwar amnestiert, aber unter der Bedingung, daß sie zu ihren früheren Einheiten zurückkehren und ihren Wehrdienst ableisten oder dort zu Ende führen, wo er bereits begonnen hatte: in den Kolonien! Die Deserteure, die sich eine eigene Interessenvertretung geschaffen haben, lehnen diese Bedingungen ab. Ebensowenig nehmen die Soldaten diese Politik hin: Sie verweigern den Transport in die Kolonien, wie zum Beispiel ein ganzes Regiment, das in Evora/Portugal stationiert ist. In den Kampfgebieten selber verlassen sie gegen den Befehl die Stützpunkte und ziehen sich zurück, so in Guinea-Bissau.

D.T.

Wirtschaftschaos wird heute von den portugiesischen Monopolen angestrebt. Sie haben bereits große Lohnerhöhungen zugesagt, so daß alle Unternehmen gezwungen sind, zu fol-
Abenteurer und Chaoten bezeichnet werden. Die Kommunistische Partei Portugals war genauso wie die Regierung und die Armeeführung und Spinola gegen diese Demonstration. Bei
tritt großspurig auf und will die vollständige Unabhängigkeit so schnell wie möglich gewähren. Nur technische Fragen seien zu klären. Aber der Ablauf der von Außenminister Soares

Die Verhandlungsbedingungen der PAIGC

ERKLÄRUNG DES KAMPF-EXEKUTIVKOMITEES DER PARTEI FÜR DIE UNABHÄNGIGKEIT VON GUINEA-BISSAU UND DEN KAPVERDISCHEN INSELN(PAIGC)

Im Verlauf der 17 Jahre ihrer Existenz und besonders nach dem Beginn des bewaffneten Kampfes für die nationale Befreiung, der schon 11 Jahre andauert, hat unsere Partei niemals aufgehört, zu bekräftigen, daß sie bereit ist, Verhandlungen mit der portugiesischen Regierung aufzunehmen, im Hinblick auf eine politische Lösung in dem Konflikt, der unser Volk dem portugiesischen Staat gegenüberstellt.

Der Wille unserer Partei und unseres Volkes, diesen Konflikt durch Verhandlungen zu lösen, ist oft und eindringlich in klaren Worten im Namen der Führung der Partei, durch ihren Gründer und ersten Führer, den zu früh verstorbenen Genossen Amilcar Cabral, vorgetragen worden. Dieser Wille wurde feierlich bestätigt in der historischen Handlung der Proklamation der Republik Guinea-Bissau, die, getreu den Grundsätzen die unser politisches, militärisches und diplomatisches Handeln immer gesteuert haben, eindeutig den Unterschied festgestellt zwischen dem portugiesischen Kolonialismus, den wir bekämpfen, und dem Volk Portugals, mit dem wir, in Unabhängigkeit und gegenseitigem Respekt, die besten Verbindungen der Freundschaft und Zusammenarbeit in gegenseitigem Interesse unterhalten wollen. In Kenntnis dieser totalen Verhandlungsbereitschaft, die eine Konstante unserer Politik darstellt, hat die Welt einer Tragödie beiwohnen müssen, die aus der kriminellen Engstirnigkeit der Regierungen entstanden ist, die sich in Lissabon ablösten.

In der Tat haben die Regierenden in Portugal – unfähig, die beherrschenden Gedanken und überall akzeptierten Werte unserer Epoche zu verstehen – alle unsere Forderungen kategorisch abgelehnt, nachdem sie einen ungerechten und barbarischen Völkermordkrieg gegen unser Volk ausgelöst und schrittweise intensiviert hatten.

Dieselbe starre und inhumane Haltung ist im übrigen von der portugiesischen Regierung im südlichen Afrika angewandt worden, wo sie mit Waffengewalt auf die berechtigte Forderung unserer Brüdervölker von Angola und Mozambique geantwortet hat. Von der ersten Stunde an, von dem Verständnis geleitet, daß die Kolonialkriege seinen nationalen Interessen und denen seiner Söhne in Afrika entgegenstanden, hat das portugiesische Volk sich sehr früh gegen diese Kriege und für die Annahme der berechtigten Forderungen der Völker in den Kolonien ausgesprochen. So hat die demokratische Opposition in Portugal trotz der Schwierigkeiten und Risiken, die sich unter den Bedingungen der faschistischen Tyrannei ergaben, keine Opfer gescheut, um im Laufe der letzten Jahre die antikolonialistischen Gefühle des portugiesischen Volkes durch klare Stellungnahmen und konkrete Aktionen gegen den Kolonialkrieg auszudrücken.

Diese deutlich antikolonialistische Haltung, die unzweideutig in der Vergangenheit eingenommen worden ist, wird mit Macht durch das portugiesische Volk und seine demokratischen Parteien und Organisationen in diesem Moment bekräftigt, wo in Portugal die Bewegung der Bewaffneten Streitkräfte eine neue politische Lage im Lande schafft

Anläßlich dieser neuen Lage in Portugal, die durch das Auftreten der demokratischen Kräfte auf der politischen Bühne gekennzeichnet ist, unterbreitet das Kampf-Exekutivkomitee der PAIGC der neuen politischen Macht in Portugal folgenden konkreten Vorschlag, der der Lösung des Konflikts, der unser Volk dem portugiesischen Staat gegenüber, den Weg öffnen kann.

Diese Lösung, die die totale Befreiung unseres Volkes von Guinea und der Kapverdischen Inseln voraussetzt, wird die Herstellung einer neuen Art von Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern im gemeinsamen Interesse und basierend auf dem Prinzip der strikten Gleichheit ermöglichen können.

In der jetzigen Phase der politischen und militärischen Entwicklung unseres Kampfes und genereller, des Kampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus in Afrika, ist jedoch offensichtlich, daß diese neuen Beziehungen erfordern:

- *Die Anerkennung der Republik Guinea-Bissau und des Rechts unseres Volkes auf den Kapverdischen Inseln auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit.*
- *Die Anerkennung dieses selben Rechtes für die Völker der anderen portugiesischen Kolonien.*

In Hinsicht auf diese Ziele und mit dem Zweck, weitere Opfer zu ersparen, die die Fortführung des Krieges nach sich ziehen würde, schlägt das C.E.L. der PAIGC der neuen politischen Macht in Portugal die sofortige Eröffnung von Verhandlungen vor, um eine politische Lösung in dem Konflikt zu finden, der unser Volk dem portugiesischen Staat gegenüberstellt.

Das C.E.L. der PAIGC erklärt sich bereit, diese Verhandlungen mit und ohne Waffenstillstand in Guinea-Bissau aufzunehmen. Für einen Waffenstillstand in Hinblick auf Verhandlungen müßte sich die portugiesische Seite bereit erklären, folgende Bedingungen zu erfüllen:

- *Zusammenziehen aller sogenannten territorialen Besatzungstruppen in die Sektorenkommandos und der sogenannten Interventionsbesatzungstruppen und ihrer operationellen Kommandos in die Kommandos der operationellen Sammlung (Comandos de Agrupamento Operacional (CAO)).*
- *Einstellung jeder operationalen Handlung und jedes Angriffs gegen die Bevölkerung.*

Das C.E.L. der PAIGC, von der Organisation für Afrikanische Einheit anerkannt als der einzige, authentische und legitime Vertreter des Volkes von Guinea und der Kapverdischen Inseln, weist von vornherein jeden Akt zurück, der darauf abzielt, sogenannte nationalistische Gruppen zu akkreditieren, die in letzter Minute geschaffen oder im Ausland unterhalten werden und deren Anerkennung durch die portugiesischen Behörden als einzige und unvermeidliche Konsequenz die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes um die nationale Befreiung hätte.

Gegenüber dem allgemeinen unwiderruflichen Phänomen der Entkolonialisierung bleibt das C.E.L. der PAIGC der Überzeugung, daß die politische Macht in Portugal, geleitet von den wahren Interessen des portugiesischen Volkes selbst, Realismus zeigen und den in dieser Erklärung enthaltenen Vorschlag akzeptieren wird.

Das C.E.L. der PAIGC bekräftigt erneut, daß nichts die Realisierung der legitimen Hoffnung des Volkes von Guinea und der Kapverdischen Inseln auf Freiheit und Fortschritt wird hindern können.

BOE, am 6.Mai 1974

KAMPF-EXEKUTIVKOMITEE der PAIGC

BRD-Kriegsmaterial nach Südafrika



BRD-Kriegsmaterial nach Südafrika



Verschiedene deutschsprachige Zeitungen meldeten vor kurzem, daß die Streitkräfte der Republik Südafrika sich um die Lieferung von 137 Sattelzugmaschinen bemühen. Die Lieferungen seien jedoch am Einspruch des Frankfurter Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft bisher gescheitert, da die Sattelzugmaschinen für militärische Zwecke einsetzbar seien. Zudem würde die Lieferung in ein sogenanntes Spannungsgebiet gehen.

Im Februar dieses Jahres wurde in Bremen jedoch die Verschiffung von ca. 15 bis 20 Sattelzugmaschinen mit Zielort Pietermaritzburg via Durban (Republik Südafrika) beobachtet und fotografiert. Die Sattelzugmaschinen vom Typ Magirus wurden - wie das Photo zeigt - von Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) hergestellt.

Die Bundesregierung, spielt der Öffentlichkeit vor, sie würde die schmutzigen Geschäfte unterbinden. Doch entlarvt sie sich aufs Neue. In Wirklichkeit sind die Sattelzugschlepper für Militärtransporte zum Teil bereits geliefert.

– Ro., Achim –

Regierungsprogramm in Laos

Ende Mai wurde in Laos vom Nationalen Politischen Koalitionsrat ein Programm für die Provisorische Regierung der Nationalen Einheit beschlossen und veröffentlicht. Der Koalitionsrat und die Provisorische Regierung waren Anfang April gebildet worden. Sie setzen sich beide zu gleichen Teilen aus Vertretern der nationalen Befreiungsorganisation des laotischen Volkes (Pathet Lao) und der durch die USA aufrechterhaltenen Vientianer Verwaltung zusammen.

Das Regierungsprogramm orientiert sich an einem Vorschlag des Vorsitzenden der Pathet Lao, Prinz Souphanouvong, der auch Vorsitzender des Koalitionsrates ist. Die wichtigsten Programmpunkte sind:

– Umwandlung des stehenden Heeres in eine Armee von "Pionier-Soldaten". Die Soldaten sollen also an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des laotischen Volkes teilnehmen und z.B. die Bauern bei der Feldarbeit unterstützen. Dadurch wird vor allem die Absonderung der von den USA unterhaltenen Marionettentruppen vom laotischen Volk bekämpft.

– Die Regierung wird diplomatische Beziehungen zur Provisorischen Regierung Südvietnams (PRR) und zur kambodschanischen Regierung GRUNK aufnehmen. Vorher gab es in Laos nur Botschaften der südvietnamesischen und kambodschanischen US-Marionetten.

– Außerdem soll sie die "Bewegung des Kampfes für den Frieden, die Unabhängigkeit, die Demokratie und den Fortschritt der Völker von Indochina, von Südost-Asien und der ganzen Welt" unterstützen. Damit verpflichtet sie sich auf die Ziele der Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker in ihrem Kampf gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung (Le Monde vom 30. Mai).

Die Verabschiedung dieses Regierungsprogramms entsprechend den Vorschlägen der Pathet Lao zeigt, daß der Koalitionsrat und die Provisorische Regierung wichtige neue Kampfpositionen für das laotische Volk in seinem revolutionären Kampf um nationale Unabhängigkeit und Freiheit sind. Da alle wichtigen Entscheidungen einstimmig getroffen werden müssen, waren die Reaktionäre gezwungen, den Vorschlägen der Pathet Lao nachzugeben, um sich nicht noch weiter vom Volk zu isolieren.

– M.L., Heidelberg –

Die Beschuldigten haben recht

CABORA–BASSA–PROZESS: GERICHT KOMMT MIT SEINEN METHODEN NICHT DURCH

In Mannheim hat die zweite Auflage des Cabora-Bassa-Prozesses begonnen (siehe auch KVZ Nr. 11). Nach 4 Verhandlungstagen ist klar geworden: Die Justiz will sich auf das bereits ergangene und im Schuldspruch rechtskräftige Urteil von 1972 einen Nachschlag holen. Sie hat gegen die angeklagten Genossen des KBW nichts in der Hand als den Auftrag, ihre Strafen zu erhöhen und die Bewährung zu kassieren. Die ganze Verhandlung ist ein Schauprozeß, um für diese nachträgliche Strafverschärfung die Legitimation zu liefern.

Der Bundesgerichtshof hatte in seiner Revisionsentscheidung das Strafmaß, 3 bis 7 Monate Gefängnis auf Bewährung, aufgehoben und das Urteil von 1972 gerügt: *"Das Landgericht begründet seine Ansicht von dem verhältnismäßig geringen Gewicht des den Angeklagten zu machenden Vorwurfs damit, die Kritik der Angeklagten an der Vietnam-Politik der USA und dem Verhalten der westlichen Industrienationen gegenüber den Entwicklungsländern beruhe im Ansatz ebensowenig auf Wahnideen wie ihre Vorstellung, das Cabora-Bassa-Projekt bringe der portugiesischen Kolonialverwaltung Vorteile. Das Gericht will damit ersichtlich sagen, die Auffassung der Angeklagten sei nicht völlig absurd und ohne jeden Bezug zur Wirklichkeit. Diese Überlegung geht jedoch am Kern der Sache vorbei.*

Vielmehr hätte das Landgericht Heidelberg prüfen sollen, *"in welchem Umfang die Angeklagten ihre Erkenntniskräfte und sittlichen Wertvorstellungen einzusetzen unterlassen haben"*, um das Unrechtmäßige ihres Handeln einzusehen. Auf deutsch: Das Gericht solle die politische Gesinnung der Angeklagten prüfen und daraufhin zu einer erhöhten Strafe kommen.

Das Landgericht Mannheim tut sich einigermaßen schwer, diese offene politische Justiz auch nur notdürftig zu kaschieren. Einziger Inhalt der Verhandlung war bisher neben den Erklärungen der Angeklagten zur Sache, daß zwei alte Gerichtsurteile und mehrere alte Anklageschriften verlesen wurden, die einzelne der jetzt Angeklagten betrafen und durch die Amnestie von 1969 erledigt und nicht weiter verfolgt wurden. Auch dazu hatte der Bundesgerichtshof den Weg geöffnet: *"Wie das Reichsgericht bereits zum Straftilgungsgesetz vom 9. April 1920 ausgeführt hat, wird eine Straftat durch die Amnestie nicht ungeschehen gemacht. Der ihr zugrunde liegende Sachverhalt kann jedenfalls für die Erforschung der Persönlichkeit des Täters herangezogen werden, auch wenn die frühere Tat nicht rechtskräftig festgestellt worden ist.*

Entscheidend ist vielmehr, daß der Angeklagte sich durch eine frühere noch nicht rechtskräftige Verurteilung wegen einer gleichartigen Tat nicht hat warnen lassen."

In dem jetzigen Verfahren wurde aber nicht nur eine nie rechtskräftig gewordene Verurteilung von 3 Angeklagten aus dem Jahre 1969 verlesen, ebenfalls herangezogen wurden von der Staatsanwaltschaft Heidelberg in mehreren Jahren zusammengeschriebene und durch und durch unwahre Anklageschriften, die niemals Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens waren und niemals öffentlich verhandelt worden sind.

Mit der Verlesung dieser Anklageschriften will das Gericht sich lediglich in die richtige Stimmung versetzen, um scharfe Urteile zustandezubringen, und überhaupt den Schein einer "Verhandlung" aufrechtzuerhalten, denn etwas anderes wird nicht verhandelt werden.

Das Prinzip, das diesem Vorgehen zugrunde liegt, ist einfach: Wer einmal in den Bereich der Strafverfolgung kommt, ist schuldig. Laut Staatsanwalt hätten sich die Angeklagten schon durch eine bloße polizeiliche Vernehmung genauso "warnen" lassen müssen wie durch eine Verurteilung. Weil die Angeklagten früher und jetzt nicht vor dem Staatsapparat gekuscht haben, sollen ihre Strafen erhöht werden, das ist alles.

Dieses Verfahren haben die Angeklagten durch ihre Erklärungen bloßgelegt. Je deutlicher das schäbige Vorgehen der Justiz offengelegt wurde, umso hilfloser wurde das Gericht. Es nahm schließlich seine Zuflucht zu Ordnungsstrafen und zum Ausschluß der Öffentlichkeit. Zu guter Letzt sollte sogar die Äußerung des Angeklagten Hildebrandt mit einer Ordnungsstrafe belegt werden: "Ich habe den Eindruck, Staatsanwalt und Gericht benutzen die Verhandlung nur noch dazu, Material gegen den Verteidiger und gegen die Angeklagten zu sammeln."

Als die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, weil sie die Äußerungen der Angeklagten mit Beifall aufnahm, verließen die Angeklagten mit den Zuschauern unter Protest das Gerichtsgebäude. Auch eine Reihe von Zivilbeamten und eiligst herbeigerufenen Polizisten konnte das nicht verhindern und stand, nachdem sie sich auf ein Handgemenge eingelassen hatte, ziemlich dumm herum.

Das Gericht hat seinen Schauprozeß nicht in der geplanten Weise durchführen können. Bevor es zum Urteil gekommen ist, hat es seinen eigenen Offenbarungseid geleistet. Seinen Auftrag, harte Urteile gegen die einzelnen Genossen auszusprechen, wird es vielleicht erfüllen können, aber seinem Auftrag, den Schein einer "Verhandlung" zu erzeugen und als Vertreter der Gerechtigkeit aufzutreten, den mußte es vor aller Augen schon zurückgeben.

– W.D. –

politische Justiz auch nur notdürftig zu kaschieren. Einziger Inhalt der Verhandlung war bisher neben den Erklärungen der Angeklagten zur Sache, daß zwei alte Gerichtsurteile und mehrere alte Anklageschriften verlesen wurden, die einzelne der setzen, um scharfe Urteile zustandezubringen, und überhaupt den Schein einer "Verhandlung" aufrechtzuerhalten, denn etwas anderes wird nicht verhandelt werden.
Das Prinzip, das diesem Vorgehen zugrunde liegt, ist einfach: Wer einmal zelnen Genossen auszusprechen, wird es vielleicht erfüllen können, aber seinem Auftrag, den Schein einer "Verhandlung" zu erzeugen und als Vertreter der Gerechtigkeit aufzutreten, den mußte es vor aller Augen schon zurückgeben. – W.D. –

Die Völker der Welt werden siegen!

VERANSTALTUNG DES KBW AUS ANLASS DES CABORA–BASSA–PROZESSES



Am 5. Juni fand in Mannheim anläßlich des Cabora-Bassa /Mc Namara-Prozesses eine Veranstaltung mit Vertretern der afrikanischen Befreiungsorganisationen unter der Parole "Die Völker der Welt werden siegen" im Kulturhaus Käfertal statt, zu der über 900 Personen gekommen waren.

In seinem einleitenden Beitrag erklärte der Sekretär des Zentralen Komitee des KBW, Joscha Schmierer, wie in den vier Jahren seit der Demonstration gegen die Konferenz der Imperialisten in Heidelberg, wegen der er und weitere 7 angeklagt sind, die Kräfte der Reaktion, der Ausbeutung und Unterdrückung eine Niederlage nach der anderen erlitten haben, während die Kräfte der Arbeiterklasse und der Völker, die Kräfte des Fortschritts immer stärker geworden sind, wie man in diesen Wochen vor allem an den Erfolgen der Befreiungsbewegung in Afrika, den Erfolgen der Völker von Indochina und auch in den Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes in unserem Land sehen kann. Die Zukunft der Kräfte des Fortschritts ist günstig zu beurteilen, während die Kräfte der Unterdrückung und Ausbeutung, für die auch das bürgerliche Gericht gegen uns vorgeht, keine gute Zukunft haben.

Die Ausführungen des Vertreters des National African Congress ANC von Südafrika und des Vertreters der MPLA von Angola wurden immer wieder von Beifall unterbrochen. Der Vertreter des ANC klagte insbesondere die völkerfeindlichen Aktivitäten westdeutscher Konzerne in Afrika an und führte diese Anklage am Beispiel der BBC, die eine große Niederlassung in Mannheim hat, aus. So ist BBC nicht nur maßgeblich am Bau des Cabora-Bassa-Staudamms beteiligt, der als Bollwerk der Weißen geplant ist und zur Vertreibung von tausenden der ansässigen afrikanischen Bevölkerung geführt hat, sondern betreibt auch eine Waffenfabrik in Südafrika. Spontan erklärte ein Kollege von BBC auch im Namen weiterer Teile der BBC-Belegschaft seine Solidarität mit den afrikanischen Völkern in ihrem Kampf gegen die völkerfeindlichen Machenschaften der Konzerne. Auch eine Jugendvertreterin von BBC kam nach vorn und versicherte ihre Solidarität im gemeinsamen Kampf.

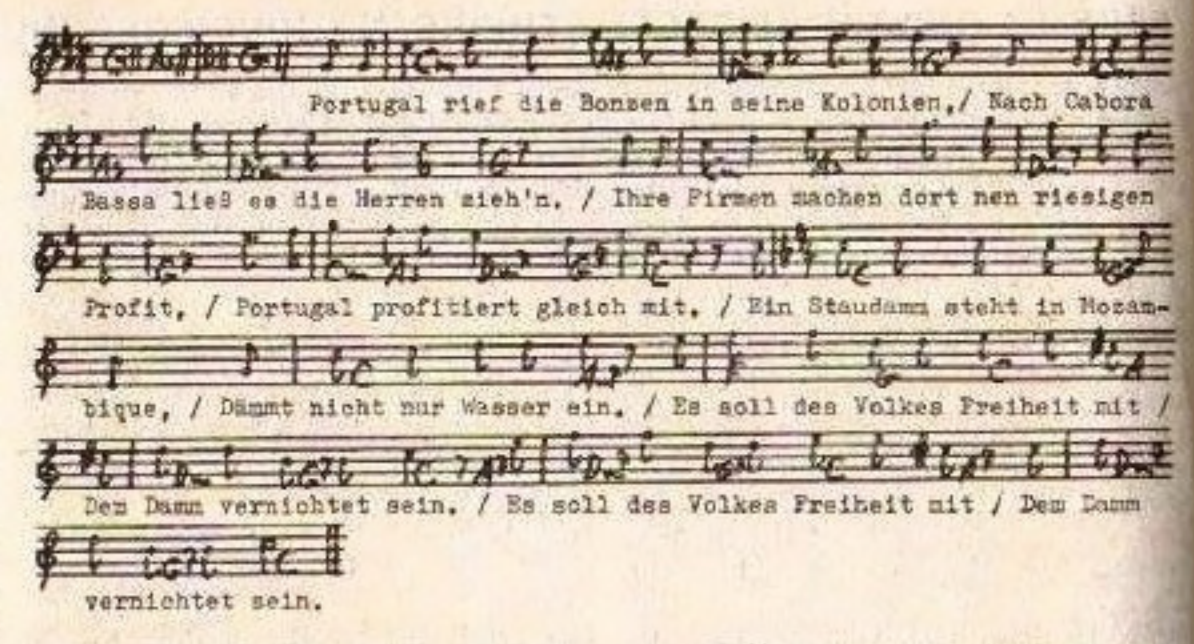
Der Vertreterder MPLA(Angola)erläuterte den gemeinsamen Kampf der Befreiungsorganisationen von Mozambique, Angola und Guinea-Bissau, der in den letzten Monaten einen großen Aufschwung genommen hat und kurz vor dem Sieg über den portugiesischen Kolonialismus steht (siehe auch die Erklärung der PAIGC Seite 15). Unter tosendem Beifall erklärte er, daß die Angeklagten im Cabora-Bassa-Prozeß eingeladen seien, die afrikanischen Länder zu besuchen, für deren gerechte Sache sie eingetreten sind und weiter eintreten, sobald diese befreit sind. Er forderte alle Anwesenden auf, in ihrer Unterstützung für den gerechten Kampf der Völker nicht nachzulassen und sagte wörtlich: "Unser Kampf ist auch euer Kampf, und euer Kampf ist auch unser Kampf! ... Der Sieg ist sicher und gewiß!"

Eine ausführliche Grußadresse hatte die Vertretung der königlichen Regierung der nationalen Einheit Kambodschas aus Paris an die Versammlung geschickt, in der sie über ihre großen Erfolge in der Befreiung des Landes berichtete Keine Macht der Welt wird sie daran hindern können, den vollständigen Sieg zu erringen.

In einer Grußbotschaft der chilenischen MAPU erläuterte diese gründlich, wie der Widerstand des chilenischen Volkes gegen die Militarjunta organisiert wird auf der Linie der Sammlung zum Aufstand, zur Befreiung vom Imperialismus und zum Sieg des Sozialismus.

Immer wieder stand die Versammlung auf zum minutenlangen Beifall, in dem sie ihre Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker bekundete. Vertreter des Indochina-Komitees und des Palästina-Komitees berichteten über den Kampf der Völker Indochinas und über den Kampf der arabischen Völker, insbesondere des palästinensichen Volkes und des Volkes von Oman. Mit Begeisterung wurden die Beiträge der Singgruppe des KBW in Mannheim aufgenommen, die mehrere Kampflieder geschrieben und vertont hat, von denen eins hier abgedruckt ist. Ein Vertreter der Angeklagten im Cabora-Bassa-Prozeß, die auf dem Bild neben den afrikanischen Vertretern zu sehen sind, erklärte, wie wir im Kampf gegen die bürgerliche Justiz die Verbrechen des Imperialismus zur Anklage bringen. Die gesamte Versammlung sang zum Schluß die Internationale, das gemeinsame Kampflied der Völker der Welt und des Proletariats aller Länder.

Das Cabora-Bassa-Lied



Telefunken, BBC kamen in das Land hinein / Weil die deutschen Bonzen noch fetter wollen sein. / Der Profit geht zurück an den Räuber Westdeutschland. / Er drückt Portugal noch Waffen in die Hand. / Die Ausbeutung wird schön verbrämt / mit Entwicklungshilfegeschrei, / doch der Tag ist nah, da bricht der Damm / und Afrika kämpft sich frei.

Mit Armeen und Napalm befallen sie das Land, / setzen Dörfer, Felder und Wälder dort in Brand. / Mit Truppen aus Südafrika wird der Kampf noch mehr erschwert. / Die Befreiungsfront des Volkes macht nicht kehrt, / die Völker haben sich erhoben, / nicht nur in Mozambique. / In Portugal toben Freiheitswogen, / Faschisten traten zurück.

Spinola nun großzügig von Verhandlung spricht, / doch Afrika freigeben, nein das will er nicht, / und will er auch seine Friedensmiene wahren, / Afrika geht ihm nicht ins Garn. / Guinea-Bissau und Mozambique, / Angola sind fast befreit, / und diese Gebiete gehen nicht zurück, / auch wenn Spinola schreit.

Vor vier Jahren in Heidelberg, da haben wir demonstriert, / wo der Kriegsverbrecher Mc Namara konferiert. / Ihr gemeinsames Thema war die Ausbeutung der Welt, / unseres: daß der Staudamm fällt. / Genossen vors Gericht zitiert / sollen in den Knast, / weil der Kampf für das Recht der Völker der Welt / der herrschenden Klasse nicht paßt.

Solang das Kapital noch herrscht, wird Ausbeutung verstärkt. / Ob weiße Haut, ob schwarze Haut, das Volk hat es gemerkt. / Sie plündern aus die dritte Welt, so wie das eigne Land, / drum Völker nehmt die Sache in die Hand. / Wir rufen auf zum Widerstand, / wir brauchen dich und euch: / Proletarier aller Länder, / ihr Völker vereinigt euch!

China in die FIFA!
Die "Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft (GDCF)" sammelt vor und während der Fußball-Weltmeisterschaft Unterschriften vor allen großen Sportveranstaltungen für die sofortige Aufnahme der Volksrepublik Chi-

China in die FIFA!

Die "Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft (GDCF)" sammelt vor und während der Fußball-Weltmeisterschaft Unterschriften vor allen großen Sportveranstaltungen für die sofortige Aufnahme der Volksrepublik China in die internationalen Sportverbände. Wir fordern alle Leser auf, diese Aktion zu unterstützen.

Daß die VR China nicht Mitglied in diesen Verbänden ist und so an internationalen Sportveranstaltungen nicht teilnehmen kann, liegt nicht daran, daß das Niveau des Sports in der VR China zu niedrig wäre. Das trifft keineswegs zu, man denke nur an Turnen, Tischtennis und Leichtatlethik. Das liegt auch nicht daran, daß die Chinesen kein Interesse an der Möglichkeit hätten, im sportlichen Vergleich Erfahrungen auszutauschen und so einen Beitrag zur Völkerfreundschaft zu leisten. Die Gründe dafür sind andere, politische. Wir zitieren aus dem Flugblatt der GDCF:

"Wie ist die Lage?

1. Der Weltfußballverband (FIFA), der Internationale Skisportverband (FIS), die Internationale Reiterliche Vereinigung (FEI), der Internationale Basketball-Verband (FIBA), die Internationale Amateurschwimmsportunion (FINA) und die Internationale Amateurleichtathletenunion (IAAF) lehnen es kategorisch ab, die Sportorganisationen der Volksrepublik China in ihre Verbände aufzunehmen.

2. Die Sportorganisationen des Tschiang Kai-schek Regimes sitzen als offizielle Vertreter des chinesischen Volkes in all diesen sportlichen Gremien. Als ob 800 Millionen Chinesen von der Volksrepublik China feindlich gesonnenen Repräsentanten vertreten werden könnten!

3. Nach Auffassung der Volksrepublik China – genau wie der UNO, der BRD und der Mehrheit der Staaten und Völker der Welt – ist Taiwan untrennbarer Teil des chinesischen Territoriums und eine Provinz der Volksrepublik China. Diese, die Mehrheit, erkannten dem Tschiang Kai-schek Regime die Vertretung Chinas in den Vereinten Nationen und in der Organisation der Asienspiele ab. Die Volksrepublik China lehnt es ab, dort vertreten zu sein, wo die "Zwei China Theorie" oder eine Abwandlung derselben aufrechterhalten wird. (. . .)

Gleichzeitig unterstützen wir die gerechte Forderung der Regierung der Volksrepublik China nach Anerkennung als alleiniger Vertreterin des chinesischen Volkes und begrüßen die Bemühungen des Allchinesischen Sportverbandes um die Aufnahme seiner Unterorganisationen in die internationalen Sportverbände unter der Bedingung, daß die Tschiang Kai-schek Vertretung ausgeschlossen wird. Weiter fordern wir die internationalen Sportverbände und das IOC auf, schnellstmöglichst die Bedingungen für die Aufnahme der entsprechenden Verbände und Organisationen der Volksrepublik China zu schaffen. (. . .)

Der Vorstand der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft

Leserbrief

KRITIK AM ARTIKEL: "DER RUMMEL UM FREIHEIT FÜR WALLRAFF" (KVZ 11/74)

Die Schulzelle FOS (Fachoberschule) des KOB Osnabrück führte am Samstag, dem 25.5., also zwei Tage nach dem Urteilsspruch, eine Unterschriftensammlung für die sofortige Freilassung Wallraffs durch. Wir sind damals nicht zu diesem Entschluß gekommen, weil wir etwa die Bücher Wallraffs mögen oder seine illusionären Absichten in dieser Aktion teilen, sondern weil wir dadurch der Empörung über dieses Urteil unter den Schülern einen Ausdruck geben wollten.

Nun zu dem Artikel. Der "Rummel" entsteht, wie der Schreiber es benennt, dadurch, daß man die "Freiheit für Wallraff" von der Propagierung des griechischen Freiheitskampfes trennt. Das muß ich auch an unserer Aktion kritisieren, weil wir die Situation und die Ziele des griechischen Freiheitskampfes in den Hintergrund gestellt haben. Doch trotz dieses politischen Fehlers finde ich es nach wie vor richtig, diese Verurteilung anzuprangern und auch für die Freilassung einzutreten, und verstehe den Standpunkt des Schreibers nicht, der aus den illusionären Absichten Wallraffs und der Tatsache, daß die Revisionisten und Reformisten diese Sache so behandeln, folgert, daß es den Kommunisten nur Anlaß zu einer Art Glosse in ihrem Zentralorgan gibt.

Unverständlich und völlig dahergeredet ist auch, daß Wallraff sich durch diese Tat "zum Stellvertreter für das schlechte Gewissen der Bourgeoisie gemacht" hat. Nicht, daß er als westdeutscher Schriftsteller Forderungen gegen die griechischen Faschisten erhoben hat, für die das griechische Volk schon seit dem Putsch kämpft, sondern wie er für diese Forderungen kämpfen will, ist zu kritisieren. Es sind Forderungen, die sich gegen die Interessen der westdeutschen Kapitalisten nach "stabilen politischen Zuständen" zur Sicherung ihrer Ausbeutung in Griechenland richten. Doch die Absichten (Touristenboykott und Streik der Schauerleute ausländischer Häfen) sind ein typisches Produkt eines Intellektuellen, der nicht erkennt, daß nicht seine spektakulären Aktionen, sondern die Massen die Geschichte machen.

–A.K., Ortsgruppe Osnabrück–